

Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

Die Eingliederung der Flüchtlinge in die Stadtstaaten Bremen und Hamburg

Von

Dr. Ingeborg Esenwein-Rothe



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1955

Schriften des Vereins für Sozialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 7/IV

**SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK**

Gesellschaft für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 7/IV

**Untersuchungen zum deutschen
Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem**

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

Zweite Abteilung: EINZELDARSTELLUNGEN

**Die Eingliederung der Flüchtlinge in die
Stadtstaaten Bremen und Hamburg**

Von

Privatdozentin Dr. Ingeborg Esenwein-Rothe



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1955**

Die Eingliederung der Flüchtlinge in die Stadtstaaten Bremen und Hamburg

Von

Privatdozentin Dr. Ingeborg Esenwein-Rothe



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1955

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1955 by Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde
Gedruckt 1955 bei Richard Schröter, Berlin SW 29

Vorbemerkung

Die vom Verein für Sozialpolitik mit den „Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem“ angestrebte wissenschaftliche Erörterung der volkswirtschaftlichen Probleme, die sich aus der Eingliederung des Bevölkerungszustromes ergeben, wird in ihrem zweiten Teil, in den Länderberichten, in großartiger Ausfächerung dartun, welche unterschiedliche Belastung und Bereicherung die einzelnen Gebiete durch die Aufnahme der Flüchtlinge erfuhren. Es wird sich erweisen, wie vielfältig bei grundsätzlich gleicher Problemstellung die menschlichen und materiellen Bedingungen für die Eingliederung waren.

Mit einigen Bedenken wird der Reihe dieser Länderberichte hier ein sorgfältig erstellter Beitrag über die Aufnahme von Flüchtlingen in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg eingefügt. Diese Bedenken wurden vom Herausgeber der Untersuchungen, Herrn Prof. Dr. B. Pfister, geteilt, besonders auf Grund seiner eingehenden Kenntnis der Wirtschaft Hamburgs, aber auch wegen seiner Erfahrungen mit dem in anderen Bundesländern und in Westberlin abweichenden Eingliederungsvorgang. Eingehende Korrespondenz und mündliche Beratung haben zur Richtigstellung mancher Einzelheiten beigetragen, wofür die Verfasserin außerordentlich dankbar ist. — Eine Reihe der von so kompetenter Seite geäußerten Zweifel gaben andererseits Veranlassung dazu, den Text nicht, wie beabsichtigt, von statistischen Nachweisen und erläuternden Anmerkungen zu entlasten, sondern im Gegenteil weitere Präzisierung durch Zahlen und Quellenachweise zu suchen. Das Ergebnis dieser Bemühung ist wenig ansprechend.

Dem Leser wird mit einer Häufung von Tabellen, Einzelzahlen und kommentierten Quellennachweisen zugemutet, der Verfasserin auf dem Weg durch das Gestrüpp vergleichbaren und unbrauchbaren Materials zu folgen. Vorsorglich sei um Entschuldigung gebeten, daß sich die große Zahl der Anmerkungen ebensowenig vermeiden ließ wie die Wiederholung einzelner Hinweise, wenn eindringlich genug vor irrigen Schlüssen aus dem Material gewarnt sein sollte.

Weiter muß der Leser um Nachsicht gebeten werden, wenn er vor Erörterung der Flüchtlingswanderung eine Skizze vom Um- und Neubau des hanseatischen Wirtschaftslebens findet. Tatsächlich ermöglicht

es nur ein solcher Umweg, die Besonderheiten der gesamtwirtschaftlichen Problematik für beide Stadtstaaten zu erkennen und die sozial- und wirtschaftspolitische Aufgabe in angemessener Perspektive zu sehen. — Anders als im sonst vergleichbaren West-Berlin ist das Flüchtlingsproblem in den Stadtstaaten kein politicum; es bringt lediglich eine Ausweitung fürsorglicher Betreuungstätigkeit über den Kreis der von Kriegsfolgen betroffenen Stadtbevölkerung hinaus. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sind strukturelle Umbildungen des Wirtschaftslebens in den Stadtstaaten Anziehungsmoment, ja zum Teil Voraussetzung für den Zuzug von Vertriebenen, nicht dessen Folge. Die Umriss dieser Strukturwandlung in Zahlen und Daten aufzuzeigen, erschien deshalb unerlässlich.

Dadurch sind die Bedenken der Verfasserin hinsichtlich der Unwegsamkeit des Berichts nicht vermindert, sondern bezüglich der Aussagefähigkeit des Zahlenbildes sogar noch erhöht. Die kleinräumige Auswertung der regionalen Statistik bietet nicht wenige Fehlerquellen, insbesondere bei einer Betrachtung der Städte Bremen, Bremerhaven und Hamburg, die in die Flüchtlingsländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein eingebettet liegen. Daß dennoch gewagt werden kann, konkrete Aussagen zu machen, verdankt die Verfasserin der unermüdlichen, kritischen Beratung in beiden Statistischen Landesämtern, ganz besonders dem Leiter des Bremischen Amtes, Herrn Oberregierungsrat Dr. Tetzlaff, sowie in den Hamburger Ämtern den Herren Dr. Lellau und Dipl.-Volkswirt Sobotschinski.

Viele andere freundliche Berater und Helfer bei Behörden und Organisationen müssen an dieser Stelle ungenannt bleiben, ebenso wie die Angehörigen eines studentischen Arbeitskreises an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven-Rüstersiel, die sich um die statistische Kleinarbeit verdient gemacht haben. Die Verfasserin hofft, in ihrer aller Sinne zu handeln, wenn sie die Versicherung herzlicher Dankbarkeit verbindet mit einem Wort ehrfürchtigen Gedenkens für die Tausende, denen es nicht vergönnt war, den Vollzug einer wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung in der neuen Heimat zu erleben.

Wilhelmshaven-Rüstersiel, im Dezember 1953.

Ingeborg Esenwein-Rothe.

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung: Die Eigenständigkeit der Länder Bremen und Hamburg	9
(Die Stadtstaaten in raumwirtschaftlicher Beleuchtung)	
1. Die Eigenständigkeit des Stadtstaates Bremen	11
2. Die Eigenständigkeit des Stadtstaates Hamburg	13
3. Zusammenfassung	16
I. Die Wirtschaftsstruktur der Stadtstaaten nach 1945	18
1. Strukturwandel der Wirtschaft im Lande Bremen	18
2. Strukturwandel der Wirtschaft im Lande Hamburg	34
II. Die Sozialstruktur der Stadtstaaten nach 1945	52
1. Der Altersaufbau	52
2. Einwirkung der Wanderung auf den biologischen Sozialaufbau	55
a) Das Wanderungsergebnis für die Sozialstruktur Bremens	55
b) Das Wanderungsergebnis für die Sozialstruktur Hamburgs ..	64
c) Vergleichende Zusammenfassung	70
III. Die erwerbswirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge	75
1. Gründung selbständiger Existenzen durch Heimatvertriebene in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg	77
a) Die Niederlassung selbständiger Flüchtlinge im Lande Bremen	78
b) Die Niederlassung selbständiger Flüchtlinge im Lande Hamburg	82
c) Vergleichende Zusammenfassung	85
2. Die Existenzgründung für Flüchtlinge in abhängiger Stellung in den Ländern Bremen und Hamburg	88
a) Die Eingliederung von Beamten in den Staats- und Kommunaldienst der Länder Bremen und Hamburg	91
b) Die Eingliederung unselbständiger Flüchtlinge über den Arbeitsmarkt der Stadtstaaten	93
α) Der Arbeitsmarkt des Landes Bremen unter dem Einfluß der Zuwanderung von Heimatvertriebenen	99
β) Der Arbeitsmarkt des Landes Hamburg unter dem Einfluß der Zuwanderung von Heimatvertriebenen	101
c) Vergleichende Zusammenfassung	103
IV. Die gesellschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge	108
1. Die räumliche Unterbringung der Flüchtlinge	108
2. Schule und Berufsausbildung im Dienste einer sozialen Eingliederung der Flüchtlingsjugend	116
3. Die Flüchtlinge als Mitbürger in Bremen und Hamburg	123

V. Eingliederungshilfe durch Regierung und Verwaltung in den Stadtstaaten	127
1. Investitions- und Finanzierungspolitik	127
a) Existenzgründung	127
b) Wohnungsbau	133
2. Sozialpolitik	135
Schluß:	139

Einleitung

Die Eigenständigkeit der Länder Bremen und Hamburg

Die im Gefolge des Potsdamer Abkommens (2. August 1945) einsetzende Überflutung Westdeutschlands mit Flüchtlingen deutscher und nichtdeutscher Abstammung durchbrach auch die Dämme, mit denen die Stadtstaaten Bremen und Hamburg gegen die Zuwanderung abgeriegelt waren. Die Abwehr erfolgte durch Ablehnung der Zuzugsgenehmigung. Eine solche Abweisung aller Personen, die bei Kriegsende nicht in der Stadt gelebt hatten, wurde nach 1945 von sämtlichen Großstädten Westdeutschlands geübt. Die Begründung solcher Verwaltungsmaßnahmen war in der Zerstörung der Versorgungsanlagen, der Vernichtung von Wohnraum und Lagerräumen, von Verkehrsmitteln und -wegen und mit Hinweis auf ohnehin chaotische Existenzbedingungen der verbliebenen Stadtbevölkerung ohne weiteres gegeben.

Die Abweisung richtete sich also ebensowohl gegen zurückstrebende evakuierte Städter als gegen heimatlose Fremde, deren Unterbringung in den vom Krieg minder berührten Landgebieten Westdeutschlands erfolgt war. Bis zur Währungsreform hatten für ihre Aufnahme nur die Gesichtspunkte „Obdach und Ernährung“ gegolten; erst danach suchten sie wirtschaftliche Assimilierung. Und erst dann erschien die seinerzeit zweckmäßige Fernhaltung der Flüchtlinge von zerstörten Städten und Industriegebieten als „Fehlplacierung“. Selbst dann erwies sich aber die Aufnahmefähigkeit der Großstädte als begrenzt. Mit der Wohnraumbewirtschaftung stand auch nach Wiederherstellung der Freizügigkeit die verwaltungsrechtliche Handhabe zu selektiver Einschleusung der Zuwandernden zu Gebote.

Unter den Großstädten der Bundesrepublik nehmen die Stadtstaaten Bremen und Hamburg nun insofern eine Sonderstellung ein, als die beiden weltverbundenen Seehafenplätze zwar ihrer Sozial- und Wirtschaftsverfassung nach Groß-Gemeinden sind, zugleich aber als „Länder der Bundesrepublik“ eigene staatliche Hoheitsrechte ausüben. Im Zuge der Bemühungen um einen „Bevölkerungsausgleich“¹ innerhalb der Bundesrepublik wurde von den Ländern Bremen und Hamburg erwartet, daß sie sich „quotale“ an der Aufnahme von Heimatvertriebenen und anderen Flüchtlingen beteiligten.

Die statistischen Vergleiche, die jeweils zur Frage der relativen „Tragfähigkeit“ dieser Stadtstaaten angezogen werden,² haben immer wieder zu Trugschlüssen geführt. Beide Hansestädte sind nicht mit Länderdurchschnitten zu messen,³ da die statistischen Einheiten und Gruppen in diesen Räumen zumeist zu klein sind; extreme Werte sind nicht auszuschalten. Aber die Stadtstaaten sind auch statistisch nicht mit anderen Großstädten zu vergleichen, weil ihr natürliches Hinterland zu einem guten Teil außerhalb des eigenen Hoheitsbereichs liegt. Daraus ergeben sich — und zwar nicht nur im statistischen Verfahren, sondern auch in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen — Tatbestände, die ohne Kenntnis ihrer in Wirklichkeit doch bestehenden Verzahnung mit dem Einzugsbereich des täglichen Waren- und Personenverkehrs zu falscher Deutung führen.

Für die Beurteilung der Möglichkeiten und Erfolge des Eingliederungsprozesses von Flüchtlingen in den Stadtstaaten erweist sich somit eine Skizze zur Frage der staatlichen Eigenständigkeit beider Länder und zur Abgrenzung des Staatsraumes als unerlässlich.

Die Stadtstaaten in raumwirtschaftlicher Beleuchtung

Im Zusammenhang mit der innergebietlichen Neuordnung der Bundesrepublik Deutschland wird die staatliche Eigenständigkeit von den Hansestädten unter Berufung auf historisch-geographische Gegebenheiten und auf wirtschaftspolitische Notwendigkeiten⁴ als unabdingbares Recht verteidigt.

¹ Vgl. Gutachten d. Inst. f. Raumforschung: „Grundgedanken zu einem Bevölkerungsausgleich in der Bundesrepublik Deutschland“, Bad Godesberg 1950.

² Tagung d. Flüchtl.-Minister in Bad Segeberg am 24. Juli 1947;

Vorschlag d. Flüchtlingsverwaltungen d. westd. Länder a. d. Tagung in Wittddün am 25./26. August 1949;

Vorgutachten und Gutachten d. Inst. f. Raumforschung in Verbindung mit dem Soziograph. Inst. vom Juni 1951: „Die Umsiedlung von Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland“;

Nimptsch, R.: „Untersuchung zur Eingliederung der Flüchtlinge in die westdeutsche Wirtschaft“ — Köln 1950.

³ Im Hinblick auf die Stadtstaaten irreführend erwiesen sich etwa die nicht kommentierten Ländervergleiche, die das Statistische Bundesamt im Rahmen seiner Statist. Berichte (Arb. Nr. II/6/4 — 9. Juni 1951) „zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer“ zusammengestellt hat.

⁴ Vgl. *Ipsen*, H. P.: „Hamburg unter dem Grundgesetz“ in Zeitschrift d. Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. XII — Hamburg 1951 und *Maas*, H.: „Geist und Formen des Bremischen Staatslebens“ in „Schaffendes Bremen“, hrsg. vom Verkehrsverein der Hansestadt Bremen, Bremen-Frankfurt 1952, S. 50 ff.

1. Die Eigenständigkeit des Stadtstaates Bremen

Die Siedlung Bremen, die längs des hochwasserfreien Geestrückens am letzten bequemen Übergang über die Weser entstanden war, hatte 965 Marktrecht erhalten⁵ und erstmals 1646 den Status der Reichsunmittelbarkeit. Diese Verfassung wurde im Westfälischen Frieden durch Landabtretung an der Unterweser gegen die Schweden verteidigt, blieb im Hansebund bestehen wie bei der Reichsgründung unter Bismarck und in der nationalsozialistischen Länderreform. Als geschlossenes „Dominium Visurgis“ hat der Stadtstaat Bremen einmal zu Beginn des 15. Jahrhunderts das Unterwesergebiet beherrscht. Nachdem große Teile dieses Bereichs an Schweden, Oldenburg, friesische Häuptlinge und andere landhungrige Nachbarn verloren waren, hat Bremen weder als städtisches Gemeinwesen, noch als Staat territorialen Ehrgeiz entfaltet. Lediglich im Bemühen um die Festigung des Seehandels wurde 1619 die Gründung eines Vorhafens in Vegesack erforderlich und 1827 die Errichtung eines bremischen Hafens an der Wesermündung, Bremerhaven. Bremerhaven sollte nicht Tochterhafen mit eigenen Reedereien und eigenem Handelsverkehr werden. Vielmehr galten die Bemühungen, wie die späteren von Franzius um die Weserkorrektur, stets nur der Erhaltung eines Zuganges vom Bremer Stadtgebiet zum seetiefen Wasser, der durch Versandung der Weser bedroht war.

Die Städte Bremen und Bremerhaven beherrschen als Häfen die Unterweser.⁶ Ihre Zusammengehörigkeit ist vorübergehend durch die nationalsozialistischen Bestrebungen zu großräumiger Gliederung des Deutschen Reichs gestört worden. 1939 wurde die Stadt Bremerhaven mit dem preußischen Geestemünde zusammengeschlossen und damit „aus dem Lande Bremen aus- und in das Land Preußen (Provinz Hannover) eingegliedert . . .“⁷ Zugleich wurden einige niedersächsische Gemeinden dem bremischen Stadtgebiet zugeschlagen, so u. a. die Stadt Vegesack. Durch Maßnahmen der Besatzungsmacht sind die Stadt Bremen und die Stadt Wesermünde (diese unter der Bezeichnung

⁵ Vgl. *Prüser*: „Vom alten zum neuen Bremen“ in „Schaffendes Bremen“, a.a.O., S. 11, und *Besell*: „Geschichte Bremerhavens“, Bremen 1927, S. 16, wo der Name „Bremen“ auf einen altgermanischen Wortstamm zurückgeführt wird, der die Randlage der Stadt kennzeichnet und in unserem Zeitwort „verbrämen“ erhalten ist.

⁶ Die oldenburgischen Häfen haben als Spezialhäfen gewisse Bedeutung; doch sind sie am Seegüteraufkommen der Unterweser mit nur etwa 10 vH beteiligt.

⁷ Vgl. Zeitschrift „Der Schlüssel“ — Bremer Beiträge zur deutschen Kultur und Wirtschaft, Jg. 4 (11/39), S. 399 und 400: „... Ein Aufgehen der Stadt Wesermünde im Lande Bremen hätte im Widerspruch zum Bestreben der Beseitigung von Länderenklaven gestanden...“

Bremerhaven) seit 1947 zum „Lande Bremen“ zusammengeschlossen worden. Dabei wurde ausdrücklich festgelegt, das ehemals bremische Hafengelände sollte weiter kommunalrechtlich zu dem — neuerlich um einige Landgemeinden erweiterten — Stadtbereich Bremen gehören. Diese Kautel wirkt als eiserne Klammer zwischen den beiden Großstädten, die 70 km voneinander entfernt liegen und nicht auf dem Land, nur durch den Weserstrom miteinander verbunden sind.

Beide Großstädte gehen fast unmerklich über in die Weitläufigkeit des niedersächsischen Marschlandes, mit dem sie durch zahlreiche dünne Verkehrsbänder verknüpft sind. Mit Rücksicht auf die längs der Weser sich bietenden Erwerbsmöglichkeiten und auf die ungleich günstigeren Bedingungen, die sich für die Bebauung auf den langgezogenen Geestrücken im Vergleich mit der Niederung ergeben, sind beide Städte als schmale, langgezogene Siedlungskörper entstanden, weststrebend von der um den Hafen gruppierten City. Die Eingemeindung niedersächsischer Ortschaften in den Jahren 1939 und 1945 hat dazu geführt, daß in einigen stadtbremischen Vierteln und nicht allein in den Randgebieten, sondern zum Teil in unmittelbarer Anrainerschaft zu den Hafen- und Industrieanlagen, der Eindruck von Ackerbürger-siedlungen vorherrscht. Bremerhaven hat aus anderen Gründen ebenfalls keinen ausgewogenen Großstadtcharakter. Die durch Staatsakt⁸ zusammengeschlossenen Mittelstädte Lehe, Geestemünde und Bremerhaven waren noch nicht zusammengewachsen, als durch Bombenzerstörung auch noch deren Stadtkerne vernichtet wurden. Zwischen weite Hafen- und Industrieanlagen, moderne Hoch- und Reihenhäuser schieben sich deshalb bis zum heutigen Tag dörflich-kleinstädtische Anwesen, Bauern- und Nebenerwerbswirtschaften und Kleingartenflächen.

Aus solcher Einbeziehung agrarstrukturierter Ortsteile in den Bereich von Großstädten ergeben sich für deren sozialökonomisches Gefüge in mancher Beziehung Besonderheiten, die sie bemerkenswert von anderen, der Größe und Wirtschaftskraft nach vergleichbaren Großstädten unterscheidet. Äußerlich erkennbar wird dieser Unterschied in der Siedlungsdichte, der Größe und Höhe der Häuser, der Zahl und Häufigkeit der innerstädtischen Verkehrsverbindungen. Statistisch erfaßbar wird die Besonderheit etwa in der mittleren Wohndichte, der durchschnittlichen Haushaltsgröße, der Zahl von Hausbesitzern unter den unselbständigen Erwerbspersonen, in den Wahlergebnissen von Arbeiterwohnbezirken.⁹

⁸ 4. VO über den Neubau des Reiches v. 28. September 1939, RGBl. I. S. 2041.

⁹ Vgl. dazu *Schuster, R.*: „Die Entwicklung der bremischen Vorstädte im

Sehr beachtlich ist dieser Tatbestand im Hinblick darauf, daß sich auf solcher Grundlage eine traditionsbewußte, verantwortungsbewußte Bürgerschaft erhalten konnte, noch heute Träger der Staatsverfassung. Für Kenner des deutschen politischen Lebens ist die nüchtern-reale Beurteilung von Tatbeständen überraschend, wie sie in Bremen im Kontakt zwischen Staatsverwaltung, Wirtschaft und Bürgern zutage tritt. Sie ist sicherlich zu einem Teil auf die stammesmäßige Verbundenheit des Bevölkerungskerns mit dem bauerlichen Element in Niedersachsen, Oldenburg und Friesland zurückzuführen, auch auf die traditionelle Ausrichtung der wirtschaftlichen und persönlichen Interessen auf das Weltmeer. Doch mögen auch die seit jeher geübte Abriegelung der Stadt gegen unerwünschte Überfremdung¹⁰ sowie die planmäßige Ansiedlung aller für die moderne Industrewirtschaft erforderlichen Facharbeiter das ihre dazu beigetragen haben, diese „polis“ lebendig zu erhalten.

2. Die Eigenständigkeit des Stadtstaates Hamburg

Als ein „in sumpfiges Marschland vorspringendes Gehege“ entstand die Fluchtburg Hammaburg auf dem hohen Geestrücken am Übergang über Alster und Elbe. Nach Zerstörung der Stadt im Jahre 983 entstand sie zu Beginn des 11. Jahrhunderts wieder und erhielt 1270 eine Städteverfassung (Einteilung des Stadtgebiets in Kirchspiele¹¹) und 1365 das Messeprivileg.¹² Über die vom Gewerbe getragene Entwicklung im Mittelalter hinaus zeigten sich seit dem 13. Jahrhundert mit fortschreitender Ostkolonisation neue Entwicklungsmöglichkeiten; vorher war Hamburg eine gefährdete Grenzstadt und die Elbe ein Grenzfluß, später vermochte es den Verkehr zwischen Nord- und Ostsee in Verbindung mit Lübeck an sich zu ziehen und zugleich über den schiffbaren Elbstrom weit ins Binnenland hineinzugreifen.¹³ Der im Jahre

dritten Viertel des 19. Jahrhunderts“, Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, 1949;

ferner Faust, A.: „Der Anteil des bremischen Arbeiters“ in „Schaffen des Bremen“, a.a.O., S. 222 ff.

¹⁰ Vgl. dazu Maas, H.: „Geist und Formen des Bremischen Staatslebens“, a.a.O., S. 51; „Bremen, wes ghedechtig, late neict mer in, Du beist öhrer mechtig!“

¹¹ Kollhoff: „Grundriß der Geschichte Hamburgs“, Hamburg 1888, S. 17, und „Die Gebietseinteilung der Hansestadt Hamburg“ in „Hamburg in Zahlen“, Jg. 52/9.

¹² Sudt und Olsen: „Hamburg — die Geschichte einer Stadt“, Hamburg 1951.

¹³ Ebda. S. 46 — aus dem Messeprivileg Karls des IV.: „... für Hamburger Kaufleute und deren auswärtige Geschäftsfreunde ‚eynen ewigen jarmarkt... der sich alle jare heben sol an dem sunntäge virczen tag vor phingsten, un sol wern acht tage nach phingsten... also daz alle kauf-lute... alle der rechte gebruchen sullen, der sie auf anderen merkten des

1531 gegründete Binnenhafen an der Alster wurde bereits 1618 durch Errichtung eines Tochterhafens an der Elbmündung ergänzt: Cuxhaven, der Hafen des „Neuen Kooges“, in der hamburgischen Landherrenschaft Ritzebüttel.¹⁴ Mit dem Ausbau Cuxhavens war bezweckt, die Wettbewerbsfähigkeit Hamburgs im Überseeverkehr — vor allem gegenüber den niederländischen Häfen — zu steigern. Eine streng arbeitsteilige Verbindung besteht zwischen Cuxhaven und Hamburg nicht, denn der Hafen Hamburg ist, im Gegensatz zu Bremen, für Schiffe aller Größe zu erreichen, abgesehen von einigen Fahrgastschiffen, den sogenannten schwimmenden Städten, so daß die Schiffe in Cuxhaven nur anlegen, um Fahrgäste und Eilfrachten zu landen und an Bord zu nehmen. Der von Hamburg im Laufe der Jahrhunderte vollzogene Landerwerb, der einmal die Zufahrt zu den Häfen, zum andern die Ernährung der großen Bevölkerung sichern sollte, konnte deshalb im Zuge der nationalsozialistischen Länderreform ohne Rückwirkung auf die Wirtschaftsstruktur beschnitten werden. Nach dem Reichsgesetz über „Großhamburg und andere Gebietsbereinigungen“ von 1937¹⁵ wurden das Amt Ritzebüttel und Cuxhaven an Preußen abgetreten, während drei preußische Stadtkreise (Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg) nebst 27 preußischen Landgemeinden mit den althamburgischen Städten Hamburg und Bergedorf zu einer Einheitsgemeinde zusammengefaßt wurden.

Mit diesen territorialen Änderungen wurde eine einheitliche städtebauliche, wirtschaftliche und verkehrstechnische Entwicklung für den Groß-Hamburger Wirtschaftsraum angestrebt. Es ist ein geschlossenes Territorium wiedererstanden, wie es im wesentlichen bereits im 15. Jahrhundert geschaffen wurde: es umschließt alle Punkte, die strombautechnisch an den Elbarmen und an den einmündenden Nebenflüssen Bille und Alster für die Beherrschung und Nutzung des Wasserweges der Nordelbe Bedeutung haben. Die wasserwirtschaftliche Existenzgrundlage wird durch einige Staatsservituten gegenüber dem Lande Niedersachsen bezüglich Schifffahrt und Fischerei an der niedersächsischen Elbmündung gesichert.¹⁶

reichs steten gebruchen...‘ da der Elbstrom, ‚der aus unserem Königreich Böhmen abfließt, wohl dazu geeignet wäre, daß Güter auf ihm stromauf und stromab verfrachtet werden‘“.

¹⁴ Der Flecken Cuxhaven wurde 1872 aus dem Flecken Ritzebüttel und Cuxhaven gebildet und durch die Landgemeinde-Ordnung von 1871 in Verbindung mit dem Gesetz über die Landgrundsteuer von 1874 der Landherrenschaft Ritzebüttel eingegliedert. Erst durch die Städteordnung von 1925 wurde das 1907 in eine Stadtgemeinde umgewandelte Cuxhaven in eine andere staatsrechtliche Stellung erhoben.

¹⁵ Vgl. *Ipsen*, a.a.O., S. 380 und das dort zitierte RGBl. 1937 I, S. 235.

¹⁶ Vgl. *Ipsen*: a.a.O., S. 380.

Innerhalb einer Fläche von 74 660 ha, die nunmehr zum Gebietsstand des Landes Hamburg gehören, sind 22 Ortsamtsbezirke mit 179 Ortsteilen nahezu konzentrisch um die City gruppiert, der unmittelbar das Hafens- und Arbeitsviertel angelagert ist. Nun sind aber die ehemals preußischen Stadtkreise ihrerseits Zellkerne mit Randzone gewesen, ehe sie im Stadtgefüge Groß-Hamburg zu einer „Metropolitan Aera“ verschmolzen wurden.¹⁷ Die Übergänge zwischen diesen Kernbezirken sind Ursache dafür, daß in jedem der sieben Verwaltungsbezirke Gebiete mit sehr verschiedener Wirtschafts- und Siedlungsstruktur vereinigt sind. Um den Großstadtkern breitet sich in stattlicher räumlicher Ausdehnung ein Außenring von Ortsteilen, der vielfältige Übergänge von ausgesprochen städtischer Bau- und Wohnweise bis zur ländlichen Siedlung einschließt. Die meisten Verwaltungseinheiten umfassen sowohl weitläufig gebaute Randgebiete als auch eng bebauten Innengebiete der Stadt. Die zu Groß-Hamburg gehörige Außenzone ist durch den innerstädtischen Verkehr aufs intensivste mit der City verbunden. Über die „Landesgrenze“ hinaus stößt dieser Verkehr weit ins Umland vor, in die zum Lande Schleswig-Holstein und zu Niedersachsen gehörigen Landkreise Lauenburg, Stormarn, Stade und Lüneburg, die zum Einzugsbereich der Stadt gehören — sowohl als Konsum-, wie als Einpendlerzentrum.¹⁸ Die Städte Buxtehude und Winsen, auch Elmshorn und Bad Oldesloe liegen als „Trabantenstädte“ Hamburgs so stark im Agglomerationschatten der Weltstadt, daß sie nicht zu nennenswerter eigener gewerblicher Entfaltung gekommen sind.

Freilich geht bei einer Welthafenstadt der Wirkungsbereich ohnehin weit über diesen Einzugsbereich hinaus: mit seinen Lieferungen und Bezügen war Hamburg seit dem 14. Jahrhundert über die Elbe — und zudem seit Mitte des 19. Jahrhunderts über die Bahn mit Mittel- und Ostdeutschland, Böhmen, Mähren und Polen verbunden. Seit der Grenzziehung zwischen den westlichen und der sowjetischen Besatzungszone ist jedoch die Oberelbe von der Nordsee praktisch abgeschnitten. Hamburg geriet damit wieder in jene Grenzlage, die im frühen Mittelalter seine Entfaltung gegenüber anderen Hafenstädten behindert hatte.

¹⁷ Vgl. a) zu dieser Aufteilung der Großstädte in gleichartig strukturierte räumliche Einheiten: *Boustedt*, O.: „Neue Wege der regionalen Gliederung in der Statistik der USA“ in „Allg. Statist. Archiv“ 1950, Bd. 34, S. 162 ff. und „Die Stadtregion — Ein Beitrag zur Abgrenzung städtischer Agglomerationen“ in „Allg. Statist. Archiv“ 1953, Bd. 37, S. 13 ff.; b) zur Darstellung der Stadtlandschaft: *Reuß*, J.: „Statistisch-soziologische Untersuchung ... der Berufstätigen in Hamburg“ (Diss.) Hamburg 1941.

¹⁸ Vgl. „Die Pendelwanderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in Hamburg 1950 und 1939“ sowie „Stadteinteilung Hamburgs“ — beides in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1952/9 und 1952/37.

Dies wirkt sich nicht zuletzt auf die Grundlagen eigener Staatlichkeit für die Hansestadt aus.¹⁹ Schon im Bismarckschen Deutschland, ebenso in den ersten Jahren der Weimarer Republik, aber auch im Zusammenhang mit den Bemühungen um ausgewogene Gliederung der Bundesrepublik ist stets von neuem die Eingliederung Hamburgs in Preußen resp. in ein Land „Nordwestdeutschland“ erörtert worden.²⁰

Zwar hat die unmittelbare Beschlußfähigkeit von Parlament und Senat in den wichtigen Angelegenheiten des Landes und der Gemeinde in den Jahren nach 1945 den Wiederaufbau wesentlich erleichtert. Angesichts der ungeheuren Kriegs- und Nachkriegsschäden hat die Zusammenarbeit aller politischen, administrativen und ökonomischen Kräfte Entscheidungen und Maßnahmen ermöglicht, die im größeren Landesverband kaum so schnell und so wirkungsvoll zu erzielen gewesen wären. Nach Überwindung dieses Notstands und Normalisierung des Wirtschaftslebens wird jedoch deutlich, daß Hamburg wohl als Großstadt innerhalb der Bundesrepublik eine ganz besondere wirtschaftliche Aufgabe und dank seiner Weltverbundenheit auch eine politische Funktion hat, aber die Frage staatlicher Eigenständigkeit wird erneut diskutiert.

3. Zusammenfassung

Die Länder Bremen und Hamburg sind demnach beide ihrer geschichtlichen Tradition nach Stadtstaaten eigener politischer Prägung. Ihrer wirtschaftlichen Funktion nach nehmen sie eine Sonderstellung unter den westdeutschen Großstädten ein, die nicht nur auf ihre Eigenart als Welthafenstädte zurückzuführen ist. Die in deren Wesen begründete maritime Gesinnung breiter Einwohnerschichten und die im Wettbewerb mit niederländischen und britischen Hafenstädten gewonnene persönliche und kommerzielle Bindung weiter Bevölkerungskreise nach Übersee gibt den eingesessenen Bürgern der Hansestädte jene weltoffene und selbstsichere Haltung, die sie von den kontinental denkenden Städtern im Binnenland unterscheidet.

Daraus allein wäre jedoch ihre Eigenstaatlichkeit nicht hinreichend zu begründen. Es ist offenbar, daß es innerhalb der Stadt Bremen gelungen ist, die Verwaltungsbezirke („Ortsämter“) so zu ordnen, daß

¹⁹ Vgl. *Ipsen*, a.a.O., S. 384: „Die Zonengrenze ... erweist sich so nicht nur als die Lebenslinie des Reiches und seiner beiden Teilrepubliken, sondern auch Hamburgs selbst...“

²⁰ Vgl. dazu *Marr*, W.: „Selbständigkeit und Hoheitsrecht der Freien Stadt Hamburg sind ein Anachronismus geworden“, Hamburg 1866; „Groß-Hamburg — Gründe und Gegengründe“, hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft Groß-Hamburg, Hamburg 1921, und politische Diskussion um die Selbständigkeit Hamburgs seit 1946.

diese in sich Stadtzellen bilden, in denen sich ungeachtet mancher Erschwernisse — wie sie sich z. B. aus der Verschiedenartigkeit der Bauvorschriften für städtische und ländliche Gebiete ergeben — ein lebendiges Heimatgefühl erhalten konnte, auch bei heterogenen sozialen Verhältnissen.²¹ Das Land Bremen stellt sich derzeit als verwaltungstechnischer Zusammenschluß der Hansestadt Bremen mit dem ihr wirtschaftlich verbundenen Bremerhaven dar, deren innere Verschmelzung zu eigenstaatlicher, politischer Funktionsfähigkeit als eine der hervorragenden Aufgaben der Bremischen Bürgerschaft angesehen wird; das Gelingen wird davon abhängig sein, ob eine Funktionsteilung zwischen beiden Häfen und beiden Städten zustandekommt.

Im Lande Hamburg ist die geschlossene Gebietseinheit der zusammengefaßten Ortsteile als Voraussetzung hoheitsrechtlichen Wirkens innerhalb des Bundeslandes gegeben, wengleich auch hier die Integration der ehemals preußischen Gebiete erst nach und nach realisiert wird.

Die Sonderstellung der Stadtstaaten Bremen und Hamburg unter den Ländern der Bundesrepublik wie unter den westdeutschen Großstädten verursachte bei der Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen Schwierigkeiten besonderer Art. Das wirtschaftliche wie das soziale Gefüge der beiden Welthafenstädte war im letzten Menschenalter, besonders aber im Gefolge des zweiten Weltkrieges, tiefgreifenden Wandlungen ausgesetzt. Die bevölkerungspolitische Tragfähigkeit der Stadtstaaten ist dabei nicht unbeträchtlich geschwächt worden. Nicht nur die Unterbringung, auch die erwerbswirtschaftliche Eingliederung von Flüchtlingen ist durch die besonders komplizierte Situation erschwert, die sich aus den Strukturveränderungen der zum Bundesgebiet gehörigen Länder und ihrer weltwirtschaftlichen Verflechtung gerade für die Hansestädte ergibt.

²¹ Vgl. Rosenkranz, Franz: „Die Koordinierung der Verwaltungsgrenzen in Bremen“ in Zeitschrift für Raumforschung, Jg. 50/8—12, S. 336.

Erstes Kapitel

Die Wirtschaftsstruktur der Stadtstaaten nach 1945

Beim Blick auf die Karte erscheint das Wachstum der beiden Hansestädte zur räumlichen Ausdehnung und wirtschaftlichen Bedeutung von Weltstädten um so merkwürdiger, als sie eingebettet liegen in die weite und verhältnismäßig dünn besiedelte Agrarlandschaft des norddeutschen Tieflandes. Für beide Stadtstaaten ist aber im Seeverkehr eine Achse des gesamten Wirtschaftslebens gegeben, die eine hochintensive Gewerbetätigkeit trägt. Handel und Verkehr dominieren, verbrauchsorientiert agglomerierten industrielle und handwerkliche Schiffsbau- und Schiffsausrüstungsbetriebe, materialorientiert die gewerbliche Be- und Verarbeitung von Massenimportgütern.

Durch politische Ereignisse sind seit dem ersten Weltkrieg, besonders nach 1933, die Standortgrundlagen der hanseatischen Wirtschaft verändert worden, und dadurch wurde das bisherige Gleichgewicht der hanseatischen Wirtschaftsstruktur gestört. Besonders haben die Folgen des zweiten Weltkrieges das wirtschaftliche und soziale Gefüge zerrissen und dadurch für die Zukunft der Stadtstaaten neue Voraussetzungen geschaffen, die sich auch wesentlich auf ihre Bevölkerungskapazität auswirken. Sie bestimmen, in welchen Grenzen „die staatliche Intervention zur Eröffnung von Chancen freien Wettbewerbs“ in den Stadtstaaten möglich und sinnvoll ist,¹ besonders im Zusammenhang mit der Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen.

1. Strukturwandel der Wirtschaft im Lande Bremen

Trotz Eingemeindung ländlicher Randsiedlungen und trotz Vergrößerung des bremischen Territoriums um den Bereich der Stadt Bremerhaven hat sich in der Gliederung des Wirtschaftslebens seit Ende des ersten Weltkrieges nichts Entscheidendes geändert. Der Anteil der in den Zweigen Land- und Forstwirtschaft, Küsten- und Hochseefischerei beschäftigten Personen schwankte zwischen 3 und 4 vH sämtlicher Erwerbspersonen. Die Wirtschaftszweige Industrie und Handwerk tragen zusammen etwa zwei Fünftel, Handel und Verkehr annähernd ein Drittel der Erwerbsbevölkerung. Allerdings ist die

¹ Vgl. *Edding, F.*: „Die Flüchtlinge als Belastung und Antrieb der westdeutschen Wirtschaft“ in „Kieler Studien“, Heft 12, Kiel 1952, S. 50.

relative Bedeutung der Wirtschaftsabteilung „Handel und Verkehr“ seit den zwanziger Jahren, zurückgegangen.

Tabelle 1
Die Wirtschaftsstruktur Bremens
nach der Gliederung der Erwerbspersonen²

Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen	1925	1933	1939	1946	1950	
					absolut	in vH
Erwerbspersonen insgesamt	167 581	180 732	222 637	160 444	246 250	
davon in vH						
Land- u. Forstwirtschaft	3,2	3,4	3,1	4,2	8 843	3,6
Industrie und Handwerk	41,0	36,3	46,9	41,9	102 189	41,5
Handel und Verkehr	38,1	42,1	33,8	28,5	75 913	30,8
Öffentl. und private Dienstleistungen	10,3	11,7	11,0	22,2	49 138	19,9
Häusliche Dienste	7,4	6,5	5,2	3,2	8 147	3,3
Ohne Angabe	—	—	—	—	2 020	0,9

„Handel und Verkehr“ haben dadurch besonderes Gewicht, daß sie noch klein- und mittelbetrieblich organisierte Unternehmungen von Weltrang aufweisen. Zwar tritt die Bedeutung der Arbeitsplatzkapazität dieser Betriebe hinter den qualitativen Anforderungen an die einzustellenden Kräfte zurück. Dennoch sind auch noch etwa 76 000 Menschen im Handel und Verkehr des Landes Bremen tätig.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Ein- und Ausfuhrhandels und aller damit verknüpften Wirtschaftsbereiche ist im internationalen Maßstab während des letzten Menschenalters zurückgegangen — nicht nur in den deutschen Hafenplätzen. Ein Teil des Personenverkehrs ging auf die Luftfahrt über, einen wesentlichen Teil der Rohstoffbeschaffung und des Fertigwarenxports übernahm die Industrie selbst, unter Ausschaltung des Handels. Damit ist zugleich die Aufnahmefähigkeit dieses Sektors für Arbeitskräfte gemindert worden, wo nicht absolut, so doch im Vergleich mit anderen Zweigen der Wirtschaft.

² Quelle: Aus der Berufszählung — Statist. Landesamt Bremen. *Gebietsstand* — 1925 und 1933: nach der Bestimmung vom 1. April 1921; 1939, 1946, 1950: nach den Grenzen vom 1. Januar 1947; *Wirtschaftszweige* — nach der Systematik der Berufszählung 1950, für die Jahre 1925 und 1933 nach der damaligen Systematik.

Der Handel in den Städten Bremen und Bremerhaven unterscheidet sich nach Art und Umfang wesentlich von dem anderer Großstädte. Seine Entwicklung zu besonderem Rang beruht nicht auf der Funktion dieser Städte als „zentrale Orte“, also auf der Versorgung des Umlandes mit lebenswichtigen Massen- und Spezialgütern. Vielmehr erwuchs die Stellung des bremischen Handels im internationalen und großräumigen Warenverkehr durch die in generationenlanger Arbeit der Bremer Kaufleute entwickelten Spezialmärkte für eine Reihe von Handelsgütern.³ Seine Stellung als Weltmarkt für Baumwolle, Wolle, Kaffee, Tabak, daneben auch Mineralöl, Getreide und Reis war gefestigt und hat sich erhalten, obwohl Bremen durch die Autarkiepolitik der Aufrüstungsepoche seine wichtigsten Bezugsmärkte für viele Jahre verlor: USA, Mittelamerika, Afrika und den Fernen Osten. Die Bemühungen um den Wiederaufbau der ehemaligen Handelsbeziehungen sind bisher nur teilweise von Erfolg gewesen. Dabei sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Importtätigkeit in Bremen nach wie vor gegeben.

Im Vergleich mit der Vorkriegszeit ist der Transithandel durch die Zonentrennung wie durch die Nachwirkung der jahrelangen Ausschaltung außerordentlich zusammengeschrumpft. Dieser Verlust schmälert die Existenzgrundlagen des bremischen Importhandels empfindlich. Nicht allein die Absperrung des in hohem Maße aufnahmefähigen sächsisch-thüringischen Marktes für Baumwoll- und Wollfasern und die Zerschneidung des Warentransits nach der Tschechoslowakei und Polen sind zu beklagen. Auch das früher beträchtliche Importtransitgeschäft mit Österreich und der Schweiz kommt erst langsam wieder in Gang; und der ungarische und tschechische Markt sind ebenfalls nur zum geringsten Teil zurückgewonnen worden.

Die Eigenart des Platzes Bremen ist es, daß bisher der Exporthandel wenig in Erscheinung trat, auch nicht unter den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit. Weder hinsichtlich der Mengen, noch in der Zusammensetzung der Ausfuhrwaren nach Güterarten und Herkunftsländern hat sich ein Wandel vollzogen, wie er den Industrieansiedlungen und -verlagerungen im Bundesgebiet entspräche. Nachdem ein großer Teil ehemals mitteldeutscher Werke der Textil- und Maschinenindustrie, wie auch der sudetendeutschen Holz-, Glas- und Schmuckwarenindustrie in Bayern und Württemberg neu entstanden ist, wäre zu erwarten, daß sowohl der Direktexport der Hersteller als auch der Händlerexport, der früher über Hamburg erfolgte, über den näher gelegenen Eisenbahnhofen Bremen liefe. Diese Exporte wurden

³ Vgl. im einzelnen: *Thiermann, A.*: „Die Industrie am seetiefen Wasser — Eine Standortbetrachtung der bremischen Industrie“ — Diss. 1936.

jedoch, soweit die Rückgewinnung der überseeischen Märkte überhaupt gelungen ist, über die Benelux-Häfen getätigt, obgleich der Bremer Handel sich wie die Hafenwirtschaft mit größter Aufmerksamkeit um die Pflege des Exportgeschäftes bemüht. Früher konnte die Auslastung des Laderaums für mit Importware einlaufende Schiffe in der Passagierbeförderung, beim Auswandererverkehr zugleich mit größeren Gütertransporten, gefunden werden. Da die Massenauswanderung aus Europa mit der Emigrationswelle aus den totalitären Staaten als endgültig beendet angesehen wird, verbleibt dem Passagierschiff im Wettbewerb mit dem Flugzeug nur ein Teil des Geschäfts- und Reiseverkehrs. Eine Reihe von Importfirmen bemüht sich deshalb jetzt, auch im Interesse der Transportkostensenkung, zur Ergänzung der Einfuhr-tätigkeit, um den Export von Gütern für den überseeischen und fern-östlichen Markt; damit bahnt sich ein Funktionswandel im bremischen Außenhandel an, dessen Auswirkungen auf die Beschäftigungslage jedoch noch nicht abzusehen sind.

Im **Binnengroßhandel** hat die Abriegelung des mittel- und ostdeutschen Wirtschaftsraumes das Wirkungsfeld und damit die organisatorischen und kalkulatorischen Voraussetzungen für den traditionellen Handelsverkehr der Städte Bremen und Bremerhaven von Grund auf verändert. Die Abnehmer in der sowjetisch besetzten Zone fehlen im Kaffeeversandgeschäft und für einen Teil des Tabak- und Tabakwaren-Großhandels. Andererseits wird die Einfuhr von Zucker überhaupt erst erforderlich, der Einfuhrbedarf von Getreide, Papier und Zellstoff wesentlich vergrößert, seit die Bezüge aus dem deutschen Osten für die westdeutsche Wirtschaft ausfallen. — Der Bremerhavener Fischgroßhandel wiederum ist durch die Zerschneidung Deutschlands in seinen Absatzmöglichkeiten aufs schwerste beeinträchtigt. Vor dem zweiten Weltkrieg sind etwa 40 vH der deutschen Produktion an Fischen und Fischwaren in die jetzt östlich des „Eisernen Vorhangs“ gelegenen Teile Deutschlands geliefert worden. Der Markt, der seit mehr als 80 Jahren für die Bremerhavener Hochseefischerei erschlossen und verkehrstechnisch durchorganisiert wurde,⁴ ist außerdem durch Aufhebung der bis Kriegsende gültigen Marktordnung gestört.

Die politischen Ereignisse seit dem ersten Weltkrieg, insbesondere aber die Gleichgewichtsstörungen, die der zweite Weltkrieg in der deutschen Volkswirtschaft auslöste, haben demnach die Funktionsfähigkeit des bremischen Groß- und Außenhandels empfindlich geschwächt. Damit ist aber keine Minderung seiner Bedeutung für den

⁴ 1885 stellte Heinrich Busse den ersten Fischdampfer in Dienst und schuf mit Hilfe des preußischen Staats und bremischer Kaufleute bis 1896 eine vollkommene Vertriebsorganisation.

Arbeitsmarkt eingetreten. Zwar waren 1939 im Ein- und Ausfuhrhandel 5900 Personen tätig, 1950 dagegen nur noch 3300. Aber im Binnengroßhandel ist die Beschäftigtenzahl von 1939 bis 1950 gestiegen (von 12 686 auf 18 492). Eine weitere nennenswerte Expansion dieser Wirtschaftsgruppe ist kaum zu erwarten. Der Tatbestand, daß die Zahl der Arbeitsstätten im Ein- und Ausfuhrhandel 1950 gegenüber 1939 um 9 vH höher liegt, die der sonstigen Großhandlungen um 43 vH, weist eher auf die Möglichkeit der Ausschaltung schwacher Unternehmungen hin, was eine Schrumpfung der Arbeitsplatzkapazität mit sich bringen könnte.⁵

Der Handel Bremens ist in seiner Leistungsfähigkeit vom Schicksal des Hafens und der Schifffahrt abhängig; auch sie sind in der Kriegs- und Nachkriegszeit in ihrer Substanz verletzt worden.

Die Hafenwirtschaft verlor einige Standortvorteile durch die Zerschneidung Deutschlands, und mit den Kriegszerstörungen und -verlusten wurde ihre Wettbewerbsfähigkeit schwer getroffen. Für den Überseeverkehr hat die geographische Lage Bremens Vor- und Nachteile. Einmal ist Bremen der am tiefsten ins deutsche Binnenland hineinragende Seeverkehrsplatz,⁶ liegt also in bezug auf seine kontinentalen Partner frachtgünstig. Andererseits ist die Sicherung des „seetiefen“ Wasserweges auf der stets von der Versandung bedrohten Weser nur durch große Investitionen für Flußregulierung wie für den Bau und die Erneuerung der Seehafenbecken ermöglicht worden; diese Aufwendungen stellen laufend hohe Ansprüche an den Staat, sofern die Konkurrenzfähigkeit von Schifffahrt und Handel erhalten werden soll.

Die Wettbewerbsfähigkeit Bremens im Weltwirtschaftsverkehr stützt sich darauf, daß seine Reeder und Spediteure je nach Art der Ladung und nach den individuellen Wettbewerbsverhältnissen ein Wahlrecht haben, die Ladung oder Löschung unmittelbar an der Küste (Bremerhaven) oder 80 km weiter landeinwärts (Hafengruppe Bremen-Stadt) besorgen zu lassen und damit Zeit- oder Tarifvorteile für die Auftraggeber zu gewinnen.

Die Anlagen im Binnenhafen waren nach Kriegsende zerstört, die in Bremerhaven wurden für Zwecke der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Der Wiederauf- und -ausbau zur Wiederherstellung und Rationalisierung der Umschlagskapazität ist zielbewußt auf die für Bremen als

⁵ Vgl. im einzelnen AZ/Bremen (= Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten im Lande Bremen; Statistischer Dienst Bremen, Reihe Gewerbestatistik V/1/1952).

⁶ Vgl. Schackow, H.: „Hafensorgen ohne Ende“ in „Wirtschafts-Correspondent“ Nr. 37 und Flügel, H.: „Der Seehafen Bremen“, Berlin 1931.

Eisenbahn- und Spezialhafen maßgeblichen Projekte konzentriert worden.⁷ Noch konnte die Hafenwirtschaft in den vom Staat errichteten und unterhaltenen Hafenanlagen bisher ohne zusätzliche staatliche Hilfe bestehen. In jüngster Zeit erscheint ihre Wirtschaftlichkeit jedoch durch das Mißverhältnis von Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität gefährdet: es fehlt an qualifizierten und geübten Hafentarbeitern. Andererseits verursachten Veränderungen in der Zusammensetzung der in den Häfen umgeschlagenen Güter eine Verminderung des Bedarfs an Hilfspersonal: Der arbeitsintensive Umschlag von Stückgut verlor an Bedeutung, während der Umschlag von Massengütern zunahm, der mit mechanischem Hebegerät erfolgt.

Durch verstärkte Technisierung der Transportgeräte ist die Leistung nur zu erhöhen, wenn deren dauernde Beschäftigung gesichert ist; ihr Einsatz ist aber nur bei Gütern möglich, die durch Stoß oder Fall keinen Wertverlust erleiden, also zwar bei Kaffee, Baumwolle und Reis, aber nicht bei Südfrüchten oder Stückgut, mit deren Verladung die Erträge steigen würden.

Der Ruf des Bremer Umschlaghafens ist wesentlich auf die Wirksamkeit seiner *Spediteure* zurückzuführen, die Auswahl der Transportwege und Transportmittel bestimmen.⁸ Mit Hilfe der zuerst in Bremerhaven ansässigen Speditionsfirmen war nach Schaffung des Freihafens im stadtbremischen Hafengebiet die Förderung des bremischen Überseegeschäfts gelungen, und ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung nahm zu, je höher die Anforderungen an die Kapitalkraft und an die Kenntnis der überseeischen Märkte wurden und je mehr demzufolge die Industrie zum Direkt-Import und -Export unter Ausschaltung des Großhandels überging. Seit Eröffnung des Küstenkanals und Verbesserung des Schifffahrtsweges auf der Mittelweser findet auch die Binnenschiffahrts-Spedition von Bremen aus ein ergiebiges Arbeitsfeld. — Durch Kriegseinwirkungen ist das bremische Speditionsgewerbe aufs schwerste in seinem Erwerbsvermögen (Lagerhallen, Umschlaggerät) betroffen; fast noch größer sind die aus der Überalterung des Fachpersonals erwachsenden Schwierigkeiten, weil die Nachwuchsschulung, die in der Autarkie- und Weltkriegsepoche ausgesetzt war, sich nicht in der erforderlichen Zeit nachholen läßt.⁹

⁷ Wie bereits erwähnt, war dieses gigantische Aufbauwerk nur im Rahmen der stadt-staatlichen Finanz- und Entscheidungshoheit rechtzeitig zu finanzieren (vgl. dazu S. 10 bis 17).

⁸ Im einzelnen bei *Helm, K.*: „Bremer Spediteure — Treuhänder wertvollen Kaufmannsgutes von Land und Übersee“ in „Der Spediteur in Bremen“ — Bremen 1951.

⁹ Die Spezialberufe der Stauer, Küper, Warenprüfer usw. sind ebenso wie Disponenten und Korrespondenten nur durch gründliche Fachausbildung und langjährige Erfahrung zu vollwertigen Spezialisten heranzubilden.

Auch die Reedereien im Lande Bremen erlitten starke Verluste an Vermögen, qualifiziertem Personal und Aktionsmöglichkeiten. Wie bereits im ersten Weltkrieg hatte Bremen nach 1945 seine Handelsflotte und vor allem seine Fahrgastschiffe verloren. Seit Aufhebung der Schiffskauf- und -bauverbote sind eine Reihe modern ausgerüsteter Schiffe in Dienst genommen worden. Dadurch ist der Anteil der bremischen Flagge am Seegüterverkehr der bremischen Häfen in den Jahren 1951/52 wieder auf mehr als 12 vH angestiegen.¹⁰ Aber die technische Entwicklung vom Dampfschiff zum Motorschiff hat Heizer, Trimmer, Schmierer und Reiniger entbehrlich gemacht, und der Fortfall der Fahrgasttonnage hat die Beschäftigungsmöglichkeiten für seefahrendes Personal entscheidend verschlechtert.¹¹ — Schwer durch Kriegsverluste betroffen waren auch der Flottenbestand der Bremerhavener Fischreedereien, sowie die Kutter- und Loggerfischerei in Bremerhaven und Vegesack.¹²

Für das Land Bremen bedeuteten Verlust der Flotte und jahrelanges Schiffbauverbot mehr als den Beginn struktureller Arbeitslosigkeit für seine maßgeblich auf Schifffahrt eingestellte Erwerbsbevölkerung. Es bedeutete Abwanderung von seefahrendem und werfterfahrendem Personal in fremdberufliche Tätigkeit, Ausfall der Nachwuchsschulung und damit eine unermeßliche Einbuße an Konkurrenzfähigkeit bezüglich der Arbeitskosten und -qualität.

Den Verlust an qualifizierten Kräften wettzumachen, fällt um so schwerer, als Hafen und Schifffahrt in ihren traditionellen Bezugs- und Absatzbeziehungen im letzten Menschenalter bereits mehrfach starken Eingriffen und großen Vermögensverlusten ausgesetzt gewesen sind. In der Wiederherstellung und Erholung ist dieser Wirtschaftssektor durch die Zerreißung Deutschlands und Europas, wie durch den Wettbewerb mit den anderen europäischen Nordseehäfen ernstlich gefährdet. —

Als gestaltende Faktoren eines Seehafens sind außer der verkehrsgeographischen Lage zum Hinterland und zu den überseeischen Handelspartnern seine Kapitalkraft und vor allem die Verfügungsmacht über ein qualifiziertes Arbeitsangebot anzusehen.¹³ Bereits 1938 zeichneten sich strukturelle Wandlungen in den Handels- und Transportfunktionen Bremens ab,¹⁴ im seewärtigen Verkehr hervorgerufen durch

¹⁰ Vgl. Statist. Mitteilg. aus Bremen, 8. Jg., S. 68.

¹¹ Allein die Fahrgastschiffe des Norddeutschen Lloyd hatten 1939 eine Besatzung von 5025 Mann (vgl. „Denkschrift über die wirtschaftliche Lage im Lande Bremen“, hg. vom Bremischen Senat, 1953, S. 26).

¹² S. auch S. 33 über Fischerei.

¹³ Vgl. Kautz, E.: „Das Standortproblem der Seehäfen“ in „Probleme der Weltwirtschaft“, Schriften des Inst. f. Weltwirtsch. an der Universität Kiel, Jena 1934.

¹⁴ Vgl. Schulz, W.: „Der Wandel in der Handels- und Transportfunktion

die autarkistische Außenhandelspolitik des „Neuen Plans“, sowie im Inlandwarenverkehr durch Funktionsverschiebungen zwischen den beteiligten Verkehrsträgern, die eine Umstellung von der Eisenbahn auf Binnenschiff und Kraftverkehr erforderten. Die geschilderten Zerstörungen von privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Anlagen und Einrichtungen im Hafen, die Verluste an Schiffstonnage sowie die damit verbundene Verschlechterung der Ausbildungsmöglichkeiten haben nach dem zweiten Weltkrieg die ohnehin schwierige Konkurrenzlage der bremischen Häfen noch verschärft. Diese Auswirkungen des zweiten Weltkriegs auf die Beschäftigung der Hafenwirtschaft werden in den Beschäftigtenzahlen der Vor- und Nachkriegszeit deutlich:

Beschäftigte in der Hafenwirtschaft des Landes Bremen¹⁵

Gewerbegruppe	Beschäftigte	
	1939	1950
Schifffahrt, Wasserstraßen und Hafenwesen	23 305	8 254
Verkehrsneben- und Hilfgewerbe	3 609	5 133

Die Einbuße an Beschäftigungsmöglichkeiten in der Seeschifffahrt betrug bis 1950 fast 17 000, in der Binnenschifffahrt lagen die Beschäftigtenzahlen 1950 um 700 über denen von 1939.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung der bremischen Hafenwirtschaft wurde seit 1950 soweit gehoben, daß 1952 mit einem Seegüterumschlag von 9,7 Mill. t ein Höhepunkt in der Nachkriegszeit erreicht wurde; das Vorkriegsvolumen ist (bei Absetzung der nicht kommerziellen Güter, wie Besatzungsgut oder US-Kohle) damit zu etwa 80 vH erreicht. Mit einer beträchtlichen Mehrbeschäftigung über den Stand von 1952 hinaus ist nur zu rechnen, falls der Umschlag hochwertiger Stückgüter, die seit dem Kriege durch Massengüter verdrängt waren, weiter zunähme und deshalb höhere Anforderungen an die verfügbaren Arbeitskräfte gestellt werden müßten.

Nach der Zahl der Arbeitsstätten ist¹⁶ die Wirtschaftsabteilung „Handel und Verkehr“¹⁷ (mit 13 500) stärker in Bremen vertreten als die

des Seehafens Bremen in der Nachkriegszeit unter vergleichsweiser Berücksichtigung des Hamburger Hafens“, Diss. 1938.

¹⁵ Die Zahlen der Arbeitsmarktstatistik können zur Fortschreibung nicht herangezogen werden; sie enthalten weder die Angestellten und Beamten im öffentl. Dienst noch selbständige Erwerbstätige. Deshalb nur Zahlen der Berufszählung.

¹⁶ Vgl. Statist. Dienst (Statist. Landesamt Bremen) V/1/52 „Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten im Lande Bremen“, August 1952.

¹⁷ Also einschl. der Handelsvertreter, Handelsmakler, Vermittler, sowie des Geld- und Versicherungswesens und allen Sparten des Verkehrshilfs- und -nebgewerbes.

der „industriellen Produktion“ (mit 9200 Arbeitsstätten). Bis Ende 1952 hatte die Zahl der Betriebe gegenüber 1950 um 12 vH abgenommen; und zwar haben die Großbetriebe — im Handel: mehr als 100 Beschäftigte — an Zahl und Bedeutung gewonnen, während zahlreiche Kleinbetriebe unter dem Druck der Wettbewerbsverhältnisse eingegangen sind.

Nach der Arbeitsplatzkapazität ist dagegen die Abteilung *I n d u s t r i e* führend — auch gegenüber der gesamten Gruppe „Handel und Hafenwirtschaft“. Der Anteil der industriell Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten machte 1950 fast 50 vH aus; ihre Zahl hat bis zum 30. September 1952 um rd. 12 000 zugenommen.¹⁸

Die Ansiedlung von Industrien auf bremischem Territorium hat erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts begonnen. Bis dahin galten die Bestimmungen des Zollvertrages mit Preußen, nach denen im Zollausschlußgebiet keine Industrie ansässig werden durfte. In Erkenntnis der besonderen Konjunkturanfälligkeit der ausschließlich seewärts orientierten Wirtschaft Bremens wurden durch Heinrich Wiegand, einen der maßgeblichen bremischen Reeder, in und außerhalb des Bremer Stadtgebiets Vor- und Hilfsindustrien für die maßgeblichen Bremer Handelssparten gegründet. Mit fortschreitender Technisierung wuchsen aus diesen Gründungen einzelne Unternehmen des Schiffsmaschinen- und apparatebaus, der Textilindustrie, des Behälterbaus usf., die sich Weltgeltung erwarben. Ihre Zu- und Unterordnung zu den Firmen der Seefahrt und des Handels blieb stets gewahrt.

Erst zur Zeit der nationalsozialistischen Aufrüstung nahmen Schiff- und Flugzeugbau eine stürmische Entwicklung; mit Kriegsende wurde sie jäh abgebrochen und es entstand der katastrophale Verlust von 26 000 industriellen Arbeitsplätzen. Die großindustrielle Betriebskonzentration, die erst im Laufe der letzten Arbeitergeneration entstanden und nach 1945 durch Demontagen und Entflechtung zum großen Teil wieder rückgängig gemacht worden war, setzt sich seit 1952 wieder durch. Doch behielt die gewerbliche Wirtschaft des Landes Bremen dank einer verhältnismäßig großen Zahl kleiner und mittlerer Familien-Unternehmungen ein überwiegend mittelständisches Gepräge.¹⁹

¹⁸ Vgl. Ergebnisse der Totalerhebung vom September 1952 in „Die wirtschaftliche Entwicklung im Lande Bremen 1952“ — Statist. Mitteilg., hgg. Statist. Landesamt Bremen, 7. Jg. 1952/4, S. 189—191.

¹⁹ In 3040 nach dem 31. Dezember 1944 gegründeten Betrieben des Landes Bremen (darunter 312 „Ersatzarbeitsstätten“, im übrigen Neugründungen oder Flüchtlingsbetriebe) wurden am 13. September 1950 insgesamt 18 408 Beschäftigte gezählt. (AZ Bremen, S. 67 ff.). Demnach waren je Betrieb sechs Personen tätig, in der Metallbe- und -verarbeitung verschob sich das Verhältnis auf 20 bis 30, im Bekleidungs-gewerbe sogar bis 38 Personen. Andererseits wird in der zit. Denkschrift . . . 1953 (a.a.O., S. 52) sehr richtig darauf hingewiesen, daß 1950 im Lande Bremen 12,8 vH aller Beschäftigten

Trotz mancher von außen auf Umstellung drängender Ereignisse, wie Aufrüstungsprozeß und Rüstungswirtschaft, Kriegszerstörung und Demontagen sowie Nachkriegsgründungen hat die bremische Industrie den traditionellen Zuschnitt auf die Bedürfnisse des Hafens und des Handels praktisch nicht verloren.

Das Rückgrat der Industrie im Lande Bremen ist der Schiffbau, nicht allein durch dessen eigenen Kapital- und Arbeitsbedarf, sondern zugleich als Schlüsselindustrie. Die auf verschiedene Typen von Booten, Jachten und Motorschiffen spezialisierten Werften sind in Lieferung und Bezug aufs engste mit den Holz- und Nahrungsmittel-Importeuren und -Verarbeitern, mit Lieferanten von optischem und elektrotechnischem Gerät sowie von Schiffsmaschinen, mit Möbelabriken und Messingschmieden verzahnt. Die großen bremischen Werften waren durch Kriegs- und Kriegsfolgeschäden gezwungen, den Wiederaufbau bis 1950 mit Hilfe betriebsfremder Fertigung vorzubereiten; nicht nur Hellingen und Werkshallen waren zerstört, sondern durch Gesetze der Besatzungsmacht und Währungsreform war die Kapitalbasis geschmälert, wo nicht entzogen. Inzwischen hat der Neuaufbau eingesetzt, und mit Aufhebung der Beschränkungen im Schiffsbau sind Auftrageingang und Ablieferung auf den bremischen Werften wieder befriedigend, wenn auch „Materialknappheit das Bautempo nicht unerheblich behinderte“.²⁰ Jeder Bericht über die Ablieferung neu gebauter Schiffe von bremischen Werften zeigt, daß noch viel aufzuholen ist.

Die Beschäftigtenzahl auf den Werften liegt demzufolge noch unter Vorkriegsniveau, obgleich schon bei der Remontage und daneben seit 1951 zunehmend im Fertigungsprozeß ein starker Bedarf an Facharbeitern und Hilfsarbeitern erwuchs. Die Bremerhavener Werften hatten 1950 bereits 80 vH ihrer Belegschaftsstärke von 1939 erreicht, die stadtbremischen dagegen erst 40 vH. Die Erholung hat angehalten, und der Arbeitskräftebedarf wird nicht wesentlich zurückgehen, da in den kommenden Jahren die nicht unbeträchtliche Überalterung der Stammarbeiterschaft ausgeglichen werden muß.

Die im beginnenden 20. Jahrhundert als Zulieferer der Werften gegründeten Betriebe der Eisen- und Metallindustrie sind der Abhängigkeit von Schiffbau und Hafen nie vollkommen entwachsen. Dennoch gelangten diese Werke des Spezialmaschinenbaus (Pum-

in den wenigen industriellen Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten tätig gewesen sind, im Eisen- und Metallsektor sogar fast die Hälfte (46,6 vH).

²⁰ Vgl. „Die wirtschaftliche Entwicklung im Lande Bremen ...“, a.a.O., (Statist. Mitteilungen, 4/1951, S. 24).

pen, Schiffsmaschinen, Brücken, Werkzeuge, Kessel und Behälter; Gaswerkseinrichtungen, Elektrogerät und -werkzeuge, Elektro- und sonstige Fahrzeuge) zu überbezirklicher Geltung. Die bremische Fahrzeugindustrie (Kraftfahrzeug- und Waggonbau) bot in den Jahren des Schiffsbauverbots den maßgebenden Rückhalt für den Arbeitsmarkt der Stadt Bremen, seit 1950 auch für den Auslandsumsatz der bremischen Industrie.²¹

Aus dem Lieferverhältnis zu den Werften hatte sich eine vielseitige Elektroindustrie entwickelt, die über Installation und Elektrowerkzeuge hinaus den Elektrogerätebau entwickelt hat, wie elektro-akustische und -medizinische Apparate (Echolote, Hörgeräte für Schwerhörige). Das Arbeitsangebot gestattete in Anlehnung hieran den Bau von Elektromobilen, und dieser gab den Anstoß zur Errichtung von bedeutenden Werken der Fahrzeugindustrie (Borgward, Goliath, Lloyd-Motoren) und des Waggon- und Karosseriebaus. Der Fahrzeugbau konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit nach Kriegsende die Produktion aufnehmen und bot lange Jahre hindurch Arbeitsmöglichkeiten für die brachliegenden Kräfte aus dem Flugzeug- und Schiffbau. Die Elektroindustrie mit ihren Spezialkräften bot nach 1948 einem nach Bremen zugewanderten Radiowerk günstige Entwicklungsmöglichkeiten.

Tabelle 2

Arbeitsstätten der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung 1950 im Vergleich mit 1939 nach der Zahl der Arbeitsstätten und Beschäftigten²²

Zweige der Eisen- und Metallindustrie	Zahl der Arbeitsstätten		Zahl der Beschäftigten			
	1939 absolut	1950 absolut	1939 absolut	in vH	1950 absolut	in vH
sämtliche	1 371	1 423	85 592		39 397	
darunter						
Schiffbau	38	54	26 552	40,5	10 182	25,8
Fahrzeugbau ¹	311	309	23 204	35,4	10 969	27,8
Elektrotechnik	253	211	4 078	6,2	2 978	7,6
Metallwaren	350	329	4 907	7,5	3 188	8,1
Maschinenbau ²	99	156	2 073	3,1	8 636	21,9

¹ Darunter 1939 mitgezählt zwei Luftfahrzeugbetriebe.

² Wegen des Schiffbauverbots haben die Werften sich der Herstellung von Werkzeugmaschinen für künftigen Eigenbedarf und für Fremdbedarf zuwenden müssen. Ein Teil der Wertstammarbeiter erscheint deshalb 1950 als Belegschaft der Maschinenindustrie. Seit 1951 zählen die Werftbetriebe wieder voll zum „Schiffbau“, wodurch sich nicht nur im Beschäftigtenstand, sondern auch im anteiligen Produktions-Index Schwerpunktverlagerungen ergeben.

²¹ Vgl. Statistische Mitteilungen, a.a.O. 1951/4, S. 13.

²² Vgl. AZ/Bremen, a.a.O., S. 27.

Die Beschäftigung in den Betrieben der Investitionsgüterindustrien, die für die bremische Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind, entwickelte sich seit 1950 wie folgt:²³

Tabelle 3

Industriezweige	Beschäftigte im Jahresdurchschnitt		
	1950	1951	1952
Stahl- und Eisenbau . . .	1 859	1 589	1 905
Maschinenbau	6 199	6 873	7 637
Fahrzeugbau	8 960	10 553	10 396
Schiffbau	9 412	10 417	12 848
Elektrotechnik	2 715	3 110	3 293
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren	1 910	1 901	1 854
alle Zweige der In- dustriegruppe Investi- tionsgüter-Industrien . .	31 090	34 458	37 965

Kein anderer Industriezweig erreicht eine so große Bedeutung für die Gesamtwirtschaft, zumal auch für den bremischen Arbeitsmarkt, wie diese tragenden Gewerbezweige des Metallsektors.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Industriebetriebe der Holzbe- und -verarbeitung und die Nahrungsmittelindustrie sind jedoch für den Arbeitsmarkt mit strukturbestimmend.

Mit dem bremischen Woll- und Baumwollhandel sind jene Spinnereien und Spinnwebereien eng verbunden, die Ende des vorigen Jahrhunderts, auf damals preußischem Gebiet, rund um Bremen entstanden waren und von denen in jüngerer Zeit die meisten durch Eingemeindung dem Stadt- und Staatsgebiet Bremen zugeschlagen wurden. Ebenfalls am Einfuhrhafen standortgebunden sind eine Jutespinnerei und -weberei und eine Hartfaserspinnerei für Netzgarne, Erntebindgarn, Verpackungsschnüre und Tauwerk.

Der beachtlichen volkswirtschaftlichen Stellung aller dieser Werke entspricht jedoch nicht die relative Bedeutung für die Arbeitsmarktkapazität des Landes Bremen — es sind durchweg Betriebe mit kapitalintensiver Produktionsgestaltung. — Das mit zahlreichen Werkstätten und Kleinbetrieben vertretene Bekleidungs-gewerbe hat keine überbezirkliche Marktstellung gewinnen können. Verschiedene Versuche, in Bremen oder Bremerhaven Konfektions- oder Wirkereibetriebe anzusässig zu machen, scheiterten einmal am Mangel an geeigneten Baulichkeiten oder Baugelände (zumal nach den Zerstörungen des zweiten

²³ Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten lt. Industrie-Bericht-Erstattung/ Statistische Mitteilungen Bremen 1953/4, S. 153.

Weltkrieges), zum anderen an dem hohen Lohnniveau beider Städte.²⁴ Beide Branchen hatten von 1939 bis 1950 eine geringfügige Zunahme ihrer Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen,²⁵ die nicht von nachhaltiger Bedeutung ist.

In Anlehnung an Import, Schiffbau und zahlreiche Konsumgüterindustrien hat sich im Bremer Wirtschaftsraum eine nicht unbedeutende Holzbe- und -verarbeitungsindustrie entwickeln können. Die Werke der Holzbearbeitung finden sich verstreut in den Hafengebieten: in Bremerhaven und im ehemaligen Geestemünde, wie längs der Weser und im eigens dafür geschaffenen „Holzhafen“ des stadtbremischen Hafengeländes. Die Zahl der Betriebe wie die der Belegschaften ist gegenüber 1939 verdoppelt. Auf dieser Grundlage erstand zugleich eine vielseitige Holzverarbeitung. Ursprünglich als Zuieterer für den Bootsbau und als Ausrüster für Passagier- und Frachtschiffe aufs engste mit dem Schiffsbau verknüpft, entstand eine gut qualifizierte Möbelindustrie, deren Konkurrenzsituation jedoch ungünstig ist, zumal gegenüber der Serienmöbelfabrikation in den Ländern Bayern und Niedersachsen. Wesentlich sicherer behaupten sich, dank einer glücklichen Kombination der Bezugs- und Absatzorientierung in der Hafengewirtschaft, die Betriebe der Holzverarbeitenden Industrie, die sich der Herstellung von Verpackungsmitteln für die spezifisch bremischen Handelswaren widmen: Zigarrenschachteln, Obst- und Fischkistchen, Weinfässer, Heringstonnen u. a. m. Die Entwicklung von 1939 bis 1950 weist eine Zunahme der Beschäftigtenzahlen um mehr als das Doppelte in den Sägewerken und Holzbearbeitungsbetrieben aus (von 308 auf 699) und in der Holzverarbeitung (von 4683 auf 5534) auf 118 vH vom Vorkriegsstand.²⁶ Mit Fortschreiten der Schiffbautätigkeit ist eine weitere Belebung der Holzindustrie im Zusammenhang mit Ausrüstungsaufträgen zu erwarten. Für das Arbeitspotential des Landes Bremen ist schließlich die Industrie der Nahrungs- und Genußmittelherstellung in allen ihren Zweigen von hoher Bedeutung. Dieser Sektor gewerblicher Produktion ist in Bremerhaven vornehmlich mit der Fischindustrie und in der Stadt Bremen mit der Verarbeitung von Importgütern vertreten. Sie entwickelte sich auch aus der bevorzugten Lage an der Seewasserstraße: die Standortvorteile für Reis- und Getreidemöhlen, für eine Ölmühle, die Nahrungsmittel-, Stärke- und Futter-

²⁴ So ist z. B. eine nach 1945 mit Hilfe des bremischen Staates in Bremerhaven etablierte Strumpffabrik zur Wahrnehmung dieses Arbeitskostenvorteils nach Nordenham, also auf das gegenüberliegende Weserufer, abgewandert.

²⁵ Vgl. AZ/Bremen, a.a.O., S. 30.

²⁶ Vgl. AZ/Bremen, a.a.O., S. 30.

mittelindustrie liegen auf der Hand. Strukturelle Veränderungen sind nicht zu verzeichnen.²⁷

Zu den Schwierigkeiten allgemeinwirtschaftlicher Natur, mit denen die gesamte westdeutsche Industrie nach dem zweiten Weltkrieg zu kämpfen hat, kommen (wie zu zeigen versucht wurde) für den industriellen Arbeitsmarkt des Landes Bremen diejenigen, die sich aus der Zerstörung und Demontage seiner Fabrik-, Werft- und Hafenanlagen ergeben.

Die Verluste an Arbeitsplatzkapazität, die sich überwiegend auf Flugzeugbau (15 700 Beschäftigte im Jahre 1939) und Schiffbau (27 000 im Jahre 1939, 17 500 Ende 1952) erstreckten und insgesamt im Sektor der metallverarbeitenden Industrie über 26 000 ausmachten, sind auch durch den Auf- und Ausbau der Fahrzeugindustrie nicht ausgeglichen worden. Nicht zuletzt verursachten die Beschäftigungsausfälle in der Bremerhavener Fischwirtschaft und die Arbeitslosigkeit der ehemaligen Besatzung von Fahrgastschiffen²⁸ — beide strukturell bedingt — ein Zurückbleiben der bremischen Produktion hinter dem Leistungs-

Tabelle 4
Produktionsindex einzelner Zweige der Bremer
Industrie (1936 = 100)²⁹

Industriezweige	Jahresdurchschnitt				Veränderungen	
	1949	1950	1951	1952	1949/52 in vH	1951/52 in vH
Bundesgebiet						
Gesamt-Industrie	87	111	134	143	+ 64	+ 7
Land Hamburg						
Gesamt-Industrie	75	88	99	101	+ 34	+ 1
Land Bremen						
Gesamt-Industrie	52	72	85	98	+ 88	+ 15
darunter						
Elektrotechnik ..	78	103	142	157	+ 101	+ 11
Schiffbau ¹	28	43	56	86	+ 207	+ 54
Tabak	34	54	67	92	+ 171	+ 37
Fahrzeugbau	90	195	240	254	+ 182	+ 6
Maschinenbau ¹ ..	91	154	186	(145)	+ 58	.
Mineralöl	104	158	190	191	+ 84	+ 1
Säge-Industrie ..	43	57	58	54	+ 26	— 3
Fischverarbeitung	71	65	61	80	+ 13	+ 31
Textil	83	109	94	96	+ 16	+ 2

¹ Vgl. Anm. 2 von Tabelle 2.

²⁷ Vgl. dazu im einzelnen AZ/Bremen, a.a.O., S. 30.

²⁸ Vgl. Anm. 11.

²⁹ Vgl. dazu im einzelnen „Statistische Mitteilungen aus Bremen“, Jg. 7/4/1952, S. 191, sowie Anm. zu Tabelle 2.

volumen der westdeutschen Industrie. Dabei wird beobachtet, daß sich die Abhängigkeit des gesamten Wirtschaftsgetriebes von Schifffahrt, Hafen und Schiffbau nach Zerstörung dieses Schwerpunktes auch in der Produktivität der Unter- und Zulieferindustrien auswirkt.

Der Produktionsindex des Landes Bremen liegt unter Bundesdurchschnitt und unter dem des Landes Hamburg, auch wenn sich im Sommer 1952 die Beschäftigungsverhältnisse im Schiffbau entspannt hatten (vgl. umstehende Tabelle 4).

Es ist selbstverständlich, daß die Wiederherstellung der ehemaligen Bedeutung Bremens und Bremerhavens als Seehäfen von Weltgeltung und als hochspezialisierte Industrieplätze auch die bevölkerungspolitische Tragfähigkeit erhöhen würde. Mittelbar oder auch unmittelbar hängen jedoch die Eingliederungsschwierigkeiten, auf die die Flüchtlinge im Lande Bremen stoßen, mit dem geschilderten Darniederliegen der Seehafenindustrie zusammen. —

Unter den außergewöhnlichen Verhältnissen der ersten Nachkriegszeit hatte sich auf allen Gebieten des **B a u g e w e r b e s** eine rege Geschäftigkeit entwickelt. Die Zahl der Betriebe und Werkstätten, die sich auf diesem Gebiet betätigen, war von 1939 bis 1950 um ein Sechstel gestiegen,³⁰ wenngleich einige Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (Polsterer, Tapezierer, Schornsteinfeger u. a. m.) eine zahlenmäßige Einbuße erlitten hatten; angestiegen war die Zahl der Hoch- und Tiefbauunternehmungen und besonders der Bauinstallateurbetriebe mit ihren Belegschaften. Die Zahl der Beschäftigten lag 1950 sogar um ein Drittel (mit 27 493) höher als 1939 (= + 30 vH). Bereits Mitte Juli 1951 war die Zahl der Betriebe wieder reduziert; der Anteil von handwerklichen Kleinbetrieben (ein bis neun Beschäftigte) nahm zu Lasten der Mittelbetriebe zu; und die Zahl der ständig Beschäftigten (Durchschnittszahlen der Monate Dezember/Januar in den Wintern 1951/52 und 1952/53) lag bei rund 10 000. Der saisonal schwankende zusätzliche Arbeiterbedarf ist in absehbarer Zeit aus der Reihe der bremischen und der einpendelnden niedersächsischen gelernten und umgeschulten Baufach- und -hilfsarbeiter zu decken.³¹

Im nicht zum Bauhandwerk gehörigen **H a n d w e r k** wurden 1950 in Bremen 6220 Betriebe mit 21 900 Beschäftigten gezählt; etwa ein Viertel aller Betriebe hatte mehr als fünf Beschäftigte. Seit Ein-

³⁰ Vgl. AZ/Bremen — um rd. 350 auf 2540.

³¹ Vgl. „Beiträge zur Wirtschaftsstruktur des Landes Bremen“, hsggeg. vom Landesarbeitsamt Bremen, Heft 5 (31. Juli 1950). Als Umschulungsergebnis wurde allein bis zum 31. Juli 1950 die Zahl von 1910 Umschülern für Bauberufe benannt.

führung der Gewerbefreiheit sind mehr als 1500 Handwerksbetriebe neu eröffnet worden, vornehmlich Ein-Mann-Betriebe, und zwar besonders in den Handwerkszweigen Elektrotechnik, Fahrzeugbau und Feinmechanik, die in Bremen vorher schwach vertreten waren.

Eng mit Handel und Gewerbe der bremischen Städte verbunden ist das Fischereiwesen, das von größter gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist, wenngleich nur etwa 3 vH aller Berufstätigen zur Wirtschaftsabteilung „Landwirtschaft und Fischerei“ gehören — also ein noch geringerer Anteil zur *Fischerei* selbst.

Besonders Bremerhaven hat in der deutschen Fischerei gute Entwicklungsmöglichkeiten. Der bekannte Fischereihafen Geestemünde ist zwar ebenso weit von den Hauptfanggebieten entfernt wie andere deutsche Plätze; bei den Fangreisen entstehen also höhere Kosten als etwa für die norwegische oder englische Fischereiflotte. Dank der ausgezeichneten Verkehrsverbindungen zum Hinterland und der von Geestemünde aus aufgebauten großartigen Organisation des Hafens und Auktionsbetriebes und des Großvertriebes hat Bremerhaven aber doch beträchtliche Kostenvorteile. Die um den Fischereihafen konzentrierten Werke des Spezialbootbaus, der Ausrüstungsbetriebe, der Verpackungsmittelindustrie und sonstiger Hilfsgewerbe tragen weiter zur Wirtschaftlichkeit bei.

Wie erwähnt, hat die Fischdampferflotte durch den zweiten Weltkrieg empfindliche Einbußen erlitten. Bereits 1951 waren jedoch Größe und Fangkapazität der Hochseeflotte gegenüber der Vorkriegszeit nahezu verdoppelt. Dennoch blieben die Anlandungen qualitativ und mengenmäßig hinter denen der Vorkriegszeit zurück, obgleich die Auktionen in Bremerhaven-Geestemünde auch jetzt noch zum Teil durch nichtbremische Fischdampfer beliefert werden. Stark beeinträchtigt werden Fischfang und Fischverarbeitung durch das Zusammenreffen der Kostensteigerung, die aus den hohen Zins- und Amortisationslasten für neue Fahrzeuge und neue Bauwerke, aus erhöhten Arbeits- und Materialkosten folgt, mit der Schwächung des Absatzgebietes um den stark aufnahmefreudigen mitteleutschen Markt und mit der Aufhebung der Marktordnung, die ein gewisses Entgelt für höhere Qualitäten sicherte, auch wenn diese nur durch längerwährende Fangreisen zu beschaffen waren. Diese Schwächung der marktwirtschaftlichen Position der Fischereiwirtschaft hat Rückwirkungen auf ihre Arbeitsplatzkapazität.

Ein zutreffendes Bild von der erwerbswirtschaftlichen Bedeutung des gesamten Fischfangs, insbesondere auch für die darauf beruhenden Spezialzweige des Handels und der Verarbeitungsindustrie, ist mit den Beschäftigungszahlen vom Stichtag der Berufs- und Arbeitsstätten-

zählung³² nicht zu gewinnen: zu diesem Zeitpunkt war die Fangperiode zum guten Teil abgeschlossen. Die Zahl von 4200 in der Hochsee- und Küstenfischerei beschäftigten Erwerbspersonen kann allenfalls als Mindestzahl der Stammbeschaften angesehen werden.³³

Die im Lande Bremen betriebene Landwirtschaft ist, abgesehen von einigen stadteigenen Großgärtnereien und Parks, überwiegend kleinbetrieblich organisiert (Betriebe von 0,5 bis 5 ha). In der Randzone beider Städte gibt es außer 517 Betrieben zwischen 5 und 20 ha Betriebsfläche insgesamt nur 378 großbäuerliche Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 20 bis unter 100 ha.

Erwerbsgartenbau³⁴ und Viehzucht sind in beiden Städten stärker vertreten, als dies im Raum einer Großstadt üblich ist. Und die Marktleistungen an Obst, Gemüse, Schlachtvieh, Geflügel und Tierprodukten sind deshalb beträchtlich. Von besonderem Gewicht für die Sozialstruktur des Landes Bremen sind jedoch die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe und Kleingartenwirtschaften unter 0,5 ha Fläche. Ihre Zahl ist relativ höher als in irgendeiner anderen westdeutschen Großstadt oder in einem anderen Bundesland. In beiden Städten dienen diese Kleinstwirtschaften fast ausnahmslos der Selbstversorgung (mehr als 99 vH); ein großer Teil der Parzellen wird als Eigentum oder in langjähriger Pacht durch Arbeiter bewirtschaftet. Dieser Tatbestand erklärt, warum der Bodenbewirtschaftung im Sozialleben der Städte Bremen und Bremerhaven eine gewisse Bedeutung zugemessen wird, obgleich der Naturalertrag relativ unbedeutend ist und die Zahl der Erwerbspersonen, die in der Landwirtschaft eine Existenzgrundlage finden, 5000 bis 6000 nicht übersteigt.³⁵

2. Strukturwandel der Wirtschaft im Lande Hamburg

Die Stellung Hamburgs als Welthandelsplatz und Industriestadt, begründet im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, ist durch die Folge

³² BZ/Bremen, a.a.O., Tabelle B 5.

Erwerbspersonen in der Hochsee- und Küstenfischerei	
Land Bremen	4279
darunter in Bremerhaven	3162

Vgl. dazu auch AZ/Bremen (Tab. IV/3): Beschäftigte in den Arbeitsstätten der Hochsee- und Küstenfischerei, einschl. Bremerhaven: 4427.

³³ Für 1950 wurde die Zahl der Berufszugehörigen „alles in allem“ auf 6500 geschätzt. (Statist. Mitteilungen, Statist. Landesamt Bremen, 5. Jg./4, Abtlg. „Seefischerei“).

³⁴ Insgesamt wurden mehr als 250 Gemüse- u. Obstbaubetriebe gezählt (Ende 1952), von denen im gleichen Jahre 40 000 dz Gemüse und 163 000 dz Obst zum Verkauf gestellt wurden.

³⁵ BZ/Bremen, a.a.O., Tab. B 5:
Erwerbspersonen im Lande Bremen in Landwirtschaft und Tierzucht 5006, in der Gärtnerei 1532.

des ersten Weltkrieges wohl erschüttert, aber nicht im Kern getroffen worden. Bereits 1921 lag der Verkehr im Hamburger Hafen wieder über dem von Antwerpen und Rotterdam, reichte damit fast an den Vorkriegsstand heran³⁶ und hatte hinsichtlich der Zahl der industriell beschäftigten Erwerbspersonen ebenfalls den Stand von 1913 nahezu wieder erreicht.³⁷

Eine strukturelle Änderung für das Wirtschaftsleben brachte dagegen das Gesetz über die Schaffung von Groß-Hamburg³⁸ im Jahre 1937. Damals erfuhr Hamburg die Wandlung vom Großhandels- und Schiffsplatz mit einer ausgesprochenen Seehafen-Industrie³⁹ zum vielseitigen Industriezentrum — durch Eingliederung der modernen Industriestadt Harburg-Wilhelmsburg und der industriell regen Großstadt Altona.⁴⁰

Im alten Hamburg herrschten — mit Ausnahme einer Großwerft — kleinere Betriebe der sog. „Kaufmanns“-Industrie vor, die entweder die Verarbeitung oder Veredelung eingeführter Rohstoffe besorgten oder auf Herstellung hochwertiger Gebrauchsmaschinen, Apparate, Geräte, pharmazeutischer oder chemischer Erzeugnisse spezialisiert waren. Selten waren diese Spezialbetriebe gruppenweise vorhanden, überwiegend waren sie mittel- und kleinbetrieblich organisiert. Mit dem Zuwachs der Altonaer und noch mehr der Harburg-Wilhelmsburger „Ingenieur“-Industrien wandelte sich das Bild: dort gehörten die meisten Unternehmungen zum Großbetrieb oder doch zum Typ der großen Mittelbetriebe. Diese Unternehmungen pflegten die Massenfabrikation (Nahrungs- und Genußmittelherstellung, Kleider- und Wäschekonfektion und andere Erzeugnisse des Haushaltsbedarfs und der Großstadtversorgung).⁴¹

³⁶ Vgl. *Böttcher*, W.: „Hamburgs Leistungen in Volks- und Weltwirtschaft“ — verkehrswissenschaftliche Studie — Hamburg 1922 — S. 57.

³⁷ Zahl der Betriebe 1913: 6715, Zahl der Arbeiter: 109 203 — vgl. „Hamburgs gegenwärtige Großindustrie“ in „Die Industrie und ihre Zukunft“, hergeg. Handelskammer Hamburg 1917, S. 5, 23, 25.

³⁸ S. o. unter „Die Eigenständigkeit des Stadtstaates Hamburg“, S. 14 Anm. 15.

³⁹ Im Jahre 1913 waren über 50 vH der Industriearbeiter in der Metallbe- und -verarbeitung und 14 vH in der Nahrungsmittelindustrie (Reismühlen, Ölverarbeitung u. a. m.) tätig. Mehr als 20 000 Beschäftigte wurden allein in der Freihafenindustrie gezählt — vgl. „Hamburgs gegenwärtige Großindustrie“, a.a.O., S. 23.

⁴⁰ Mit Harburg-Wilhelmsburg kamen mehr als 100 Industrierwerke (etwa 25 000 Beschäftigte) zu Hamburg, mit Altona 300 Industriebetriebe (mehr als 35 000 Beschäftigte); vgl. *Stenzel*, G.: „Die Industrie im neuen Groß-Hamburg“ — Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Hamburg, 1937/23, S. 687—689.

⁴¹ Bei *Stenzel*, G., a.a.O.: S. 690 werden aufgeführt: in Altona: Fisch-industrie, Margarineherstellung, Zigarettenfabrikation, Mehlgewinnung, Textilindustrie, Papierwaren-, Holzverarbeitungs- und feinmechanische In-

Die gegenseitige Durchdringung dieser vormals gesonderten Industriestädte hatte sich um so reibungsloser vollzogen, als die Häfen Hamburg, Altona und Harburg bereits vor Erlaß des Groß-Hamburg-Gesetzes zu einer Hamburgisch-Preußischen Hafengemeinschaft zusammengeschlossen waren.⁴² Dank dieser Zusammenfassung war Hamburg für einen großen Teil Mitteleuropas der günstigste Verkehrs- und Warenmarkt. Nach 1945 war diese um die Gegebenheiten des Welthafens gruppierte hamburgische Wirtschaft ebenso durch die Zerschneidung Deutschlands getroffen, wie durch die Zerstörung und Demontage der Kernindustrien. Unmittelbar aus den Kriegsfolgen erwuchs die Freisetzung oder Fehlleitung von Fachkräften in Hafen, Handel und Industrie. Der befürchteten strukturellen Arbeitslosigkeit wurde durch standortbegünstigende Politik begegnet. Inwieweit sich jedoch strukturelle Veränderungen im Erwerbsleben der Hansestadt ergeben, ist noch nicht abzusehen.

Die Veränderungen zeichnen sich in Hamburg zahlenmäßig nicht scharf ab, weil die Ballung von Behörden und Instituten öffentlicher Dienstleistungen, wie Universität und Fachschulen, Berufsorganisationen usw., seit jeher einen hohen Anteil der Erwerbspersonen beansprucht und damit von Handel und Gewerbe abzieht. Aber 1950 lag der Anteil der Erwerbstätigen in der Wirtschaftsabteilung „Handel und Verkehr“ noch mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt des Bundesgebiets. Mit 142 000 Beschäftigten in der Wirtschaftsgruppe „Warenhandel“ und mit etwa 40 000 bis 50 000 Erwerbstätigen im Verkehrssektor, im Hafen, in der Schifffahrt, Spedition und anderen Verkehrsneben- und -hilfsgewerben, betrug er annähernd 30 vH. Zu Industrie und Handwerk gehören im Gebiet der Hansestadt Hamburg relativ weniger Erwerbspersonen als sonst im Bundesgebiet; die Gesamtzahl von 283 000 zu diesem Wirtschaftsbereich zählenden Einkommensträgern (zu denen noch die Zahl von etwa 30 000 Einpendlern gerade in den stoffbe- und -verarbeitenden Berufen zu rechnen ist)⁴³ verkörpern jedoch ein starkes Industriepotential.

dustrie; in Harburg: außer der führenden deutschen Speiseölindustrie die Margarinefabrikation, chemische Industrie, Mineralölbetriebe, Gummii-, Farben- und Lackfabriken, Textilindustrie, Maschinenbauanstalten. — Auch in den neu zu Hamburg geschlagenen Gemeinden Schiffbek und Wandsbek bestanden einige bedeutende Betriebe dieser Massengüterfabrikation.

⁴² Vgl. Plate, E.: „Politisches oder natürliches Hinterland — Eine Betrachtung über den Wirkungsbereich des „Hafens Hamburg“ — in Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Hamburg, Jg. 1937/23, S. 690.

⁴³ Vgl. dazu die Arbeitsmarktanalyse S. 93 ff. Es kann mit einer Faustzahl von 70 vH gerechnet werden, die von der Gesamtzahl der Einpendler (in Hamburg zum Zeitpunkt der Berufszählung 44 000) auf die Berufe Stoffherzeugung und -bearbeitung entfallen; vgl. ferner: „Hamburg als Arbeits-

Seit der Hansezeit blühte der Handel in Hamburg; er war standortbegünstigt durch den naturgegebenen Wasserweg der Elbe von der Nordsee quer durch Sachsen nach Böhmen. Auch boten die märkischen Wasserstraßen der Binnenschifffahrt eine Verbindung bis ins Oder- und Weichselgebiet. Über den Eisenbahnverkehr war außerdem die Verbindung bis nach Südosteuropa möglich.

Unter den großen Seehandelsplätzen der Welt stand Hamburg nach London und New York an dritter Stelle; nach dem ersten Weltkrieg konnte es seine Weltgeltung zurückgewinnen.⁴⁴ Aber die Erholung von den mörderischen Schlägen des zweiten Weltkriegs wird durch die Zonenteilung erschwert. Hamburgs Vorrangstellung im Fahrgast- wie im Güterverkehr wurde bereits durch die langjährige Ausschaltung aus dem internationalen Verkehr und später erst recht mit den Zerstörungen durch Luftkrieg und Demontage untergraben. Hineingestellt in den scharfen Konkurrenzkampf, der sich zwischen den westdeutschen, den belgischen und den Rheinmündungshäfen abspielt, ist Hamburg aber wegen seiner geographischen Lage, als am weitesten östlich gelegener Hafen, in besonders schlechter Position; zufolge Abschnürung der osteuropäischen Gebiete ist sein Verkehrsaufkommen für die Umschlagkapazität seiner Häfen zu gering.

Hat Bremen als Weltmarkt durch die Schaffung von Qualitätsnormen für eine Reihe von Stapelwaren besonderen Rang, so war der Hamburger Handel seit jeher bedeutend in seiner Fähigkeit zur Kombination verschiedener Märkte. Ganz hervorragend ist seit Jahrhunderten der Hamburgische Kommissionshandel zwischen den Erdteilen entwickelt, und nach Eröffnung des Freihafens ist durch Zwischenschaltung deutscher Veredler der Transithandel entsprechend ausgebaut worden. Die doppelseitige Funktionsmöglichkeit des Hamburger Handels, Ein- und Ausfuhr zu kombinieren, sowie seine Allseitigkeit nach Warenarten und überseeischen Relationen sichern den hafenverbundenen Erwerbszweigen dieses Stadtstaates ihre große Bedeutung, auch noch nach dem zweiten Weltkrieg!

platz auswärts wohnender Erwerbspersonen“, in „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1953/7, S. 45—62.

⁴⁴ Die Häfen Rotterdam und Antwerpen waren bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts ernst zu nehmende Konkurrenten; vgl. dazu Böttcher, W.: „Hamburgs Leistungen in Volks- und Weltwirtschaft“ — Hamburg 1922, S. 48—49: „Wir sehen die gesamte deutsche Handelsentwicklung von 1901 bis 1912 vor uns ... Überraschend mag es ... sein, daß Rotterdam annähernd den gleichen Anteil an der deutschen Ein- und Ausfuhr hatte, wie Hamburg. Der Wettkampf beider Häfen geht also nicht nur um die Weltgeltung, sondern auch ums Hinterland. Bezeichnend ist auch, daß Antwerpen ... von der deutschen Ausfuhr in höherem Maße benutzt wurde ...“, wobei zu beachten ist, daß sein Anteil am deutschen Ausfuhrverkehr so stark ist wie der aller deutschen Häfen — außer Hamburg — zusammen.“

In Hamburg war früher der deutsche Übersee-Export konzentriert, der allerdings nicht von den Handelsfirmen allein, sondern zum guten Teil unmittelbar durch die Industrie getätigt wurde. Die Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe des Hamburger Hafens waren dadurch so gut beschäftigt, daß sie mit großer Leistungsfähigkeit für die Bedienung der am Platz ansässigen Handelshäuser bereitstanden. Die Bedeutung von Hafen und Handel für den westdeutschen Außenhandel steigert sich wechselseitig.⁴⁵

Der eigentliche Ein- und Ausfuhrhandel war am 13. 9. 1950 mit 4 vH an der Zahl aller Beschäftigten Hamburgs beteiligt, am stärksten die Gruppe des Exporthandels mit 46 vH aller Betriebe und 41 vH der Beschäftigtenzahl. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit hatte sogar die Zahl der Betriebe um fast ein Viertel zugenommen, aber die Vorkriegsbeschäftigung wurde bis 1950 nicht erreicht. 1939 wurden in 1613 Betrieben 15 200 Beschäftigte gezählt, im Jahre 1950 in 2006 Arbeitsstätten nur 14 300.⁴⁶

Der hamburgische Binnenhandel, der sich auf die Eigenproduktion wie auf den Import stützt, hat wegen der großen Aufnahmefähigkeit der Weltstadt selbst — in Anlehnung an deren Großmärkte —, wie auch wegen der engen Verflechtung mit dem Außenhandel eine Vorrangstellung. Er sichert Hamburg einen beträchtlichen Anteil am Warenhandel im Interzonenverkehr und nach Westberlin.⁴⁷

Die Betriebs- und Beschäftigtenzahlen im Binnengroßhandel haben jedoch im Vergleich mit der Vorkriegszeit so stark zugenommen, daß nach Ansicht von Behörden und Kammern eine weitere Aufnahmemöglichkeit nicht gegeben ist:

	1939 ¹	1950 ¹	1951 ²	1952 ²
Zahl der Betriebe	5 223	7 524	8 000	9 380
Zahl der Beschäftigten	31 976	44 771	49 000	

¹ Bahler/Kliesch: „Die Betriebe in Hamburg nach Größenklassen in den Jahren 1939 und 1950“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1952/33.

² „Hamburgs Wirtschaft . . .“, a.a.O. Anm. 47.

In diesen Zahlen sind viele Ein- und Zweimannbetriebe (1950 = 2300) enthalten; nur 569 Betriebe wiesen 1950 Jahresumsätze von mehr als 1 Million und durchschnittlich 50 bis 60 Beschäftigte aus. Ein Teil

⁴⁵ Lt. Auskunft des Statist. Landesamtes gingen im Jahre 1952 — gemessen an den Werten — 29 vH sämtlicher deutscher Importe und 22 vH der Exporte über Hamburg. (Dabei sind die Ein- und Ausfuhrwerte über die trockene Grenze inbegriffen!)

⁴⁶ Vgl. AZ/Hamburg, S. 138 und „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1951/23, S. 14.

⁴⁷ Vgl. dazu Berichte der Behörde für Wirtschaft und Verkehr: „Hamburgs Wirtschaft — Lage und Entwicklung“ — 1951, S. 88—89 und 1952, S. 36—87.

der Kleinstbetriebe, besonders die kapitalschwachen Neugründungen, wird dem Wettbewerb der großen Unternehmungen nicht standhalten können.

Hamburgs Reedereien⁴⁸ und Spediteure haben es vermocht, sich wenigstens insoweit zu behaupten, daß Hamburg als Schiffsheimat mit dem Wiederaufbau der westdeutschen Handelsflotte Schritt hielt, konnte jedoch nach Zahl der Schiffe oder BRT den Vorkriegsstand nicht entfernt erreichen.⁴⁹

An Stelle der 1938 in Hamburg erfaßten rd. 18 000 Seeleute (Beschäftigte als Besatzung von Passagier-, Transport- und Fischereischiffen) wurden 1950 nur rd. 5500 ermittelt (vgl. AZ/Hamburg). Seit der verstärkten Einstellung deutscher Schiffe in den Welthandel haben die Beschäftigungsmöglichkeiten für Schiffsbesatzungen sich verbessert.

Einen Teil seines Umschlags sichert sich Hamburg durch Aufrechterhaltung einer außerordentlichen Umschlagsgeschwindigkeit im Hafen. Lagen die Häfen ursprünglich im natürlichen Strombett, so wurden später die etwa 50 Fluß- und Seeschiffhäfen wasserbautechnisch aufs rationellste ausgestaltet. Eine vom Staat überwachte, privatwirtschaftlich geführte Hafenbetriebsgesellschaft⁵⁰ sichert die Bereitschaft für schnelle und pflegliche Abfertigung; so vermochte sich Hamburg z. B. als Südfrüchtehafen für einen großen Teil Westeuropas zu behaupten. Die für solche Leistungen erforderlichen Betriebe der Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe sind in Hamburg mit 1070 Arbeitsstätten und fast 10 000 Beschäftigten vertreten; allein in 570 Speditionsbetrieben werden bis zu 6000 Personen beschäftigt.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Reedereien im überseeischen Personenverkehr ist durch Verlust aller Fahrgastschiffe auf absehbare Zeit vernichtet. Aber auch als Abgangs- und Zielhafen nichtdeutscher Schiffe hat Hamburg durch das Ausbleiben der mittel- und osteuropäischen Fahrgäste und Auswanderer eine Schrumpfung des

⁴⁸ In der Arbeitsstättenzählung von 1950 sind die Beschäftigten der einzelnen zu den Reedereikonzernen gehörigen Büros unter den „Arbeitsstätten“ der Seeschifffahrt erfaßt worden; über namhafte eigene Schiffs-einheiten mit Besatzung verfügten die Reedereien damals kaum.

⁴⁹ Vgl. dazu „Die Weltwirtschaft“, Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, 1952/2, S. 111; „Angesichts der im Laufe des Jahres 1952 eingetretenen Minderung der Weltnachfrage nach Tonnage ist mit einer kurzfristigen Wiederherstellung der Vorkriegskapazitäten kaum zu rechnen.“

⁵⁰ Sie unterhält die Anlagen (Kaimauern mit Schuppen, Speicherspeichern, Kühlhäusern und Fördereinrichtungen) und vermietet sie an Reedereien und Spediteure. Von ihr gehen auch die gesetzlich verankerten Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitsfriedens mit den fest und unständig beschäftigten Hafnarbeitern aus, denen durch ein Lohn-Garantie-Abkommen seitens ihres besonderen Arbeitgebers, den Gesamthafenbetrieben, absolute Existenzsicherung geboten wird. Dieser Maßnahme ist eine Steigerung der Arbeitsleistung zu danken.

Überseeverkehrs auf etwa 40 vH des Vorkriegsmittels und ein Drittel von 1938 hinnehmen müssen.⁵¹ Groß sind die Bemühungen, das Fremdenverkehrsgewerbe für künftigen Passagierverkehr zu erhalten und einstweilen auf andere Weise zu intensivieren.⁵²

Die Wirtschaftsabteilung „Hafen-, Handels- und Verkehrswesen“ hatte insgesamt 1950 im Vergleich zu 1939 eine Abnahme von mehr als 46 000 Beschäftigten zu verzeichnen, obwohl im Binnengroßhandel (statt früher 32 000 Beschäftigten) im Jahre 1950 rd. 44 800 Beschäftigte gezählt worden waren. Entscheidend war der Verlust von Arbeitsplätzen in der Gruppe Schifffahrt, Wasserstraßen und Hafenwesen (— 36 800) und im Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe (— 2500) sowie in den Betrieben des Außenhandels (— 3000). Der im Lande Bremen nur andeutungsweise erkennbare Umschichtungsprozeß hat sich im Stadtstaat Hamburg mit größerer Vehemenz vollzogen.⁵³ Auch das Bordpersonal der deutschen Seeschifffahrt und Hochseefischerei ist seit der Vorkriegszeit in Hamburg stärker geschrumpft als in Bremen:⁵⁴

	Heimathafen		Bordpersonal	
	13. 9. 1950	Durchschnitt 1938	Abnahme 1950 : 1938	
Hamburg	5 241	27 072	— 80,6 vH	
Bremen	4 862	18 422	— 73,6 vH	
Bundesgebiet	14 962	52 396	— 71,4 vH	

In den auf die Volkszählung folgenden Jahren hat die Zahl der im Hafengewerbe Beschäftigten um etwa 1000 Köpfe vermehrt werden können. Und seit der verstärkten Einstellung deutscher Schiffe in den Welthandel haben sich auch die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Schiffsbesatzungen gebessert. Jedoch ist der Einbruch in diesem für Hamburg lebenswichtigen Teil des Erwerbslebens struktureller Art; und seine Folgen sind nur mit der Aufhebung der Zonengrenze heilbar.

Als Industriestadt rangiert Hamburg vor denen im Industrie-
revier — weniger im Hinblick auf die Zahl der industriell Tätigen als wegen der Industrieumsätze, d. h. wegen des Beitrages der Industrie zum Hamburger Sozialprodukt.⁵⁵

⁵¹ Vgl. *Sobotschinski*: „Hamburg im überseeischen Personenverkehr“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1953/13.

⁵² Vgl. „Hamburgs Wirtschaft“, a.a.O., Jg. 1951, S. 95 u. Jg. 1952, S. 91.

⁵³ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 52/53, S. 365 ff. — Die Minderung der Beschäftigtenzahlen (1939 : 1950) betrug in den typischen Zweigen der Welthafenstädte — Handels- und Verkehrswirtschaft — für Hamburg 22 bis 23 vH, für Bremen 17—18 vH.

⁵⁴ Ent. „Hamburg in Zahlen“ 1951/15, S. 3.

⁵⁵ Nachweis an Hand der Beschäftigten- und Umsatzzahlen vom Dezember 1951 in „Hamburgs Industrie 1949—1952“, hrsggeg. Handelsstatist. Amt der Freien und Hansestadt Hamburg — 1953, S. VIII u. IX. — Noch 1937 berichtete die Industrie- und Handelskammer Hamburg (Mitteilungen Nr. 23, S. 690): „Verhältnismäßig schwächer als in anderen Großstädten, insbeson-

Die Industrie des Stadtstaates Hamburg ist (im Gegensatz zu der Bremens) von großer Vielseitigkeit. Allerdings fehlen einige Sparten völlig (Bergbau, Eisen- und Stahlgewinnung und -erstverarbeitung). Ein besonderes Gepräge erhält die hamburgische Industrie durch die Fülle aller Sparten der Seehafen-Industrie,⁵⁶ also jener Industriezweige, deren Erzeugungsprogramm auf Importgüter-Verarbeitung oder auf Schiffbau und Schifffahrt ausgerichtet ist:

Tabelle 5
Beschäftigte in der hamburgischen Seehafen-
Industrie⁵⁷

Jahres- durch- schnitt	Beschäftigte in der Industrie Anzahl in 1000	davon in vH			
		in der Seehafen-Industrie			i. d. übrigen Industrie
		insgesamt	import- orientiert	schiffahrt- orientiert	
1936	140,5	54	30	24	46
1949	138,0	42	30	12	58
1950	143,2	44	30	14	56
1951	154,5	46	29	17	54
1952	160,2	45	27	18	55

Vom Krieg und seinen Folgen war diese Seehafenindustrie am härtesten betroffen; die Erfolge aller Industrialisierungsbemühungen in Hamburg gestatteten trotz Konzentration auf die Remontage und Förderung der Spezialindustrien noch immer nicht, deren Vorkriegsvolumen wiederherzustellen.

Wie ersichtlich, hatte sich schon 1949 der mit dem Hafen nicht verbundene Teil der Industrie hinsichtlich seines Produktionsvolumens weitgehend erholen können. Die schiffahrt-orientierte Industrie dagegen war auf ein Fünftel der Vorkriegsleistung zusammengeschrumpft. Inzwischen hat mit der teilweisen und später völligen Aufhebung des Schiffbauverbotes dieser bedeutendste Bereich der hamburgischen Seehafenindustrie für In- und Ausland wieder tätig werden können, wodurch der Produktionsindex der hamburgischen Industrie erstmalig im Jahre 1952 über den Stand von 1936 hinausgehoben wurde.

dere z. B. in Berlin . . . , ist in Hamburg die Großstadtversorgungsindustrie vertreten. . . .“

⁵⁶ Zur Begriffserklärung vgl. *Lellau*: „Hamburgs Industrie . . .“, a.a.O., S. IX „... immerhin läßt sich der Bereich der Seehafenindustrie in seiner Größenordnung . . . annähernd umreißen. . . Mineralöl, Getreide, Fisch, Schiffbau usw. . . Für die fast völlig endlos erscheinende Reihe von Waren, die sich vom Hafen durch die Industriebetriebe zieht . . . mehr oder weniger geschätzt . . . bei Drogen, Mineralien, Harzen, Kork, Holz usf. . . Hilfs- und Zubringerbetriebe des Hafens, insbesondere aus dem Bereich des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und der übrigen Eisen- u. Metallverarbeitung. . .“

⁵⁷ Aus *Lellau*: „Hamburgs Industrie 1949—1952“, a.a.O., S. XII.

Demontagen und Entflechtungsmaßnahmen haben bis 1950 im Vergleich mit 1939 eine Minderung der Zahl der Großbetriebe und eine Vermehrung der mittleren Betriebsgrößen gebracht,⁵⁸ vor allem in den Seehafen-Industrien. Dabei hebt sich innerhalb der Wirtschaftsabteilung „Eisen und Metall“ die Veränderung in der Gruppe Schiffbau besonders heraus. Obgleich nach Kriegsende eine Reihe neuer Betriebe den Schiffbau aufgenommen haben, war die Belegschaft allein in den Werften der Größenklasse „1000 und mehr Beschäftigte“ seit der Vorkriegszeit um etwa 58 vH zurückgegangen.

Im Schiffbau war die Einbuße an Beschäftigungsmöglichkeiten im Vergleich mit der Vorkriegszeit besonders hoch: während 1939 eine Beschäftigtenzahl von 36 600 ermittelt wurde, betrug sie im Monatsdurchschnitt 1950 nur 12 600; zwei Drittel der Arbeitsplätze waren also verloren.⁵⁹ Seither hat sich die Beschäftigung der Werften soweit gebessert, daß 1951 bereits 15 700 und 1952 monatsdurchschnittlich 18 800 Beschäftigte, am Jahresende 1952 sogar 19 500 gezählt wurden.

Die Befreiung des Schiffbaus von den Fesseln der Größen- und Geschwindigkeitsbeschränkungen (April 1951) haben sich demnach im Wiederaufbau dieser Sparte des Arbeitsmarkts sehr deutlich ausgewirkt.

Die Gruppe elektrotechnische Industrie hat absolut und relativ in Betrieben sämtlicher Größenklassen seit 1939 an Bedeutung gewonnen. Der Herstellung von Radio- und Röntgenröhren, elektromedizinischen und Fernmeldegeräten und sonstigen Erzeugnissen der Schwachstrom-Elektrotechnik gebührt dabei insoweit besonderes gesamtwirtschaftliches Interesse, als sie Arbeitsplätze für Frauen schafft, die es in den spezifischen Seehafen-Industrien kaum gibt; die durchschnittliche Beschäftigtenzahl (13 900) lag 1952 um rd. 3000 über dem Durchschnitt des Jahres 1950 und damit knapp über dem Stand von 1939.

In anderen Zweigen der Investitionsgüterindustrie, so z. B. im Maschinenbau, wurde 1952 der Vorkriegsstand erreicht, nachdem noch 1950 fast 5000 Beschäftigte weniger gezählt worden waren als 1939. Der hamburgische Maschinenbau war mit seiner Produktion von Werkzeugmaschinen, Dieselmotoren, Hebezeugen und Baumaschinen orientiert am Hafen-, Ausfuhr- und Schifffahrtsbedarf. Nach 1945 hatte diese Branche eine Wandlung im Produktionsprogramm vollziehen müssen. Die Herstellung von Nahrungsmittelmaschinen, Wäschereimaschinen, der Bau von Mühlen u. ä., die früher einen sicheren Absatz-

⁵⁸ *Bahlert-Klisch*: „Die Betriebe in Hamburg nach Größenklassen in den Jahren 1939 und 1950“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1952/33.

⁵⁹ Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1939 die Rüstungsproduktion für den Schiffbau eine anormale Kapazitätsausnutzung mit sich gebracht hatte (vgl. „Hamburgs Wirtschaft... 1952“, a.a.O., Tab. 38 sowie *Lellau*, a.a.O., S. 62).

markt im Ausland hatten, war während des Krieges notgedrungen auf Unteraufträge für Rüstungslieferungen umgestellt worden. Nach Absperrung des mitteldeutschen Maschinenbaus vom westdeutschen Markt war wiederum eine Umstellung nötig, z. B. auf den Werkzeug- und Textilmaschinenbau.

Im Fahrzeugbau, der in der Vorkriegszeit nicht zu den für Hamburg maßgeblichen Industriezweigen gehörte, waren 1950 insgesamt elf Werke, darunter zwei Großbetriebe mit zusammen rd. 2800 Personen tätig; bis Ende 1952 war ihre Beschäftigtenzahl auf 3500 gestiegen. Diese Betriebe sind vornehmlich mit dem Bau von Lieferwagen und Anhängern beschäftigt, Erzeugnisse, für die sich auch Exportmöglichkeiten erschließen ließen. —

Im „sonstigen verarbeitenden Gewerbe“ hat sich das Schwergewicht weiterhin zu mittleren und größeren Betriebseinheiten verlagert,⁶⁰ vor allem durch eine Konzentration der Beschäftigung in den Großunternehmungen der chemischen, der Mineralöl- und Kohlenwertstoffindustrie, in der Gummi- und Asbestindustrie. Diese Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sind vorwiegend kapitalintensiv, stellen jedoch wegen der Konstanz des Kräftebedarfs einen äußerst gewichtigen Faktor des Arbeitsmarktes dar, und zwar auch für ungelernete Kräfte. In der Hamburger Mineralölindustrie war bereits Ende 1950 die erste Phase des Wiederaufbaus abgeschlossen. Die seitherigen Kapazitätserweiterungen und Produktionssteigerungen hatten keine Auswirkungen auf den Kräftebedarf. Für den Arbeitsmarkt ist diese Industrie mit knapp 4400 Beschäftigten weniger bedeutend als die hamburgische chemische Industrie (pharmazeutische und kosmetische Produkte, Lacke, Farben), deren Beschäftigtenzahl seit Jahren bei etwa 10 000 Personen liegt.

Die verschiedenen Werke der Gummi- und Asbestverarbeitung in Hamburg-Harburg waren von übermäßigen Kriegsschäden verschont geblieben; unter den 88 Arbeitsstätten waren 1950 sieben Großbetriebe, von denen allein zwei im September 1950 eine Belegschaft von 7800 Menschen hatten. Zwar mußten diese konjunkturrempfindlichen Werke unter dem Zwang zur Anpassung an das Abflauen des Korea-Booms seit 1950 ihre Belegschaft reduzieren; aber nach wie vor finden in der hamburgischen Kautschukindustrie, besonders bei der Gummiverarbeitung (Fahrzeugreifen, Gummischuhe) mehr als 10 000 Menschen ihr Brot.

Unter den spezifisch hamburgischen Industriezweigen nimmt noch die Ernährungsindustrie einen wichtigen Platz ein; sie hat den Vorkriegsstand (1939 rd. 49 000 Beschäftigte) bei weitem noch nicht wieder

⁶⁰ Vgl. *Bahlert*: „Die Betriebe in Hamburg . . .“, a.a.O., S. 370.

erreicht;⁶¹ im Gegenteil ist die Beschäftigtenzahl seit der Währungsreform noch unter den Stand von 1949 gefallen; im Monatsdurchschnitt betrug sie 1949 rd. 30 100, 1950 noch 27 700, 1952 nur noch 25 000. Die Steigerung der Margarineproduktion, die bereits 1951 die Friedensbeschäftigung um 10 vH überschreiten konnte, sowie die gute Kapazitätsauslastung in der Ölmühlenindustrie gestatten die Beschäftigung von mehr als 5000 Menschen in diesem Zweig. — Dieser Aufschwung wurde teilweise kompensiert durch das Abfallen der fischverarbeitenden Industrie. Von 86 im Jahre 1949 erfaßten Arbeitsstätten waren Ende 1952 nur noch 48 in Betrieb. Die Beschäftigtenzahl fiel in derselben Zeit um die Hälfte. Während von der hamburgischen Fischindustrie im Jahre 1939 mehr als 50 vH der gesamtdeutschen Erzeugung erbracht wurde, fiel dieser Anteil im Jahre 1951 auf ein Fünftel. Unter der Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten im Bundesgebiet und in der sowjetisch besetzten Zone litten besonders die kleinen und mittleren Betriebe.⁶² Dagegen konnte sich die Fleischwarenindustrie mit rd. 1000 Beschäftigten besser behaupten, die seit 1952 allerdings in scharfem Wettbewerb mit den erweiterten Betrieben in den binnenländischen Viehauftriebsgebieten steht.

Die Beschäftigtenzahlen in der Mühlen-, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie sind etwa auf dem Stand von 1939 geblieben; die vorhandene Kapazität wird nur mangelhaft ausgenutzt. Die Brauereiwirtschaft, auf die bis zu einem Drittel des westdeutschen Bierexportes entfällt, beschäftigt in acht Betrieben etwa 1800 Menschen.⁶³ Die tabakverarbeitende Industrie Hamburgs ist durch die Standortnähe zum Freihafen mit den Rohtabaklagern begünstigt. Von 20 Betrieben dieser Branche sind zehn bis Ende 1952 eingegangen.⁶⁴ Eines der maßgeblichen Werke ist durch Beschlagnahme der Gebäude in der Entwicklung gehemmt; im Wettbewerb mit den ins Bundesgebiet verlagerten Zigarettenfabriken aus Mitteldeutschland fielen die Hamburger zurück.

Der Wiederaufbau der Ernährungsindustrie verlief uneinheitlich und blieb zum Teil beträchtlich hinter der Entwicklung der übrigen Hamburger gewerblichen Wirtschaft zurück.

Zuletzt gehören auch die Textil- und Holzindustrie zu jenen ursprünglich in Hamburg ansässigen Kaufmanns-Industrien, deren Standortbedingungen durch die Nachkriegsverhältnisse verändert wurden.

⁶¹ Vgl. dazu „Hamburgs Wirtschaft ...“, a.a.O., 1951 Tab. 10, 1952 Tab. 38.

⁶² Vgl. im einzelnen „Hamburgs Wirtschaft ...“, a.a.O., 1951, S. 118—120 und 1952, S. 112—114.

⁶³ Vgl. *Lellau*, a.a.O., S. 128.

⁶⁴ Vgl. im einzelnen „Hamburgs Wirtschaft ...“, a.a.O., Jg. 1951, S. 118 bis 120 und 1952, S. 112—114.

Wollkämmerei und -spinnerei und die Jute-Industrie hatten seit 1939 eine beträchtliche Ergänzung durch kleine und mittlere Betriebe der Textilindustrie gefunden. Die Beschäftigtenzahlen liegen seit 1948 zwischen 5000 und 5500 Personen. In der erst nach 1945 in Hamburg aufgebauten Bekleidungsindustrie wurden seit 1949 zusätzlich etwa 5500 Personen beschäftigt, darunter vier Fünftel weibliche Arbeitskräfte. Im Laufe des Jahres 1951 hat in dieser Branche die Abwanderung und Stilllegung einer Reihe von Betrieben stattgefunden; einige modisch orientierte Betriebe sind dagegen gut vorangekommen. Die Zahl von Nachwuchskräften, die zur Standortsicherung einer solchen neuen Industrie sehr wesentlich beitragen könnten, hat seit 1949 abgenommen, dagegen nicht die Beschäftigtenzahl selbst.⁶⁵

Von den hamburgischen Holzbe- und -verarbeitungsbetrieben gehören nur wenige zur typischen Hafenindustrie; von allen im September 1950 zu diesem Gewerbe gehörigen Beschäftigten (13 600) waren höchstens 3500 in Industriebetrieben tätig.⁶⁶ Für die Säge-, Hobel-, Furnier- und Sperrholzwerke war die Einfuhr von Überseehölzern erst seit Ende 1951 in befriedigendem Umfang möglich. Für diese Nutz- und Werthölzer genießt sie seither einen Kostenvorsprung vor der binnenländischen Industrie, die durch den Eisernen Vorhang von den ergiebigen deutschen Holzgebieten abgeschnitten ist. Die hamburgische Holzverarbeitung, vor allem die Möbelindustrie, leidet aber beim Absatz ihrer Erzeugnisse unter der Abseitslage ihres Standorts. Der Beschäftigungsstand wird sich allenfalls im Zusammenhang mit Ausrüstungsaufträgen für den Schiffbau bessern.

Der Anpassungsprozeß, dem sich die hamburgische Wirtschaft angesichts der völlig veränderten Verkehrs- und Wirtschaftsgrundlagen seit 1945 zu unterziehen hatte, endet mit einer weiteren Verlagerung des arbeitsmarktpolitischen Schwergewichts auf die Industrie. Ende 1952 lag die Zahl der gewerblich-industriell tätigen Personen etwa ein Sechstel über dem Vorkriegsstand.⁶⁷ Es wurde versucht darzulegen,

⁶⁵ Vgl. dazu „Hamburgs Wirtschaft . . .“, a.a.O., 1952, Tab. 38. Das früher bereits stark vertretene Bekleidungs-gewerbe ist in diesen Zahlen nicht mit enthalten. Die Zahl der in Schneiderei, Putzmacherei usf. beschäftigten Personen liegt etwa auf Vorkriegsniveau (vgl. „Hamburgs Wirtschaft . . .“ 1951, Tab. 10). Die aus Berlin und Ostdeutschland zugewanderte Industrie bietet also tatsächlich zusätzliche Arbeitsplätze.

⁶⁶ Die Zahl der in der Holzverarbeitungsindustrie tätigen Personen wird für die Zeit von 1949—1952 mit 2100 bis 2300 geschätzt (vgl. „Hamburgs Wirtschaft . . .“, a.a.O., 1952, Tab. 38).

⁶⁷ In einer Studie über die Lage am hamburgischen Arbeitsmarkt kommt das Statistische Landesamt zu der erstaunlichen Feststellung, daß auch die Gesamtzahl der beschäftigten Erwerbspersonen (Ansässige + Pendler + Saldo!) höher liegt als 1939, obgleich damals ein großer Teil der hamburgischen Industrie voll mit Rüstungsaufträgen ausgelastet war.

wie dabei einige tragende Seehafen-Industrien durch andere Industriezweige zurückgedrängt, andere gefördert wurden. Die Seehafen-Industrie, auf die 1950 nur noch 45 vH der industriell Beschäftigten entfielen, hatte jedoch den Block der übrigen Industrie im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Wertschöpfung 1952 bereits wieder überflügelt.⁶⁸

Daneben haben Hamburgs Handel, Hafenwirtschaft, See- und Binnenschifffahrt, sowie arbeitsteilig neben diesen traditionellen Verkehrsträgern der Luftverkehr,⁶⁹ im zwischenstaatlichen Güterverkehr ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten oder auszubauen verstanden, ohne allerdings bis Ende 1952 mehr als vier Fünftel der Vorkriegsbeschäftigung zu erreichen.

Daneben hat das Handwerk beträchtliche Bedeutung für den Arbeitsmarkt sowie hinsichtlich seines Anteils an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Nach der Zahl der Betriebe zu urteilen, hat das Handwerk gegenüber der Vorkriegszeit einen Schrumpfungsprozeß erlitten; es wurden 1949 rd. 22 100 gezählt, davon etwa 13 800, die weder mittelbar noch unmittelbar zum Baugewerbe gehören. Ihre Gesamtzahl ist gegenüber 1939 um etwa ein Sechstel vermindert,⁷⁰ und zwar in allen Sparten, abgesehen von der Gruppe der Eisen und Metall verarbeitenden Handwerke; in dieser Gruppe wurde eine Zunahme der Betriebe um etwa 500, der Beschäftigten um 5200 verzeichnet. Abgesehen von einigen Verschiebungen innerhalb der Handwerkszweige erhielt sich aber die Gesamtzahl der Beschäftigten auffallend konstant.⁷¹ Sie lag 1939 (ohne Baugewerbe und ohne Nebenbetriebe des Handwerks) bei etwa 53 000 und wird für die Jahre 1949 bis 1952 auf durchschnittlich 55 000 geschätzt.⁷² Bezogen auf je 1000

⁶⁸ Vgl. *Lellau*, a.a.O., S. XI. Dort wird der Anteil der Seehafen-Industrie am Gesamtumsatz der hamburgischen Industrie für 1952 mit 63 vH beziffert.

⁶⁹ Lt. „Hamburgs Wirtschaft...“, a.a.O., S. 160, Tab. 25 sind die Flugleistungen ab Flughafen Hamburg 3600 Personen 1936 auf 18 300 im MD 1952 gestiegen und von 58 t auf etwa 1954 t im Monatsdurchschnitt.

⁷⁰ Vgl. *Hohmann*: „Die wirtschaftlichen Leistungen im hamburgischen Handwerk“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1950/25.

⁷¹ Vgl. dazu Beschäftigtenzahlen nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 17. Mai 1939, zitiert bei Schiller: „Denkschrift zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs“ — Hamburg 1947, Tab. VIII u. IX.

⁷² Vgl. „Hamburgs Wirtschaft... 1951“, a.a.O., S. 115 und 1952 Tab. 10. Die Zahl der Betriebe hat sich weiter verringert, z. T. aus Mangel an Kredithilfe, die Zahl der Beschäftigten blieb annähernd konstant.

⁷³ So ist es verständlich, daß eine Strukturanalyse des Jahres 1947 (Schiller, a.a.O., S. 28) zu dem Schluß kommt „Wir müssen also heute bei jeglicher Planung von einer höheren handwerklichen Quote ausgehen als früher.“ — Die veränderten Zahlen waren jedoch lediglich Ausdruck einer Umschichtung in den ersten Nachkriegsjahren. Tatsächlich hat sich die Ge-

der Einwohnerschaft lag die Zahl der im Handwerk beschäftigten Personen in Hamburg (mit 72) zwar höher als im Bundesgebiet (64,5) aber unter der des Landes Bremen (75,3).⁷³

Es erwies sich, daß die einzelnen Sparten des Handwerks sich in den veränderten Nachkriegsverhältnissen unterschiedlich entwickelten: aus der Entleerung ganzer Stadtteile wie aus der Veränderung von Verbrauchergewohnheiten folgten für die Beschäftigung z. T. nicht unwesentliche Beeinträchtigungen. Im Nahrungsmittelhandwerk wurden Fleischer und Bäcker, in der Gruppe der Bekleidungshandwerker die Schuhmacher, in der Holzbranche die Möbel- und Stuhltischler am stärksten in Mitleidenschaft gezogen; auch die Zahl der Uhrmacher und Schmiedebetriebe verringerte sich. Durch die Verhältnisse begünstigt zeigte sich 1949 das Bauhandwerk, dem 25 vH aller Betriebe zugehörten und das 40 vH der in Hamburg handwerklich Beschäftigten umfaßte. Später verschlechterte sich die Beschäftigungslage im Baugewerbe, was eine Abwanderung von Bauarbeitern zur Folge hatte.

In der Fischerei sind ähnliche strukturelle Veränderungen zu verzeichnen wie im Lande Bremen, sie beruhen auf der Überalterung der Fischdampferflotte und auf Absatzschwierigkeiten im Interzonenhandel, also auf den Rentabilitätsgrundlagen. Durch den Rückgang des vor dem Krieg bedeutenden Fischversands nach Berlin, Mittel- und Ostdeutschland ist besonders die kleine Hochsee- und Küstenfischerei finanziell betroffen, die im September 1950 insgesamt 1464 Personen beschäftigte,⁷⁴ darunter fast 10 vH selbständig oder als mithelfende Familienangehörige. Im Vergleich mit der Bedeutung der Bremerhavener Fischwirtschaft bleibt die wirtschaftliche Bedeutung der hamburgischen Fischerei zurück; der Dampferbestand betrug 1950 (mit 52) die Hälfte von Bremerhaven (114), die Anlandungen machten knapp 30 vH aus und die Zahl der in der Hochsee- und Küstenfischerei tätigen Personen betrug 33 vH der entsprechenden Zahlen für das Land Bremen.

Relativ und absolut bedeutender ist die Landwirtschaft im Lande Hamburg. Im Jahre 1949 wurden 4791 land- und forstwirtschaftliche Betriebe gezählt,⁷⁵ unter ihnen allerdings 2724 mit einer Betriebsfläche von weniger als 2 ha und weitere 780 mit 2 bis unter

samtheit des Handwerks als widerstandsfähig gegenüber Kriegszerstörung, Materialknappheit und Geldentwertung erwiesen.

⁷⁴ Vgl. AZ/Hamburg, a.a.O., Tab. 4 zu AZ 5 und Anm. 32, S. 34, zur Frage des Zeitpunkts der Zählung, der für die Fischwirtschaft kein zutreffendes Bild ergeben kann.

⁷⁵ Vgl. *Hohmann*: „Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in der Hansestadt Hamburg nach den Ergebnissen der am 22. Mai 1949 durchgeführten landwirtschaftlichen Betriebszählung“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1951/8.

5 ha. Etwas mehr als ein Viertel der Betriebe haben die Fläche eines Bauernhofs; darüber hinaus gibt es noch zehn Betriebe über 100 ha. — Diese landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzten Betriebsflächen liegen zum größten Teil in den Ortsämtern Vierlande und Marschlande, also in einem Marschgebiet, dessen Bodenqualität auch bei kleinen Flächen bereits eine Ackernahrung abwirft, insbesondere, weil die Verkehrsnähe den Anbau von Gemüse und sonstigen Garten gewächsen sowie intensive Viehwirtschaft (Geflügelfarmen usw.) lohnend macht.⁷⁶ Nur in den Geestgebieten, in die sich die städtischen Nachkriegsbauten vorgeschoben haben, finden sich außer feldmäßigem Gemüsebau auch Wiesen und Weiden. Die intensive Bewirtschaftungsweise bringt es mit sich, daß die Besetzung mit betriebseigenen wie mit ständigen fremden Arbeitskräften — gemessen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche — in Hamburg durchweg dichter ist als im Bundesdurchschnitt; auch weibliche Arbeitskräfte sind als mit helfende Familienangehörige wie als ständiges Personal in starkem Maße beteiligt.

1950 gehörten 7660 Erwerbspersonen zur Landwirtschaft und 10 448 zur Gärtnerei;⁷⁷ davon waren 7267 Personen tatsächlich landwirtschaftlich, 9834 gärtnerisch tätig, 1007 Personen waren arbeitslos. Sehr arbeitsintensiv sind die Erwerbsgartenbaubetriebe,⁷⁸ wo neben 5337 Männern im Jahre 1950 als ständig beschäftigt 4281 und zusätzlich als vorübergehend tätig 533 weibliche Personen beschäftigt waren. — Im Vergleich mit 1939 ergibt sich aber, daß die Zahl der Betriebsinhaber und hauptberuflich mit ihnen tätigen Familienangehörigen entsprechend der Zahl der Betriebe abgenommen hat, und darüber hinaus, daß der Zwang, neues Industrie- und Wohnsiedlungsgelände für den Neubau der zerstörten Stadt freizugeben, einen Rückgang der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche um rd. 3000 ha verursacht hat. Es ist nicht wahrscheinlich, daß unter den gegebenen Voraussetzungen irgendwelche zusätzliche Existenzmöglichkeiten für Flüchtlinge in der hamburgischen Agrarwirtschaft entwickelt werden könnten. Bemerkenswert hoch ist der Anteil der Kleingärten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe (unter 0,5 ha) an der Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe und an der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsfläche.⁷⁹ Zu den organisierten Kleingartenvereinen gehörten

⁷⁶ Es wurde berechnet, daß die jährliche eigene Milcherzeugung den Trinkmilchbedarf der Hansestadt für 80 Tage decken könnte („Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1953/2, S. 9).

⁷⁷ Vgl. BZ/Hamburg, a.a.O.

⁷⁸ Nach der Gartenbauerhebung 1950 vgl. Beck: „Der Erwerbsgartenbau in der Hansestadt Hamburg“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1952/18.

⁷⁹ Vgl. Kra: „Die Kleingärten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha“ in „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 1951/10, S. 397 ff.

1950 etwa 56 400 Parzellenbetriebe mit einer Fläche von zusammen 2800 ha Pachtland.⁸⁰ Daneben aber bestehen etwa 76 000 Haus- und Schrebergärten, die zusammen eine Fläche von rd. 6300 ha besitzen. Diese Bewirtschaftungsfläche hat sich in den letzten 20 Jahren kaum verändert, aber die Zahl der Kleingartenbetriebe hat zwischen 1933 und 1939 und dann wieder bis 1950 um jeweils 18 500 zugenommen. Es wird geschätzt, daß damit mindestens 5 vH der hamburgischen Haushaltungen in den Gartenkolonien und weitere 15 vH mit den Haus- und Schrebergärten einen wesentlichen Beitrag zur eigenen Lebenshaltung und zur Entlastung des Marktes leisten.⁸¹

Die Bedeutung der Kleingartensiedlungen liegt — ganz abgesehen von deren wirtschaftlichem und sozialem Wert — darin, daß seit 1943, als die Wohnraumzerstörung begann, in den Kleingärten zunehmend Dauerobdach entstanden ist, einmal durch Ausbau von Sommerlauben, zum anderen durch Errichtung winterfester Behelfsheime.

Die Zahl von Kleingärtnern, die haupt- oder nebenberuflich im Gartenbau, in der Geflügelzucht u. ä. eine Erwerbsquelle sehen (7800) liegt anteilig kaum höher als im Land Bremen; aber die Gesamtzahl der Kleinbetriebe und die von ihnen bewirtschaftete Fläche ist dort — gemessen an der Größe der Wohnbevölkerung — größer als in Hamburg.⁸²

Aus den Darlegungen über die durch außerökonomische, zumeist kriegsbedingte Einwirkung verursachten Schwergewichtsverlagerungen innerhalb des Wirtschaftsorganismus der Stadtstaaten sind die Voraussetzungen zu erkennen, unter denen sich die Integration von neuen Wirtschaftskräften zu vollziehen hatte: Mit zunehmender Konsolidierung und Ordnung der Handels- und Verkehrsbeziehungen dieser Welthäfen trat nicht nur in Erscheinung, daß die Stellung der deutschen Exportwirtschaft auf den überseeischen Märkten erheblich geschwächt war, sondern auch, daß die Häfen durch die Zerschneidung Deutschlands und Europas eines großen Teils ihres Hinterlandes beraubt sind. Es wurde ferner deutlich, in welchem Umfange die Industrie und jegliche Gewerbetätigkeit durch Handel und Schifffahrt vorbestimmt sind, und daß in beiden Ländern letztlich die Existenzfähigkeit neuer Betriebe in Industrie, Handwerk und im Handel mittel-

⁸⁰ Vgl. *Hohmann*: „Die Haus- und Kleingärten in der Hansestadt Hamburg“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1952/2. Es wird vermutet, daß Zwangsbewirtschaftung von Nahrungsmitteln und später die strukturelle Arbeitslosigkeit diese Entwicklung verursachten.

⁸¹ Vgl. *Beck* und *Hohmann*: „Die Haus- und Kleingärten...“, a.a.O., Jg. 1952/2.

⁸² Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, a.a.O., 1951/10; das gilt besonders für die Stadt Bremen.

bar oder unmittelbar von der Funktionsfähigkeit der Häfen und vom Beschäftigungsvolumen der Werften abhängig ist.

Es wurde Wert darauf gelegt, die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die der Wiedererstarkung des Wirtschaftspotentials in den Stadtstaaten entgegenstanden, und dabei zu prüfen, inwieweit der Arbeitsmarkt beider Länder in der Lage wäre, das Kräfteangebot der Flüchtlinge in wünschenswertem Umfang aufzusaugen. Eine von den Verhältnissen des übrigen Bundesgebiets abweichende Entwicklung der Arbeitslosigkeit sowie äußerst angespannte Wohnungsverhältnisse in den zerschlagenen Städten ließen die Eingliederungsmöglichkeiten zumeist schlechter beurteilen als sie sich schließlich, dank vielfältiger Finanzierungshilfen und der staatlichen Investitionspolitik in den Jahren 1951/1952 in der Praxis ergaben.

Auf solch pessimistischer Beurteilung der künftigen Arbeitsmarktlage durch die Behörde für „Wirtschaft und Verkehr“ beruht die zurückhaltende Stellungnahme der hamburgischen Behörden zur Flüchtlingsumsiedlung und Flüchtlingseingliederung;⁸³ auch die maßgeblichen Stellen des bremischen Senats waren über das Vorhandensein einer „strukturellen“ Arbeitslosigkeit besorgt und ließen die Möglichkeiten ihrer Überwindung von Experten prüfen.⁸⁴ Der Möglichkeit einer Anreicherung des Wirtschaftskörpers mit Erwerbskraft und

⁸³ Vgl. *Timm, H.* „Zusammengefaßte Hauptergebnisse einer Untersuchung über Hamburgs Wirtschaftsstruktur und -entwicklung mit Folgerungen für die Investitionspolitik“ S. 23: „Die zukünftige Arbeitsmarktlage in Hamburg wird ohne das kräftige Vorankommen des Schiffsbaues und des Hafenverkehrs und bei Fortfall der finanziellen Stütze des Hamburger Haushalts ungünstiger als im Vereinigten Wirtschaftsgebiet sein. Wenn der Spielraum zwischen Umsatz- und Beschäftigungsvolumen bei den für Hamburg typischen und wichtigen Zweigen Großhandel und Verkehr (die stark auf die Hafentwicklung angewiesen sind) ... nicht durch eine Umsatzsteigerung zusammengedrückt wird, droht von hier aus ein großer und zäher Zustrom von Arbeitslosen zu den bereits 40 000 vollverwendungsfähigen Arbeitslosen in Hamburg im Sommer 1949. — ... Bei etwa gleichbleibender Zahl der Erwerbsfähigen in Hamburg (also ohne weitere nennenswerte Zuwanderung) wird ohne die schnelle und starke Aufwärtsentwicklung des arbeitsintensiven Schiffbaus und des Hafenverkehrs eine nennenswerte Arbeitslosigkeit nicht zu vermeiden sein.“

Die Industriebeschäftigung (ohne Schiffbau) wird aus mehreren Gründen nicht den Zuwachs erfahren, den man sich im Vereinigten Wirtschaftsgebiet bis 1952/53 verspricht (25 %); ... Das Handwerk wird bei einem Anteil seiner Beschäftigten von 8 % an der Gesamtbevölkerung ... keine zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften entfalten, eher wird es Kräfte abgeben. Der Einzelhandel ist durchaus noch aufnahmefähig ... Aber er wird den Arbeitsmarkt nicht genügend entlasten können. Die Zukunft des Baugewerbes ist unsicher, insbesondere, wenn die öffentliche Haushaltslage ihre bisherige Stütze verliert, die ... ganz wesentlich zur vollen Beschäftigung im Hamburger Baugewerbe beitrug.“

⁸⁴ „Denkschrift über die wirtschaftliche Lage im Lande Bremen“ (1953), herg. Bremischer Senat.

Unternehmer-Initiative durch die Aufnahme von Flüchtlingen wurden sich die planenden Stellen angesichts der vor ihnen stehenden Schwierigkeiten: wachsende Arbeitslosenzahlen — anhaltende Wohnungsnot — nicht oder erst sehr spät bewußt.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß der Wille zum wirtschaftlichen Erfolg, der in den zuwandernden Flüchtlingen lebt, zu seinem Teil dazu beigetragen hat, soziale und ökonomische Schwierigkeiten beim Wiederaufbau zu meistern; andererseits sollte nicht übersehen werden, daß die Aufnahme der Flüchtlinge in den Stadtstaaten manche zusätzlichen Schwierigkeiten verursacht hat, insbesondere durch die Veränderung des sozialen Gefüges.

Zweites Kapitel

Die Sozialstruktur der Stadtstaaten nach 1945

1. Der Altersaufbau

Die Hafenstädte übten auf die fluktuierenden, heimatlosen Menschen aus dem mittel- und ostdeutschen Raum starke Anziehungskraft aus, sie hofften, dort Arbeitsbewilligung und Zuzugsgenehmigung zu erwirken. Die Zahl der Zuwanderer wurde noch verstärkt durch die Rückkehr der Evakuierten, die die Stadt hatten räumen müssen, als sie zerschlagen war; diese „Butenhamburger“ und „Butenbremer“ zogen nach Wiederherstellung normaler Erwerbsbedingungen und Wohnverhältnisse wieder in die Heimatstadt zurück.

Diese gesamte Zuwanderung traf auf eine völlig aus dem Gleichgewicht gebrachte Sozialstruktur:

Viele deutsche Großstädte sind bezüglich des Zerstörungs- und Entleerungsgrades in Wohn- und Industrievierteln mit den Hansestädten vergleichbar.¹ Während aber in diesen Städten das Einwohnerdefizit zum Zeitpunkt der Volkszählung² noch bei weitem nicht ausgeglichen war, reichte die Zahl der Wohnbevölkerung von Bremen und Hamburg damals bereits bis auf 10 vH an die Vorkriegsziffern heran³ und hat sie später sogar überschritten.

In beiden Stadtstaaten ist die natürliche Gliederung der mit Eingemeindung und fortschreitender Industrialisierung jeweils sprunghaft vermehrten Bevölkerung charakterisiert durch einen Altersaufbau mit schmaler Basis: das typische Bild einer Großstadtbevölkerung, die sich nicht durch Geburtenüberschuß ergänzt, sondern die fehlenden Nachwuchskräfte durch Zuwanderung und Eingemeindung gewinnt. Die Umgemeindungen des Jahres 1939⁴ brachten zwar eine Ausweitung dieser Basis, zugleich jedoch eine Vergrößerung jener Einschnitte in der Bevölkerungspyramide, die im ersten Weltkrieg durch Verluste

¹ Vgl. Städtestatistik von Frankfurt, Köln, Hannover, Stuttgart usf.

² Volks- und Berufszählung im Bundesgebiet vom 13. September 1950.

³ Die Einwohnerzahl lag über dem Vorkriegsstand: in Bremen am 1. Jan. 1951, in Hamburg am 1. Oktober 1953.

⁴ Vgl. unter „Die Länder Bremen und Hamburg in raumwirtschaftlicher Beleuchtung“, S. 10—17.

unter der männlichen Bevölkerung und durch den Geburtenausfall entstanden waren.⁵

Trotz der Einbeziehung weiterer Landgemeinden in das Hoheitsgebiet der Stadtstaaten ist deren sozialbiologisches Gleichgewicht nicht wiederhergestellt: Übergewichtig ist die Gruppe von alten, fortschreitend erwerbsuntüchtigen Menschen, zu schmal die Altersgruppe der 25- bis 65jährigen, der wichtigsten Träger des sozialen Lebens, verschlechtert ist die Geschlechter-Proportion in dieser Gruppe und schließlich ist die Kinderzahl äußerst gering; sie würde quantitativ nicht einmal ausreichen, die aus der natürlichen Sterblichkeit in allen Altersstufen entstehenden Lücken zu schließen.

Diese Disproportionalitäten erscheinen um so bedenklicher, als 1950 ein gut Teil von alternden Angehörigen der Wohnbevölkerung beider Städte noch in den Orten wohnte, wohin sie während des Krieges ausgewichen. Sie sind inzwischen zurückgekehrt, verbreitern also die Spitze der Pyramide. Ferner sind unter den statistisch im erwerbsfähigen Alter ausgewiesenen Männern und Frauen nach den Erfahrungen der Sozialfürsorge 20 bis 25 vH als erwerbsschwach oder erwerbsunfähig anzusehen. Auch enthält diese Gruppe eine große Zahl von Frauen, die für irgendwelche berufliche Tätigkeit aus Mangel an Kenntnissen und Fähigkeiten nicht in Betracht kommen und als „erwerbsbeschränkt“ auf die Unterhaltung durch Dritte ebenso angewiesen sind wie Alte und Kinder.⁶ Vor allem bedenklich ist der gegenüber der Vorkriegszeit stark verringerte Anteil an Jugendlichen, der noch dazu aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren weder physisch so kräftig noch seiner Ausbildung nach so leistungsfähig hervorging, wie das wünschenswert wäre. —

Im Altersaufbau der beiden Stadtstaaten gab es 1950 gewisse Unterschiede, wie aus umstehendem Schaubild deutlich wird. — Noch liegt in beiden Ländern das Schwergewicht der Bevölkerung in den Altersklassen von 25 bis unter 65 Jahren; der Anteil dieser Alters-

⁵ Zu den allgemein bekannten Störungseinflüssen, die den „normalen“ pyramidenförmigen Aufbau der Altersschichtung deformierten, wie Kriegsverluste in bestimmten Jahrgängen, Stagnation der natürlichen Bevölkerungsbewegung, kommt in den zerstörten Großstädten noch eine durch Evakuierung und Zuwanderung erwachsene Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit, die in der Zählung von 1950 eine besonders stark zerklüftete Alterspyramide ergab (vgl. dazu Veröffentlichungen der Städtischen Statistischen Ämter zur Volks- und Berufszählung vom 13. September 1950).

⁶ Vgl. die sehr ergiebigen Vorschläge des „Soziographischen Instituts an der Universität Frankfurt“ zur Gliederung der Bevölkerung nach ihrer Erwerbsintensität und nach dem Grad der Teilnahme am Erwerbsleben in „Erwerbsschwache“ (Sondergruppe der Dauerarbeitslosen, „Erwerbs-Sozialschwache“ (ihrer Eignung nach nicht Einsatzfähige) und „Nichterwerbsfähige“ in „Ein neuer Sozialpartner?“ — 2. Jahresgabe Frankfurt 1951.

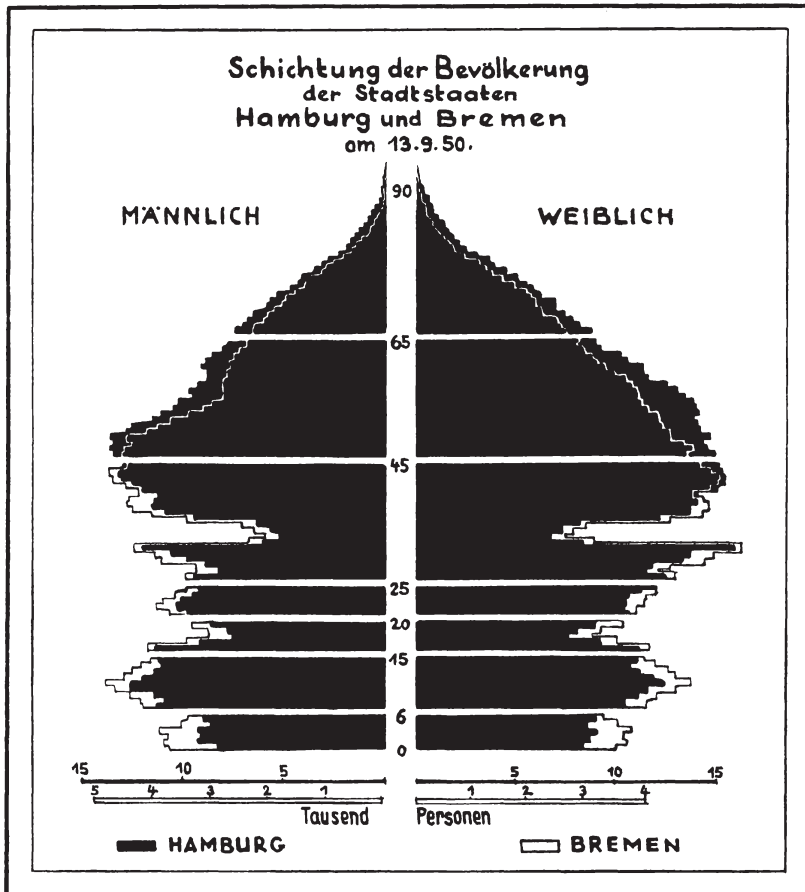


Schaubild 1

gruppe liegt höher als im Bundesdurchschnitt:

	in Bremen	in Hamburg	Bund
männl. Bevölkerung	53 vH	60 vH	51 vH
weibl. Bevölkerung	57 vH	62 vH	56 vH

Aber in sich sind diese Gruppen überaltert, so daß eine Auffüllung mit jungem, gesundem Nachwuchs wünschenswert erschiene; denn die schwach besetzten Gruppen der Jahrgänge 1914 bis 1918 und 1920 bis 1925 werden bereits von 1960 an die Last der dann nicht mehr erwerbsfähigen Alten zu tragen haben.⁷ Sowohl der Anteil der unter

⁷ Für Hamburg ist errechnet worden, daß die Zahl der „überwiegend nicht mehr Erwerbsfähigen im Alter von über 65 Jahren“ bis 1965 um 100 000 auf 278 000 anwachsen würde. Sie lägen dann mit einem Anteil von rd.

15- bis 25jährigen als auch der der Nachkriegsjahrgänge ist empfindlich zu gering,⁸ zumal in Hamburg, dessen Altersaufbau 1950 ungünstiger war als der des Landes Bremen.⁹ Die sozialbiologische Kraft von Hamburg und Bremen erscheint ferner durch die Entwicklung der Geschlechterproportion im Vergleich mit den Bundesländern geschwächt und mit ihr das wirtschaftliche Kräftepotential. Die auf männliche Arbeitskräfte angewiesenen Gewerbe der Hansestädte hatten jederzeit den Zuzug junger Männer bewirkt und einen „Frauenüberschuß“ nie aufkommen lassen. Ausgelöst durch Kriegsverluste an den Fronten und in der Heimat, durch Auflösung der Garnisonen, durch Demontage der Werften, wurde auch die Substanz der Hansestädte angegriffen, so daß „Mangel an Männern“ entstand.

Auf je 100 Männer entfielen ... Frauen:	1939	1946	1950
in Bremen	98,0 ¹	115,4	110,5
in Hamburg	110,5 ²	119,1	113,6
im Reichs- bzw. Bundesgebiet	103,4 ¹	121,4	113,4

¹ Einschließlich Garnison- und Arbeitsdienst-Angehörige.

² Ohne Garnison- und Arbeitsdienst-Angehörige.

Zwischen 1946 und 1950 war dank der Rückkehr von Kriegsgefangenen und dem Zuzug von solchen männlichen Erwerbspersonen, die einem Mangelberuf angehörten, eine Entspannung zugunsten der Sozialstruktur der Stadtstaaten eingetreten. Doch hat diese Tendenz zur „Normalisierung“ nicht angehalten, als später die Stadttore für rückkehrwillige evakuierte Halbfamilien und für die Familienzusammenführung von Flüchtlingen geöffnet wurden, zumal da die Geschlechts- und Altersgliederung des „Wanderungsgewinns“ von der der ansässigen Bevölkerung abweicht. Ausmaß und Zusammensetzung der Wanderung über die Grenzen der Länder Hamburg und Bremen haben sich in den Jahren nach 1945 verschiedentlich geändert, wodurch sich deren Resultat für die biologische und soziologische Substanz der Wohnbevölkerung in beiden Stadtstaaten von Jahr zu Jahr wandelte.

2. Einwirkung der Wanderung auf den biologischen Sozialaufbau

a) Das Wanderungsergebnis für die Sozialstruktur Bremens

Die Bevölkerungsverluste im Bremer Stadtgebiet waren dank der Zahl der vorsorglich erbauten Hoch- und Tiefbunker erfreulich gering.

16 vH als „Hypothek auf der Gesamtbevölkerung“, selbst bei Annahme eines angemessenen Wachstum durch Wanderung und Bevölkerungsvermehrung. (Vgl. „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 52/30, S. 348.)

⁸ Vgl. dazu „Statistischer Dienst“ (Statistisches Landesamt Bremen, Folge I/Volkszählung, Nr. 3/51 mit Tabellen-Anhang) und „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1952/30, S. 333 ff.

⁹ Vgl. dazu auch Schaubild Nr. 1: vergleichende Alterspyramide.

Die Minderung der Einwohnerzahl bis 1945 war überwiegend das Ergebnis der freiwilligen oder durch Ausbombung erzwungenen Evakuierung des Stadtgebiets. Immerhin betrug die Zahl der Wohnbevölkerung Bremens¹⁰ nach Kriegsende nur noch rd. 376 000, stieg aber mit Normalisierung von Verkehr und Versorgung bis 1946 auf rd. 484 000 und fortan zufolge großer Wanderungsgewinne über den Vorkriegsstand.

Tabelle 6

Bevölkerungsentwicklung im Lande Bremen unter dem Einfluß der Wanderung seit 1945¹¹

Daten	Wohnbevölkerung insgesamt	darunter Wande- rungs- gewinn ¹	Anteil an der Wohnbevölkerung			
			Heimat- vertriebene ²		sonstige Zugewanderte ³	
			absolut	in vH	absolut	in vH
1939 ⁴	562 915					
1. 1. 1946			18 100	3,9		
29. 10. 1946 ⁴	484 474		25 508	5,3	10 900 ⁴	
1. 1. 1948	505 424		32 300	6,4		
1. 1. 1949	525 456		38 800	7,4		
1. 1. 1950	544 017		43 460	7,9		
30. 6. 1950		8 637	46 700	.		
13. 9. 1950	558 619		48 183	8,6	21 398	3,8
1. 1. 1951	564 894	18 830	50 576	9,0	22 280	4,0
30. 6. 1951		26 293	54 000 ⁵	.	23 476	.
1. 1. 1952	581 035	33 338	57 397	9,9	24 851	4,3
30. 6. 1952	586 521	37 973	59 986	10,2	25 917	4,4
1. 1. 1953 ⁶	593 986	44 689	63 035	10,6	27 162	4,6

¹ Der Wanderungsgewinn des Stadtstaates Bremen lag für die Jahre 1951/52 bei 54 ‰_{ann}, die entsprechende Maßziffer für Hannover lautet 68 ‰_{ann} — dort lag jedoch die Einwohnerzahl noch im Jahresmittel 1952 unter dem Stand von 1939 (vgl. Statist. Vierteljahresberichte, Hannover, Jge. 1950—1953/I).

² „Heimatvertriebene“ sind Personen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in den deutschen Ostgebieten, im Saarland oder im Ausland hatten.

³ „Zugewanderte sind Personen mit Wohnsitz am 1. September 1939 in Berlin oder im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone.

⁴ Lt. Ausk. d. Statist. Landesamtes Bremen: In der Volkszählung 1946 wurden nur Heimatvertriebene unter den Einwohnern einer Gemeinde gesondert ausgewiesen. Die Zahlen für anerkannte oder illegale Flüchtlinge aus der sowj. besetzten Zone wurden erst vom 13. September 1950 an von jenen der aus Niedersachsen, aus Kriegsgefangenschaft oder aus dem Ausland zuziehenden Wohnbevölkerung getrennt erfaßt.

⁵ Rückschätzung gem. Entwicklung der Gesamtbevölkerung, entn. Statist. Dienst, Bevolk. II/2/1952.

⁶ Monatliche Zwischenberichte zu Statist. Mitteilungen aus Bremen, Jg. 52, S. 19.

Die Bevölkerungsvermehrung betrug nach Tabelle 6 nahezu 110 000 Personen; zumeist ist sie aus Zuwanderung von Flüchtlingen hervorgegangen; die Eingliederung der Flüchtlinge wurde erleichtert, weil sie einen Zuwachs an aufbaufähigen Kräften darstellte, wie aus

¹⁰ Grenzen nach dem Stand vom 1. Januar 1947, also einschl. des damals noch preuß. Wesermünde.

¹¹ Vgl. Statistische Mitteilungen aus Bremen: „Die Volks- und Berufszählung am 13. September 1950 (Sonderheft 4/1953), Tab. A 2c und A 3c.

dem Vergleich des Altersaufbaus von Heimatvertriebenen und übriger Bevölkerung ersichtlich wird:

Tabelle 7
 Altersaufbau der Heimatvertriebenen und der übrigen Bevölkerung des Landes Bremen 1950¹¹

Altersgruppe	Heimatvertriebene		übrige Bevölkerung	
	absolut	in vH	absolut	in vH
bis unter 20 Jahre . . .	13 963	29,0	141 682	27,8
20 bis unter 40 Jahre ..	19 283	40,0	134 590	26,4
40 bis unter 55 Jahre ..	9 271	19,2	122 619	24,0
55 bis unter 60 Jahre ..	1 959	4,1	30 772	6,0
60 bis unter 65 Jahre ..	1 431	3,0	26 974	5,3
65 und älter	2 276	4,7	53 799	10,5
zusammen	48 183	100,0	510 436	100,0

Vor allem lag der Anteil der 20- bis unter 40jährigen Personen bei den Vertriebenen um die Hälfte höher (40 statt 26,4 vH), und bei den über 65jährigen nicht einmal halb so hoch wie bei der übrigen Bevölkerung.

Daraus folgte in den Jahren 1950 und 1951 ein Geburtenüberschuß von 15,8 resp. 14,7 a.T., während er bei der übrigen Bevölkerung in diesen Jahren bei 2,6 bzw. 1,6 a.T. lag.¹² Und darüber hinaus bewirkt diese Altersstruktur eine vergleichsweise hohe Eheschließungsquote, die viel zur Erleichterung der sozialen Eingliederung beiträgt.¹³

Ein entsprechender Nachweis ist für die Wanderungsbilanz der so-wjetzonalen Flüchtlinge für die Stadtstaaten nicht zu führen. Fest steht nur, daß Mut und Kraft zum illegalen Verlassen der Heimat und zum Neuaufbau einer Existenz in der Regel nur von jungen Menschen aufgebracht werden. So ist die Annahme zu rechtfertigen, daß die sozialbiologische Bereicherung durch die Flüchtlinge aus Mitteldeutschland nicht geringer war als die durch die Heimatvertriebenen.¹⁴

Die gesamte jährliche Zuwanderung ist seit 1950 und der jährliche Wanderungsgewinn seit 1949 gefallen, obgleich 1950 die gesetzliche Freizügigkeit gewährt wurde (vgl. umstehende Tabelle 8).

Die Anziehungskraft Bremens hat also seit 1950 nachgelassen; zum Teil sind die Zahlen auch Spiegelbild des Tatbestands, wie stark die Abwanderung nach dem westdeutschen Industrierevier und die Rückwanderung nach Niedersachsen seit Anfang 1951 zugenommen haben.

¹² Vgl. Statistischer Dienst Bremen, Bevölkerung II/2/1952: „Die Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle der heimatvertriebenen Bevölkerung im Lande Bremen.“

¹³ Vgl. dazu 4. Kapitel, S. 108 ff.

¹⁴ Nach den Beobachtungen in den Aufnahmelagern ist der Altersaufbau sogar günstiger als bei den Heimatvertriebenen.

Tabelle 8

Die Zuwanderung in das Land Bremen im Vergleich mit dem Wanderungsgewinn (1947 bis 1952)

Jahr Halbjahr	Zuwanderung ¹		Wanderungs- gewinn ¹		Gewinn in vH	
					der Halb- jahres- wanderung	der Jahres- wanderung
1947			rd. 15 000			
1948			rd. 17 000			
1949		29 731	rd. 19 000			63
1950/I	14 395		8 637		60	
II	16 624	31 019	10 193	18 850	61	61
1951/I	14 557		7 463		51	
II	14 958	29 485	7 045	14 508	47	49
1952/I	12 286		4 635		38	
II	14 141	26 427	6 716	11 351	47	43

¹ Durchschnittlich ein Fünftel des Wanderungsgewinns entfällt dabei auf Bremerhaven.

Der Wanderungsgewinn des Landes Bremen ergab sich hauptsächlich gegenüber Niedersachsen und der sowjetisch besetzten Zone. Der Wanderungsüberschuß gegenüber Niedersachsen, der im 1. Halbjahr 1950 etwa 70 vH des gesamten Gewinns ausmachte, stieg absolut und relativ bis Ende 1952 (90 vH). Die Zuwanderung aus der Sowjetzone und Berlin erbrachte etwa 17 vH des Wanderungsgewinns der gesamten Zeitspanne. Der anteilige Wanderungsgewinn mit dem Lande Schleswig-Holstein schwankte zwischen 5 und 6 vH. Die Abwanderung nach Nordrhein-Westfalen hat zu Wanderungsverlusten geführt; auch an Hamburg gab Bremen Menschen ab.

An dieser Wanderung zwischen den Ländern sind die Heimatvertriebenen¹⁵ unterschiedlich beteiligt. 40 bis 50 vH des aus Schleswig-Holstein stammenden Wanderungsgewinns rekrutiert sich aus Vertriebenen, und auch im Wanderungsaustausch mit dem rings angrenzenden Niedersachsen beträgt der Anteil der Heimatvertriebenen etwas mehr als ein Drittel.

Eine Analyse des Wanderungsvorgangs zeigt, daß seit 1950 der Zuwachs an produktiven Kräften stetig abgenommen hat, sowohl im Hinblick auf die Geschlechterproportion, als auch bezüglich der Erwerbsfähigkeit. Hinsichtlich der Geschlechterproportion stellt sich die Wanderungsbilanz für das Land Bremen wie folgt dar:

¹⁵ Der Anteil der Vertriebenen an diesem Wanderungsgewinn erscheint — wie in der gesamten amtlichen Statistik — möglicherweise etwas höher als er wirklich ist. Die Erfassung erfolgt nicht nach dem Tatbestand der erlebten „Vertreibung“, sondern nach dem Wohnsitz vom 1. September 1939.

Tabelle 9

Jahr/ Halbjahr	Wanderungsbilanz		Wanderungsgewinn an männlichen Personen		
	(Zuzug <i>./. Fortzug)</i>		absolut	in vH des Zuzugs an männlichen Personen	in vH der Wande- rungsbilanz
	insgesamt	in vH des Zuzugs			
1950/I	8 637	59,9	3988	58,4	46,0
II	10 193	61,3	4389	58,4	43,0
1951/I	7 463	51,2	3211	47,2	43,0
II	7 045	47,1	2842	41,3	40,0
1952/I	4 635	37,7	1923	33,5	41,0
II	6 716	47,5	2890	43,8	43,0

Der Wanderungsgewinn pro Halbjahr ging stärker als der Zuzug zurück. Außerdem fiel — besonders im 1. Halbjahr 1952 — der Anteil des Wanderungsgewinns an Männern im Verhältnis zur männlichen Zuwanderung.

Auch die Erwerbsquote¹⁶ des Wanderungsgewinns hat sich verschlechtert. Bei einer Abnahme der absoluten Zahl von Erwerbspersonen im Zuzug stieg zwar deren Anteil, aber in der Wanderungsbilanz ist ein starker Abfall — namentlich auch in bezug auf den Wanderungsgewinn an männlichen Erwerbspersonen — festzustellen, die den gesamten Wanderungsgewinn für Bremen nicht unbeträchtlich mindert:

Tabelle 10

Die „Erwerbsquote“ im Wanderungsgewinn des Landes Bremen vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952

Jahr/ Halbjahr	Wande- rungs- bilanz insges.	darunter				
		Erwerbspersonen			männliche Erwerbspersonen	
		absolut	in vH des Zuzugs an Erwerbs- personen	in vH der Wande- rungsbilanz	insges.	in vH der Wande- rungsbilanz
1950/I	8 637	3873	51,8	44,8	2647	30,7
II	10 193	4335	52,4	42,5	2697	26,4
1951/I	7 463	3094	39,4	41,4	1942	26,1
II	7 045	2420	31,6	34,4	1407	20,0
1952/I	4 635	2079	29,3	44,8	1218	26,3
II	6 716	2462	33,4	36,6	1621	24,1

¹⁶ „Erwerbsquote“ = Anteil von „Erwerbspersonen“, d. h. männliche und weibliche Personen im erwerbsfähigen Alter an einer Bevölkerungszahl = wird in dieser Arbeit als biologisches Erwerbspotential verstanden. An Stelle des im Zusammenhang mit der Berufs- und Sozialstruktur ebenfalls gebräuchlichen Begriffs „Erwerbsquote“ = Anteil der be-

Der Fortzug aus dem Lande Bremen erfaßte offensichtlich im wesentlichen Männer im erwerbsfähigen Alter, die sich in Bremen und Bremerhaven keine Erwerbschancen mehr erhofften.

Hier ist daran zu erinnern, daß sich Zuzug und Fortzug im wesentlichen zwischen Bremen und Niedersachsen abspielten. Da in der Statistik auch der starke Wanderungsverkehr zwischen den Städten Bremen und Bremerhaven einerseits und ihren niedersächsischen Anliegergemeinden andererseits erfaßt wird, erscheint die Wanderungsbewegung „über die Landesgrenzen“ größer als sie tatsächlich ist. Nur zum geringen Teil handelt es sich dabei um die durch politische Ereignisse ausgelöste Bevölkerungsbewegung — die letzte Phase der Flucht.

Das wird deutlich bei der Betrachtung des Anteils, den die Heimatvertriebenen¹⁷ an der Gesamtwanderung von und nach Bremen über die Landesgrenzen hatten:

Tabelle 11

Jahr/ Halbjahr	Wanderungsbilanz insgesamt	darunter Heimatvertriebene		
		insgesamt	in vH des Zuzugs an Heimatvertriebenen	in vH des bremischen Wanderungsgewinns
1950/I	8 637	2891	32,3	33,5
II	10 193	3479	30,6	34,1
1951/I	7 463	2987	76,8	40,0
II	7 045	3040	75,8	43,2
1952/I	4 635	2105	61,3	45,4
II	6 716	2598	67,7	38,6

Während also die Weiterwanderung sich zunehmend auch auf die Heimatvertriebenen erstreckt, nahm doch deren Anteil am Wanderungsgewinn zu. Das besagt weniger für den Vollzug des Eingliederungsprozesses als für die Erschöpfung der Eingliederungsmöglichkeiten. Die Vertriebenen entschließen sich schwerer zu einer Weiterwanderung: sie gehören nicht zu dem fluktuierenden Teil der Bevölkerung, der die Zuwanderung in diese oder jene Großstadt als

schäftigt oder beschäftigungswillig im Erwerbsleben stehenden Personen an der Wohnbevölkerung, wie er z. B. in den Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Arbeit gebraucht wird, soll von „Erwerbsintensität“ gesprochen werden.

¹⁷ Entsprechende Aufzeichnungen für die Zuwanderung von Flüchtlingen, die nicht als „Heimatvertriebene“ anerkannt sind, werden in der Wanderungstatistik nicht geführt. Ihre Mobilität, aber auch ihr Eingliederungsvermögen ist im allgemeinen größer als das der Vertriebenen aus Ostdeutschland, so daß die folgenden Darlegungen sachlich, wenn auch nicht der Größenordnung nach, auch für diese Flüchtlinge gelten können.

Durchgangsstation betrachtet. Manche Existenzbedingungen der Großstadt lassen dort die soziale Eingliederung eher erreichbar erscheinen als im Notquartier auf dem Lande (Schule, Fürsorge, Wohnungsbau!), selbst dann, wenn Arbeitsverdienste nicht oder nicht auskömmlich erzielt werden können.

Die Neigung zum Ausharren wird von den Flüchtlingen selbst häufig damit begründet, daß erst in den letzten Jahren mit der Besserung der Wohnungsverhältnisse im Lande Bremen eine Zusammenführung der Familie möglich geworden sei, die man nicht wieder verlieren möchte. Tatsächlich ist die Zuwanderung von Heimatvertriebenen nach Bremen für spezialisierte Arbeitskräfte und sogar für berufswillige Hilfsarbeiter sofort nach 1946 möglich gewesen, wenn keine Anforderungen auf Wohnung erhoben wurden. Die damit zwischen 1946 und 1950 bewirkte Verbesserung der Erwerbsquote im Lande Bremen wurde später durch die Nachwanderung der Familien zum Teil wieder aufgehoben. Es ist bekannt, daß in den Flüchtlingsländern die Erwerbsquote der Heimatvertriebenen niedriger liegt als bei der einheimischen Bevölkerung.¹⁸ Um so erstaunlicher erscheint die relativ hohe Erwerbsquote der Heimatvertriebenen im Wanderungsgewinn des Landes Bremen:

Tabelle 12

Anteil der heimatvertriebenen Erwerbspersonen am Wanderungsgewinn des Landes Bremen vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952

Jahr/ Halbjahr	Wanderungsbilanz an Erwerbspersonen darunter heimatvertriebene Erwerbspersonen				
	insges.	in vH des Wanderungs- gewinns	insgesamt	in vH des Ge- samtgewinns an Erwerbs- personen	in vH des Wan- derungs- gewinns an Heimatvertrie- benen
1950/I	3873	44,8	1465	37,8	50,7
II	4335	42,5	1639	37,8	47,2
1951/I	3094	41,4	1499	48,4	50,2
II	2420	34,4	1355	56,0	44,6
1952/I	2079	44,8	1077	51,8	51,2
II	2462	36,6	1125	45,7	43,3

¹⁸ Besonders im Vergleich zwischen Bremen und Niedersachsen ist das Überwiegen der Erwerbsfähigen unter den zuwandernden Flüchtlingen erstaunlich, nachdem dort die Erwerbsquoten für die Vertriebenen mit 33,5 vH, für die Umsiedlungsbewerber des Jahres 1950 mit 37,3 vH und für die Umgesiedelten mit 40,3 vH ermittelt wurden. (Zahlen entnommen: Flüchtlings-Sondererhebung in Niedersachsen 1948, Bewerberlisten, die den Umsiedlungskommissionen Anfang 1951 vorlagen, sowie Wanderungsstatistik des Niedersächsischen Vertriebenen-Ministeriums).

Der durchschnittliche Anteil von Erwerbspersonen im Wanderungsgewinn Bremens von 1950 bis 1952 lag bei 41 vH; die Erwerbsquote der Heimatvertriebenen darunter belief sich auf insgesamt 47 vH, war also nicht unerheblich günstiger.

Die biologische Zusammensetzung der Bevölkerungsgruppen erwies sich bereits 1950 als bestimmend für die soziologische Gliederung der Gesamteinwohnerschaft. Nur in der Altersklasse der 45- bis 60jährigen war eine Zunahme der Erwerbsintensität gegenüber 1939 festzustellen. Bei der früher tragenden Altersgruppe der 25- bis 45jährigen machte der Rückgang etwa 38 500 Personen aus, unter den Erwerbstätigen betrug der Abfall 32 500 Personen. Beim Vergleich der Erwerbsintensität der Gesamtbevölkerung für 1939 und für die Nachkriegszeit ergibt sich demzufolge auch eine durchweg nachlassende Erwerbsintensität:¹⁹

Tabelle 13

Die Gruppen von heimatvertriebenen und sonstigen Bevölkerungsteilen im Lande Bremen nach ihrer Teilnahme am Erwerbsleben am 13. 9. 1950:

Gliederung der Wohnbevölkerung	Wohnbevölkerung	Erwerbspersonen	davon waren in vH		
			Angehörige v. Erwerbspersonen	Selbständige Beruflose	Angehörige v. selbständ. Beruflosen
Heimatvertr.	48 183	50,0	37,9	8,4	3,7
sonst. Bevölkerung	510 436	43,5	39,3	11,9	5,3
Wohnbevölkerung insgesamt	558 619	44,0	39,2	11,6	5,2

Dabei war 1950 bereits durch den Zuzug der Heimatvertriebenen eine nicht unbeträchtliche Konsolidierung in der Erwerbsintensität der bremischen Wohnbevölkerung eingetreten.

Diese Bereicherung hat sich im Rahmen der Wanderung bis Ende 1952 fortgesetzt, obgleich die Erwerbsquote bei den Wandernden im

Dabei ist an den Ausleseprozeß zu erinnern, der sich bis 1950 durch Mitwirkung der Arbeitsvermittlung bei der Flüchtlingszuwanderung ergab. (Vgl. dazu auch: ECA Technical Assistance Commission: „Die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Gemeinschaft“ — Bonn 1951, S. 252 und 256.

¹⁹ Vgl. Dr. J.: „Die Erwerbstätigkeit im Lande Bremen“ — Statist. Dienst — Reihe Bevölkerung Nr. 1/52: „Diese Entwicklung überrascht zunächst, da man unwillkürlich geneigt ist, zu glauben, daß — nach der Zerstörung der Vermögenswerte durch den verlorenen Krieg — der allgemeine Zwang zum Arbeiten sich in einer Zunahme der Erwerbsquote ausdrücken müßte. Dieser Zwang zum Mehr- oder besser gesagt Längerarbeiten bis ins hohe Alter hinein, kommt auch in der Entwicklung der Erwerbsquote bestimmter Altersgruppen zum Ausdruck. Die Gesamtentwicklung wird jedoch durch die strukturellen Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht entscheidend beeinflusst“.

Fortzug höher lag als bei denen, die zuwanderten. (Die Quote der nach dem Alter erwerbsfähigen Personen ist im Wanderungsgewinn dieser Jahre bei den Heimatvertriebenen nicht so stark gefallen wie bei der übrigen Bevölkerung.) Doch ist nicht nur an die demographischen Unterschiede zu denken, sondern auch daran, daß die Flüchtlinge zum großen Teil ihrem Lebensalter nach zwar noch arbeitsfähig, aber nicht mehr im beruflichen Leben eingliederungsfähig sind.²⁰

Um so bemerkenswerter erscheint der statistische Nachweis, daß in der Wanderungsbilanz der Jahre 1950 bis 1952 sich weiterhin eine höhere Erwerbs-Intensität der Heimatvertriebenen abzeichnet als in der Gesamtwanderung:

Tabelle 14

Veränderung der sozialen Gruppen bei der Wanderung der Jahre 1950, 1951 und 1952

Gliederung des Wanderungsgewinns	Wanderungsgewinn insgesamt			davon waren in v. H.								
				Erwerbspersonen			selbständige Berufslose			Angehörige von Erwerbspersonen und selbst. Berufsloser		
	1950	1951	1952	1950	1951	1952	1950	1951	1952	1950	1951	1952
Heimatvertriebene	6370	6027	4703	48,7	47,4	46,8	3,7	5,6	8,8	47,6	47,0	44,4
sonstige Bevölkerung	12460	8481	6648	41,0	31,4	35,2	4,5	7,6	8,6	54,5	61,0	56,2
Wanderungsbilanz insges.	18830	14508	11351	43,6	38,0	39,9	4,2	6,8	8,7	52,2	55,2	51,4

Der verhältnismäßig stärkere Zuwachs an heimatvertriebenen Erwerbspersonen ist demnach auf das Zusammentreffen zweier Faktoren zurückzuführen:

- auf die Rückkehr der Butenbremer — ältere Frauen und ganze Familien — eine Vermehrung der „Angehörigen“,
- auf den Zuzug und Verbleib der Flüchtlinge, bei denen auch Frauen und Jugendliche als Erwerbspersonen zählen (gegebenenfalls unter den Arbeitslosen) — insbesondere auch auf Zuwanderung von heimatvertriebenen Lehrlingen — also eine Vermehrung der „Erwerbswilligen“.

Zugleich zeichnet sich jedoch unter den „selbständig Berufslosen“ bereits ab, daß unter den Vertriebenen, die im Familienverband zuzogen, in progressivem Umfang Erwerbs-Sozialschwache sind, die dann von ihren Flüchtlings-Sonderrenten leben, wenn ihre Bemühungen um berufliche Eingliederung scheitern.

²⁰ Vgl. dazu *Edding*, F. in AER-Information vom 15. August 1953 „... Mißverhältnis in der Zahl Erwerbsfähiger unter der heimatvertriebenen und sonstigen Bevölkerung ... darauf zurückzuführen, daß die Entwurzelung durch Vertreibung oder Flucht in einem Lebensalter eingetreten ist, das ... nur im Ausnahmefall einen beruflichen Neubeginn ermöglichte.“ — Dieses Problem „Erwerbs-Intensität“ soll noch behandelt werden (S. 75 ff.).

Hinsichtlich seiner Alters- und Sozialstruktur hat das Land Bremen in der Zuwanderung von Flüchtlingen einen Gewinn zu sehen — die Heimatvertriebenen, die zugezogen und in Bremen verblieben sind, gehören sozialbiologisch zu den produktiven Kräften und die Anzahl der Erwerbsschwachen unter ihnen ist vergleichsweise gering.

b) Das Wanderungsergebnis für die Sozialstruktur Hamburgs

Durch die großen Luftangriffe vom Juli 1943 waren in Hamburg fast 55 000 Menschen dahingerafft, nahezu die Hälfte aller Wohnungen zerstört²¹ und ein großer Teil der Arbeitsstätten vernichtet worden. Die darauf folgende panikartige Entleerung des Stadtgebiets von nicht ortsgelassenen Einwohnern zog eine Welle der Gewerbe- und Betriebsverlagerungen nach sich und damit eine neue Evakuierungswelle von großen Gruppen der Erwerbsbevölkerung. Das Ausmaß der Abwanderung tritt in der statistischen Ermittlung für 1946 nicht mehr voll in Erscheinung, weil bis dahin bereits die Rückwanderung eingesetzt hatte. Aber es wird deutlich, daß nur durch starke Zuwanderung die Bevölkerungsverluste ausgeglichen werden konnten:

Tabelle 15
Bevölkerungsentwicklung unter dem Einfluß der Wanderung seit 1946:

Daten	Wohnbevölkerung bzw. ständige Bevölkerung		Anteil an der Wohnbevölkerung darunter			
	insgesamt	darunter Wanderungsgewinn	Heimatvertriebene absolut	in vH der Wohnbevölg.	sonst. Zugewanderte absolut	in vH der Wohnbevölg.
1939 ¹	1 711 877					
1946 ¹	1 406 158					
1. 1. 1948	1 468 524	53 150*	106 905		7,3	
1. 1. 1949	1 518 915	46 739*	135 532		8,9	
1. 1. 1950 ¹	1 567 987	46 518*	157 548		10,0	
13. 9. 1950	1 605 606	65 848	115 981	7,2	67 655	4,2
1. 1. 1951	1 620 378		122 051	7,5	70 908	4,4
1. 1. 1952	1 658 038	102 860	138 053	8,3	78 910	4,8
30. 6. 1952	1 669 700	115 188	143 700	8,6	83 500	5,0
1. 1. 1953 ²	1 687 200	133 325	150 100	8,9	88 000	5,2

¹ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 50/6, S. 21; Jg. 51/5, S. 19; Jg. 52/10.

² Zahlen aus „Wirtschaft und Statistik“.

* Von Hamburg (a.a.O.) erfaßte, zum Vergleich mit Bremen (Tabelle 6) nicht geeignete Zahlen der Rückwanderung.

²¹ Vgl. „Hamburg in Zahlen“ vom 24. 10. 1951, S. 1: „In Hamburg ist eine große Wohnungsbestandsaufnahme bereits kurz nach den großen Luftangriffen Ende Juli 1943 — bei denen nahezu die Hälfte des ganzen Wohnungsbestandes in Hamburg vernichtet wurde — ... durchgeführt worden.“

Das Bevölkerungsdefizit war für das Stadtgebiet Hamburg zum Zeitpunkt der Volkszählung größer als es statistisch in Erscheinung tritt. Denn Hamburg hatte tatsächlich 31 vH seiner einheimischen Bevölkerung verloren²² und einen natürlichen Bevölkerungsschwund. Eingemeindungen und Zuwanderung von Neubürgern nach 1945 haben das zum Teil ausgeglichen. Der Zuwachs und Wanderungsgewinn der Jahre 1948 bis 1952 beläuft sich auf insgesamt mehr als 200 000 Personen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern wie auch im Verhältnis zu anderen ähnlich von Kriegszerstörung betroffenen Großstädten ist der Bevölkerungszuwachs Hamburgs als außergewöhnlich hoch anzusehen; es ist nicht verwunderlich, daß wirtschaftliche Aufnahmekapazität wie räumliche Unterbringungsmöglichkeiten überaus angespannt blieben.

Es ist festgestellt worden,²³ daß in der Zeit vom 26. Oktober 1946 bis zum 31. Dezember 1950 von denjenigen Hamburgern, die bei Kriegsausbruch ihren Wohnsitz in Hamburg hatten, 90 499 Personen zurückgekehrt sind. Diese Butenhamburger konkurrierten mit den Flüchtlingen um die sich eröffnenden Möglichkeiten, in der Stadt wirtschaftlich eingegliedert zu werden, wenn auch im Jahre 1950 noch rund 50 000 von ihnen außerhalb Hamburgs lebten. Sie genießen bei diesem Versuch um so mehr den Vorzug der landsmannschaftlichen Verbundenheit, als sich ihnen gegenüber noch immer die aus der Panik der „Hamburger Schreckensnächte“ geborene Notgemeinschaft bewährt. So erklärt es sich, daß trotz der strengen Zuzugskontrolle gegenüber zuzugswilligen Flüchtlingen der biologische Wanderungsertrag für das Land Hamburg insgesamt schlechter ist als für Bremen.

Doch auch der Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung ist durch das Übergewicht der 20- bis unter 45jährigen im Wanderungsgewinn verbessert worden; nicht zuletzt dank der Familienfreudigkeit der Flüchtlingsbevölkerung ist die Zahl der vorschulpflichtigen und schulpflichtigen Kinder im Vergleich mit 1939 absolut und relativ größer.²⁴ Auch die Eheschließungsquote und der Geburtenüberschuß der Gesamtbevölkerung lagen höher als in anderen Großstädten.

Zuzug und Wanderungsgewinn des Landes Hamburg gegenüber anderen deutschen Ländern hatten im Jahre 1950 den Kulminationspunkt erreicht:

²² Vgl. *Horstmann*, K.: „Die Wanderungen im Bundesgebiet“, a.a.O., und in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1951/19 „Die Wanderungsbewegung in der Hansestadt Hamburg im Jahre 1950.“

²³ Auf Grund der amtlichen Meldebelege: die Rückkehrwilligkeit der Ende 1950 noch außerhalb Hamburgs lebenden Evakuierten.

²⁴ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1952/30.

Tabelle 16
Zuwanderung und Wanderungsgewinn in Hamburg
von 1947 bis 1952

Jahr/Halbj.	Zuwanderung		Wanderungsgewinn		Gewinn in vH	
					der Halb- jahreswan- derung	der Jahres- wanderung
1947						
1948						
1949						
			} 94 000 ¹			
1950/I	48 341		36 334		75,1	
II	43 590	91 931	29 514	65 848	67,7	71,6
1951/I	35 628		18 784		52,6	
II	37 105	72 733	18 228	37 012	49,2	51,1
1952/I	32 042		12 328		38,5	
II	36 142	68 184	18 337	30 665	50,7	45,0

¹ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1951/19.

Der relative Wanderungserfolg (Verhältnis von Zuzug und Wanderungsgewinn) lag demnach in den Jahren 1950 und 1951 um ein geringes höher als im Lande Bremen (vgl. Tabelle 8); aber der Wanderungsgewinn selbst lag in Bremen höher; gemessen an der Wohnbevölkerung von 1946 betrug er in Hamburg 14 vH, in Bremen dagegen 18 vH.

Besonders stark ist der Wanderungsgewinn Hamburgs aus dem Zuzug von Schleswig-Holstein abgefallen; während im Jahre 1950 die Zuwandernden noch zu fast drei Vierteln als „Wanderungsgewinn“ verblieben, fiel der anteilige Wanderungsertrag bis auf 53 vH im ersten Halbjahr 1952.

Das Zuwanderungsergebnis aus Niedersachsen lag mit 33 700 Personen in derselben Zeitspanne um etwa ein Drittel niedriger. Bemerkenswert ist aber, daß weder ein Rückgang beim Zuzug noch eine so starke Weiterwanderung bei den aus Niedersachsen nach Hamburg kommenden Personen eintrat wie im allgemeinen. So ergibt sich bei abnehmender Höhe des absoluten Gewinns in den untersuchten fünf Halbjahren eine relative Zunahme des Wanderungssaldos gegenüber Niedersachsen.

Von der unmittelbar aus der Sowjetzone und Berlin kommenden Zuwanderung wird Hamburg zum Teil als Durchgangsstation benutzt; durchschnittlich 15 vH des Zuzugs ist weitergewandert. Seit dem zweiten Halbjahr 1950 hat die Abwanderung von Hamburg sich auch bei dieser Gruppe verstärkt.

Die Abwanderung ist vorwiegend nach Nordrhein-Westfalen gerichtet und wird fast zur Hälfte von Flüchtlingen getragen. Zum Teil

setzte auch die zwischen bedeutenden Wirtschaftszentren und Großstädten normale Wanderung wieder ein, die bis Mitte 1951 statistisch nicht erkennbar war, weil sie durch die Rückkehr der „Butenhamburger“ überdeckt wurde.

Der Gewinn an männlichen und jungen Menschen ist auch für das Land Hamburg wertvoll, besonders für den Ausgleich der Kriegsverluste an Männern. Die Zuwanderung hatte bereits vor Beginn aller statistischen Erfassung begonnen, veranlaßt durch die Aktivität der Hafengewirtschaft.

Tabelle 17
Geschlechterproportion im Wanderungsgewinn
des Landes Hamburg vom 1. 1. bis 31. 12. 1952

Jahr/ Halbjahr	Wanderungsbilanz (Zuzug ./ Fortzug)		Wanderungsgewinn an männlichen Personen		
	insgesamt	in vH des Zuzugs	absolut	in vH des Zu- zugs an männ- lich. Personen	in vH. der Wanderungs- bilanz
1950/I	36 334	75,1	17 930	74,5	49,4
II	29 514	67,7	12 465	63,6	42,2
1951/I	18 784	52,6	7 836	46,7	41,7
II	18 228	49,2	6 607	39,2	36,2
1952/I	12 328	38,5	4 413	29,1	35,8
II	18 337	50,7	7 603	45,0	41,4

Die Höhe des Wanderungsgewinns fiel absolut, zugleich auch der Anteil des Wanderungsertrages am Zuzug stark. Um so wertvoller war die anfänglich hohe Gewinnquote an männlicher Bevölkerung; sie fiel jedoch besonders rasch, so daß der „Frauenüberschuß“, der bis zur Volkszählung 1950 durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen zurückgegangen war, besonders bei den 25- bis 45jährigen, wieder zugenommen hat.²⁵

Der Gewinn an Erwerbspersonen²⁶ stellt sich für das Land Hamburg im Durchschnitt weniger günstig dar als für Bremen (vgl. Tab. 18).²⁷

Noch stärker als im Lande Bremen erstreckt sich der Fortzug auf Männer im erwerbsfähigen Alter; daraus resultiert eine verschlechterte Erwerbsquote; im Wanderungsgewinn der Jahre 1950 bis 1952 betrug sie durchschnittlich 45 vH, wobei nur etwa drei Fünftel des Wanderungsgewinns auf Erwerbspersonen männlichen Geschlechts entfielen.

²⁵ Vgl. dazu auch „Der Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1952/30, S. 336/37.

²⁶ „Erwerbspersonen“ — Personen im erwerbsfähigen Alter (vgl. Anm. 16 S. 59).

²⁷ Vgl. Tab. 10 mit 18.

Tabelle 18

Die „Erwerbsquote“ im Wanderungsgewinn des Landes Hamburg vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952

Jahr/ Halbjahr	Wande- rungs- bilanz ins- gesamt	darunter				
		absolut	Erwerbspersonen		männliche Erwerbspersonen	
			in vH des Zuzugs an Erwerbs- personen	in vH der Wande- rungs- bilanz	ins- gesamt	in vH der Wande- rungs- bilanz
1950/I	36 334	18 570	72,8	51,1	12 791	35,2
II	29 514	13 142	61,3	44,6	7 592	25,7
1951/I	18 784	9 116	45,6	48,5	5 006	26,7
II	18 228	6 810	35,6	37,4	3 315	18,2
1952/I	12 328	5 164	27,8	41,8	2 072	16,8
II	18 337	7 698	40,2	41,9	4 266	23,3

Der Anteil von Vertriebenen an der Gesamtwanderung über die Grenzen des Stadtstaates Hamburg und besonders am Wanderungsertrag ist geringer als er für Bremen ausgewiesen wurde.²⁸ Für Heimatvertriebene ergibt sich ein Wanderungsgewinn von rd. 45 100 Personen bei einem Zuzug von rd. 66 000 Vertriebenen in den Jahren 1950 bis 1952.

Tabelle 19

Anteil der Heimatvertriebenen am Wanderungsgewinn des Landes Hamburg vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952

Jahr/ Halbjahr	Wande- rungs- bilanz insgesamt	darunter Heimatvertriebene		
		insgesamt	in vH des Zuzugs an Heimat- vertriebenen	in vH des gesamten Gewinns
1950/I	36 334	10 180	81,7	28,0
II	29 514	10 418	78,0	35,4
1951/I	18 784	6 987	65,0	37,1
II	18 228	7 339	63,7	40,2
1952/I	12 328	4 691	51,7	38,0
II	18 337	5 509	61,6	30,0

Mehr als zwei Drittel der Zuwanderung an Heimatvertriebenen verblieb also im Lande Hamburg; aber es greift augenscheinlich, je länger je mehr auch auf sie der Impuls zur Weiterwanderung über — stärker sogar als im Lande Bremen (vgl. Tabelle 11).

²⁸ Wieder macht sich für die Beurteilung empfindlich störend bemerkbar, daß die aus der sowjetischen Besatzungszone fliehenden Menschen nicht als „Heimatvertriebene“ in der Zählung erfaßt und nachgewiesen werden. Die Aufnahmequote Hamburgs für Flüchtlinge würde sich dadurch nicht unerheblich erhöhen.

Da mehr als ein Drittel des Wanderungszuwachses in Hamburg aus Heimatvertriebenen besteht, ist die Frage nach der „Erwerbsquote“ dieser Gruppe zu stellen:

Tabelle 20

Anteil der heimatvertriebenen Erwerbspersonen am Wanderungsgewinn des Landes Hamburg vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952

Jahr/ Halbjahr	Wanderungsbilanz an Erwerbspersonen				
	insgesamt	in vH des Wanderungsgewinns	darunter heimatvertriebene Erwerbspersonen		
insgesamt			in vH des Gesamtgewinns an Erwerbspersonen	in vH des Wanderungsgewinns an Heimatvertriebenen	
1950/I	18 570	51,1	5 342	28,7	52,4
II	13 142	44,6	4 675	35,6	44,8
1951/I	9 116	48,5	3 585	39,4	51,3
II	6 810	37,4	2 763	40,6	37,7
1952/I	5 164	41,8	2 140	41,4	45,6
II	7 698	41,9	2 453	31,8	44,5

Der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Vertriebenen ist im Vergleich mit dem sonstigen Wanderungsertrag von Jahr zu Jahr angestiegen.

Zwischen dem Altersaufbau der zugewanderten Heimatvertriebenen und der übrigen Einwohnerschaft ist für das Land Hamburg kein Vergleich möglich, weil entsprechende statistische Unterlagen fehlen.

Tabelle 21

Die Gruppen von heimatvertriebenen und sonstigen Bevölkerungsteilen im Lande Hamburg nach ihrer Teilnahme am Erwerbsleben am 13. 9. 1950²⁹

Gliederung der Wohnbevölkerung	Wohnbevölkerung	davon waren in vH			
		Erwerbspersonen	Angehörige ohne Hauptberuf der Erwerbspersonen	Selbständige Berufslose	Angehörige ohne Hauptberuf selbständ. Berufsloser
Heimatvertriebene	115 981	55,6	34,9	7,1	2,4
sonstige Bevölkerung	1 489 625	45,7	36,8	12,6	4,9
Wohnbevölkerung insgesamt	1 605 606	46,5	36,6	12,2	4,7

²⁹ Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes zur „BZ 1 der Länder“ gegenüber dem Statistischen Landesamt Bremen.

Schon am 13. September 1950 war aber zu erkennen, wie stark sich der Zuwachs an Produktivkräften für Hamburg aus dem Flüchtlingsstrom rekrutiert (vgl. Tabelle 21).

Das relative Übergewicht der Erwerbspersonen unter den Heimatvertriebenen konnte sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht nachhaltig auf die soziale Struktur der Gesamtbevölkerung auswirken, weil ihre absolute Zahl nicht groß war. Die inzwischen vollzogene Aufnahme von Heimatvertriebenen und anderen Zuwanderern bedeutet eine weitere qualitative Verbesserung der sozialen Struktur durch Heimatvertriebene.

Tabelle 22

Veränderung der sozialen Gruppen bei der Wanderung nach Hamburg in den Jahren 1950 bis 1952

Gliederung des Wanderungsgewinns	Wanderungsgewinn insgesamt			davon waren in v. H.								
				Erwerbspersonen			selbständig Beruflose			Angehörige von Erwerbspersonen u. selbst. Beruflosen		
	1950	1951	1952	1950	1951	1952	1950	1951	1952	1950	1951	1952
Zuwanderung von Heimatvertriebenen	20590	14326	10200	48,6	44,4	45,1	9,0	11,6	16,2	42,4	44,0	38,7
sonstige Zuwanderung	45258	22686	20465	47,9	42,3	40,3	8,1	11,9	19,0	44,0	45,8	40,7
Wanderung insgesamt	65848	37012	30665	48,2	43,0	41,9	8,4	11,8	18,0	43,4	45,2	40,1

Dabei fiel der Wanderungsgewinn an Heimatvertriebenen unter den Erwerbspersonen 1952 wieder auf ein Drittel des Gesamtzuwachses ab, wie er 1950 (bei mehr als doppelt so hohen absoluten Zahlen), gewesen war. Die Zuwanderung der „selbständig Berufslosen“ hat — wenn auch nicht in dem gleichen Umfang wie bei der übrigen Zuwanderung — zugenommen, was vornehmlich auf die Aktion zur Familienzusammenführung zurückzuführen ist.

c) Vergleichende Zusammenfassung

Die Analyse der Wanderungen über die Landesgrenzen der Stadtstaaten läßt erkennen, daß beide Länder aus dem Zuzug und Verbleib der Heimatvertriebenen Gewinn ziehen konnten. Die Zuwanderung der heimatvertriebenen Flüchtlinge hat den Altersaufbau der Stadtstaaten Bremen und Hamburg im Vergleich mit anderen Großstädten offensichtlich aufzufüllen vermocht. Auch die relative Überbürdung mit Personen über 55 Jahre ist durch die von den Ländern Bremen und Hamburg seit Kriegsende gesteuerte Einschleusung von jüngeren Flüchtlingen weitgehend neutralisiert worden.³⁰

³⁰ In Hamburg wird für die Altersgruppe „über 65 Jahre“ nächst Westberlin die höchste Quote ausgewiesen, nämlich 10,9 vH, in Bremen 10 vH,

Obgleich nach dem September 1950 eine sehr beträchtliche Weiterwanderung eingesetzt hat, erhielt sich die Tendenz zu einer Auffüllung der Bevölkerung mit jugendlichen und erwerbsfähigen Personen, zumal unter den Heimatvertriebenen. Der aus den Fortzügen resultierende Rückgang des Wanderungsgewinns war in Hamburg stärker als in Bremen, auch unter den Heimatvertriebenen.

Eindrucksvoller und wirklichkeitsnäher gestaltet sich der Vergleich, wenn man den Anteil sämtlicher, also auch der aus der sowjetisch besetzten Zone aus politischen Gründen vertriebenen Flüchtlinge darstellt:

Tabelle 23

Anteil der Flüchtlinge am Wanderungsgewinn der Stadtstaaten in der Zeit vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952³¹

Jahr / Halbjahr	Wanderungsgewinn							
	in Bremen				in Hamburg			
	absolut	darunter in v. H.			absolut	darunter in v. H.		
	Heimatvertriebene	Zuwanderer a. d. SBZ	Flüchtlinge insges.		Heimatvertriebene	Zuwanderer a. d. SBZ	Flüchtlinge insges.	
1950 I	8637	33,5	12,1	45,6	36335	28,0	12,1	40,1
II	10193	34,1	14,7	48,8	29514	35,4	18,1	53,5
1951/I	7463	40,1	10,1	50,5	18784	37,1	17,4	54,5
II	7045	43,2	6,2	49,5	18228	40,2	19,7	59,9
1952/I	4635	45,4	14,2	59,6	12328	38,0	20,0	58,0
II	6716	38,6	15,8	54,4	18337	30,0	20,5	50,5

Demnach stammt das Bevölkerungswachstum beider Länder in den Jahren 1950 bis 1952 zunehmend aus den Reihen der Flüchtlinge.³² Es wurde dargelegt, daß dieser Wanderungsertrag überwiegend aus biologisch und ökonomisch produktiven Kräften besteht. Für die Heimatvertriebenen unter den Flüchtlingen ist der Nachweis dafür zu führen:

der Bundesdurchschnitt liegt bei 9,3 vH. Aber bezüglich des durchschnittlichen Anteils von Flüchtlingen in dieser Altersgruppe werden in den Stadtstaaten gerade nach der anderen Seite extreme Werte ausgewiesen: unter den Heimatvertriebenen des Landes Hamburg sind nur 4 vH, in Bremen 4,7 vH über 65jährige, während im Bundesdurchschnitt 7,2 vH auf diese Gruppe entfallen (in Westberlin sogar 11,1 vH). — Vgl. dazu *Horstmann*, K.: „Die alten Leute — Nach Ergebnissen der Volks- u. Berufszählg. v. 13. September 1950“ in *Wirtschaft und Statistik*, Jg. 5, NF/4, S. 154—157.

³¹ Zu den in der amtlichen Wanderungsstatistik ausgewiesenen „Heimatvertriebenen“ wurden die Zuwandernden aus der Sowjetzone (mit Berlin) addiert, ohne Doppelzählung der unter diesen ausgewiesenen Heimatvertriebenen.

³² Anfechtbar mag die Gleichsetzung der aus Berlin zuwandernden Personen mit „Flüchtling“ erscheinen (Westberlin!), doch ist dieses Vorgehen sicher nicht weniger berechtigt als die Feststellung der Flüchtlingeigenschaft nach dem Wohnort vom 1. September 1939.

Wie die Altersstruktur der Heimatvertriebenen in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sich schon am 13. September 1950 von der Altersgruppierung der übrigen Einwohnerschaft unterschied, wird aus untenstehendem Schaubild ersichtlich. Auch wird daran erinnert, daß die Aufnahme der Vertriebenen in den Stadtstaaten nicht etwa entsprechend deren allgemeinem Altersaufbau erfolgte. In beiden Ländern

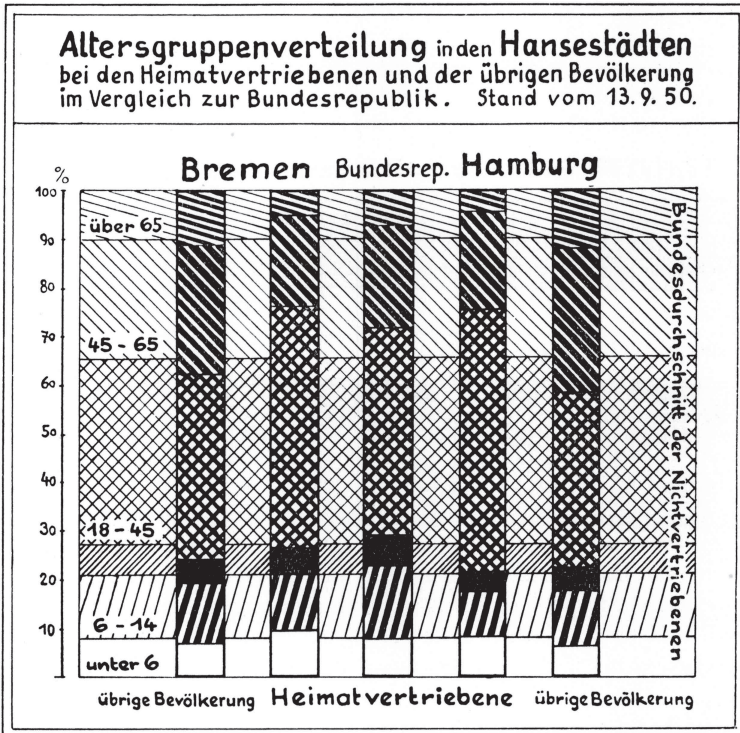


Schaubild 2

hat sich die Altersgliederung der gesamten Zuwanderung in den Jahren 1950 bis 1952 graduell verschlechtert, so daß der Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter zurückging. Nach wie vor aber war der Anteil produktiver Kräfte, den die Heimatvertriebenen stellten, verhältnismäßig hoch. Nicht allein diese sozialbiologische Ergänzung der Wohnbevölkerung ist aus der Zuwanderung von Heimatvertriebenen in die Länder Bremen und Hamburg erfolgt, sondern zugleich erhöhte sich das gesamte Erwerbspotential. Die Auffüllung der mittleren und jugendlichen Jahrgänge brachte eine Entlastung in bezug

auf die Quote der „selbständig Berufslosen“. Zahlenmäßig haben die Stadtstaaten wie andere Länder eine Zunahme in dieser Gruppe ihrer Wohnbevölkerung zu verzeichnen; jedoch liegt der relative Zuwachs unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder.³³ Der Zwang zur Neugründung einer Existenz mag viele Männer veranlaßt haben, über das in der Vorkriegszeit übliche Alter hinaus im Erwerbsleben zu verbleiben. Viele Frauen mögen sich nach dem Verlust von Angehörigen und Vermögen zu eigener Erwerbstätigkeit entschlossen haben. Zu nicht unbeträchtlichem Teil ist die vergleichsweise geringere Zahl von „selbständig Berufslosen“ aber eben das Ergebnis der Aufnahme von Flüchtlingen; sogar die fortschreitende Erhöhung der Invaliditätsquote durch Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen u. a. m. wurde teilweise dadurch überdeckt.³⁴ Die günstige Altersstruktur der Heimatvertriebenen,

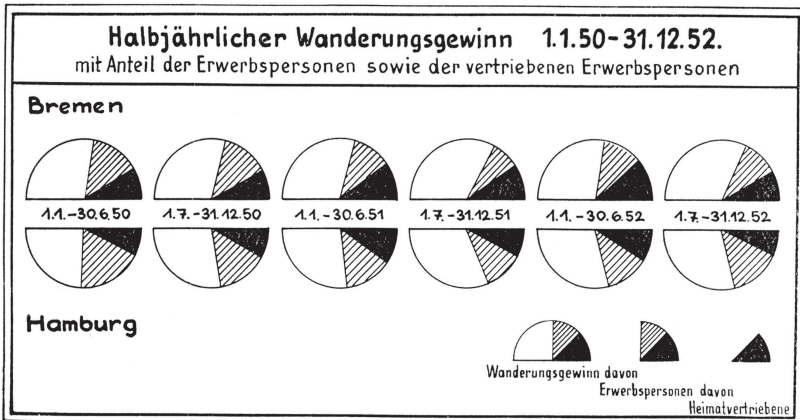


Schaubild 3

³³ Eine Analyse des „beängstigenden Anschwellens der Gesamtzahl selbständig Berufsloser“ gibt *Sobotschinski* für Hamburg in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 52/22, S. 268: „Die Gesamtzahl der selbständig Berufslosen ist im Laufe der letzten 20 Jahre nahezu unabhängig von allen Schwankungen der Einwohnerzahl ständig gestiegen. In fast allen Altersgruppen der Gesamtbevölkerung, vor allem in den entscheidenden älteren Jahrgängen, bietet sich heute ein wesentlich günstigeres Bild als in der Vorkriegszeit. Die günstige Entwicklung wird bei den Männern und Frauen nur in den Altersgruppen durchkreuzt, die unter dem Krieg am stärksten zu leiden hatten.“

³⁴ Vgl. *Hollmann*: „Die Heimatvertriebenen im Lande Bremen ..“ in „Statist. Dienst“-Statist. Landesamt, Bremen-Reihe Bevölkerung I/3/1952, S. 37: „Die höhere Erwerbsquote der Heimatvertriebenen und ihr geringer Anteil an der Rentnerbevölkerung ... geht auf die günstige Altersstruktur der Heimatvertriebenen zurück ... In Hamburg und Nordrhein-Westfalen liegen die Verhältnisse ähnlich, in den ausgesprochenen Flüchtlings-Aufnahmeländern dagegen umgekehrt.“

die in die Stadtstaaten zuwanderten, und die vorangegangene Auslese nach der erwerbswirtschaftlichen Eingliederungschance hat dazu geführt, nicht nur die Erwerbsquote, sondern auch die Erwerbsintensität der Gesamtbevölkerung durch die Zuwanderung der Heimatvertriebenen zu steigern.³⁵ Besonders für das Land Bremen wird das aus vorstehendem Schaubild bestätigt. Die größere Zuwanderung von Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone drückt in Hamburg den Anteil der Heimatvertriebenen am Wanderungsgewinn. Das Schaubild vermittelt zugleich einen Eindruck von den Auswirkungen der Familienzusammenführung auf die Erwerbsintensität der zugewanderten Bevölkerung.

³⁵ Zum Begriff der Erwerbsintensität vgl. Anm. 16 S. 59.

D r i t t e s K a p i t e l

Die erwerbswirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge

Ein Urteil über Vorgang und Erfolg der Assimilation von Flüchtlingen in Wirtschaft und Gesellschaft der Länder Bremen und Hamburg zu gewinnen, ist aus den Unterlagen der amtlichen Statistik außergewöhnlich schwierig.

Auf den Tatbestand des beruflichen Pendelverkehrs über die Ländergrenzen wurde bereits verwiesen. Diese auswärts wohnende Erwerbsbevölkerung (Selbständige wie unselbständige Arbeitnehmer) setzt sich ebenso aus den Reihen der alteingesessenen Bürgerschaft der Hansestädte, wie aus Heimatvertriebenen und Neubürgern zusammen, und Änderungen ihrer Gesamtzahl betreffen die Gruppen keineswegs gleichmäßig. Aus der Merkmalsbestimmung und Erfassungsmethode des Zensus von 1950 ist immerhin ein Bild von der Erwerbstätigkeit der auswärts wohnenden Heimatvertriebenen zu gewinnen;¹ die große Zahl der Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone wird jedoch nicht gesondert von der sonstigen Erwerbsbevölkerung ausgewiesen. Die soziologischen Voraussetzungen für die Aufnahme von Neubürgern aus der Sowjetzone sind in den Hansestädten günstiger als für die Eingliederung Vertriebener aus Ostdeutschland. Die mitteldeutschen Flüchtlinge sind dadurch psychologisch den Heimatvertriebenen gegenüber im Vorteil, daß sie weder durch Erinnerungen an eine „bessere“ Lage in der verlorenen Heimat, noch durch staatliche Zusicherungen auf Umsiedlungs- oder Eingliederungshilfe gehemmt sind, die eigenen Kräfte zu regen. Vor allem sind sie ohne solche Illusionen sofort nach dem Grenzübertritt, nicht erst nach jahrelangem Lagerdasein, an den Neubau der Existenz gegangen. Ein großer Teil von ihnen hatte zudem den unschätzbaren Vorzug vor den fast ausnahmslos landfremden Ost- und Sudetendeutschen, landsmannschaftliche, freundschaftliche oder sogar familiäre Hilfe in der Obdachgewährung zu finden, wie auch Beratung und Unterstützung in wirtschaftlichen Fragen.

Diese „Zuwanderer“ werden in der amtlichen Berufsstatistik aber nicht als Flüchtlinge registriert. Das führt so weit, daß in den Tabellen

¹ Auch dieses Zahlenbild ist ungenau, denn in der Berufszählung werden die beschäftigten Heimatvertriebenen am Wohnort erfaßt, in der Arbeitsstättenzählung und in der Arbeitsmarktstatistik am Arbeitsort.

der Arbeitsstättenzählung ausgewiesen wird, wieviel „Heimatvertriebene“ in den aus der Ostzone verlagerten oder von Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone gegründeten Betrieben tätig waren — aber nicht, ob und wieviele andere Flüchtlinge sie beschäftigen.

Erschwerend für eine Erfassung des Eingliederungsprozesses kommt hinzu, daß es gerade die erfolgreichen Flüchtlinge verstanden haben, ihr Fremd- und Anderssein so schnell wie möglich aufzugeben.² Insbesondere wünschen sie nach den Erlebnissen in der Sowjetzone nicht, über ihr Schicksal befragt zu werden. Auch durch die landsmannschaftlichen Interessenverbände ist weder eine vollständige Übersicht über die Zahl der Flüchtlinge, noch über ihren beruflichen Eingliederungserfolg zu gewinnen.

In welchem Umfang dem Ringen der Flüchtlinge um die verlorene soziale Position bisher Erfolg beschieden war, läßt sich deshalb lediglich für die „Heimatvertriebenen“ zahlenmäßig ermitteln. Es wird ersichtlich, daß nur wenige von ihnen eine ihrem Können entsprechende berufliche Stellung erlangten. Die Auslese beim Zuzug der Vertriebenen bewirkte aber dank zunehmender wirtschaftlicher Gesundung der Länder Bremen und Hamburg eine hohe Ausnutzung des von den Flüchtlingen verkörperten Arbeitspotentials.³

Bevor das Resultat der erwerbswirtschaftlichen Eingliederung von Heimatvertriebenen hinsichtlich deren sozialer Stellung dargestellt wird, sei für den Zeitpunkt der Volkszählung die Verteilung der Heimatvertriebenen auf die Wirtschaftsabteilungen für die Stadtstaaten dargestellt (vgl. nebenstehende Tabelle 24!).

Der Zuwachs von Heimatvertriebenen entspricht also in der Berufsgliederung nicht dem Strukturbild der Gesamtbevölkerung. Besonders bemerkenswert ist der Tatbestand, daß die Wirtschaftsabteilungen Handel-, Geld- und Versicherungswesen sowie Verkehrswesen sich erheblich weniger aufnahmefähig erwiesen haben als alle anderen Sparten, obgleich im Vergleich mit der Wirtschaftsstruktur von 1939 oder besonders von 1925 gerade diese Sparten einen Fehlbedarf hätten vermuten lassen.⁴

² In beiden Stadtstaaten wird berichtet, daß die an die Flüchtlinge gerichteten Aufrufe, zum Nachweis ihrer Zugehörigkeit zur „Vertriebenenbevölkerung“ einen Ausweis anzufordern, erst dann eine Flut von Anträgen hervorgerufen hätten, als Steuerbegünstigung und Wohnraumzuteilung vom Besitz des Ausweises abhängig gemacht wurden.

³ Vgl. *Horstmann, K.*: „Der Umfang der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung ...“, in *Wirtsch. und Statist. NF 1952/9*, S. 355 und *Hollmann*: „Die Heimatvertriebenen im Lande Bremen“ a.a.O., S. 41—42 und 52—53.

⁴ Vgl. im 1. Kapitel, S. 37 ff.

Tabelle 24
Vergleich des Eingliederungserfolgs von Einkommens-
trägern (ohne Angehörige) unter den Heimatvertrie-
benen in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg
am 30. 9. 1950

Wirtschafts- Abteilung	Bremen					Hamburg				
	Gesamte Erwerbs- bevölkerung Einkommens- träger ¹		Heimatvertriebene			Gesamte Erwerbs- bevölkerung Einkommens- träger ²		Heimatvertriebene		
	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	in v.H. der Einkommens- träger der Wirtsch.-Abtg.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	in v.H. der Einkommens- träger der Wirtsch.-Abtg.
Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	8843	3,6	989	4,2	11,1	19268	2,6	1930	3,0	10,0
Industrie und Handwerk	102189	41,5	9932	41,1	9,7	282854	37,9	23025	35,8	8,2
Handel und Verkehr	75913	30,8	5829	24,3	7,6	240611	32,2	16340	25,2	6,7
Offentl. Dienst und priv. Dienstleistung.	57285	23,2	7108	29,5	11,9	180696	24,2	21176	32,8	11,7
ohne Angabe	2020	0,9	239	0,9	11,8	23056	3,1	2021	3,2	8,9
	246250 ³	100	24097	100	9,8	746485	100	64492	100	8,6

¹ Quelle: Berufszählung — Statistisches Landesamt Bremen.

² Quelle: Vgl. „Hamburg in Zahlen“ a.a.O., Jg. 1952/11, S. 175 u. 181.

³ In dieser Zahl sind enthalten 20 892 Erwerbslose (= 8,5 vH), nicht enthalten sind die in die Städte Bremen und Bremerhaven einpendelnden Erwerbstätigen aus Niedersachsen (etwa 33 500 = 13 vH).

1. Die Gründung selbständiger Existenzen durch Heimatvertriebene in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg

Im allgemeinen gilt für Gebiete, in denen Großstädte inmitten einer landwirtschaftlichen Umgebung liegen, daß der Anteil „unabhängiger“ Erwerbspersonen, d. h. der selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, 30 bis 40 vH des bezirklichen Erwerbspotentials ausmache.⁵ Für die meisten Hafenstädte ergibt sich aus der Struktur des wirtschaftlichen Geschehens — und besonders aus der Zuwanderung von Flüchtlingen — ein wesentlich höherer Anteil unselbständiger Erwerbspersonen.⁶ So ist auch die Gründung selbständiger Existenzen in den Stadtstaaten strukturell weniger aussichtsreich als in anderen Großstädten. Die Schicht der nicht abhängigen Erwerbspersonen, also der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen, ist in

⁵ Gem. „Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen in den Ländern..“ — Sonderveröffentlichung des Bundesministeriums für Arbeit in Bonn, 1952 — trifft dies zu für Frankfurt, Bonn, München, Osnabrück u. a. m.; entspr. Statist. Ber. d. Statist. Bundesamts VIII/20/8 vom 25. August 1952.

⁶ Der Anteil der „Selbständigen“ an der Erwerbsbevölkerung liegt in Hamburg mit 14,6 vH, in Bremen mit 14,8 vH und in Bremerhaven mit 12,9 vH nur wenig unter dem von Kiel und Lübeck. (Statist. Ber. VIII/20/8.)

den Jahren 1933 bis 1953 allenthalben in Deutschland geschrumpft. Dieser soziale Umgliederungsprozeß zeichnete sich in den Hansestädten aber bereits um die Jahrhundertwende ab — zunächst (von 1882 bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges) als relativer Abfall unter gleichzeitiger Zunahme ihrer absoluten Zahl,⁷ später (zwischen 1933 und 1953) als entscheidender Einbruch in die Sozialstruktur.⁸

In beiden Ländern gehörten 1950 etwa drei Viertel der unabhängigen Selbständigen als Händler, Freiberufler oder Gewerbetreibende zu den „Alleinschaffenden“ oder zu den „Kleinstbetrieben“ mit weniger als vier Beschäftigten. Nicht einmal 10 vH der Selbständigen besitzen gewerbliche oder landwirtschaftliche Betriebe, die ihrem Format nach allenfalls eine sichere „Existenz“ für den Haushalt des Unternehmers oder Landwirts begründen könnten — also Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten bzw. einer Fläche von mehr als 10 ha.

Mit einer geringen Quote selbständiger Erwerbstätigkeit braucht nicht notwendig eine Verschlechterung der Eingliederungschancen oder gar der Einkommensverhältnisse verknüpft zu sein. Selbst bei Wiederherstellung der ehemaligen Wirtschaftsstruktur wäre in den Ländern Bremen und Hamburg vornehmlich in unselbständiger Stellung eine Aufnahmefähigkeit für zusätzliche Kräfte zu erwarten gewesen.

a) Die Niederlassung selbständiger Flüchtlinge im Lande Bremen

Im Lande Bremen hatten sich bis zum 13. September 1950 insgesamt 1359 Heimatvertriebene als Selbständige⁹ und 159 als mithelfende Familienangehörige eingliedern können. Das waren 6,3 vH aller zu diesem Zeitpunkt in Bremen tätigen heimatvertriebenen Erwerbspersonen; für das Bundesgebiet lautet die entsprechende Meßziffer 14,8 vH.¹⁰

Der Anteil der Heimatvertriebenen an allen Selbständigen in der Landwirtschaft des Landes Bremen betrug nur 1,5 vH: es waren damals nur 15 Landwirte gezählt worden, von denen elf einen mittleren Betrieb (über 10 ha) bewirtschafteten.¹¹ Bis Ende 1952 hat

⁷ Vgl. *Baumann*, F. S.: „Die Bevölkerung Hamburgs — Berufstätigkeit, Handel, Industrie, Einkommen, Vermögen, Wohnungs- und Lebensmittelbedarf“, Hamburg 1919.

⁸ Vgl. *Sobotschinski*: „Soziale Gruppen in der Hansestadt Hamburg“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 1952/16, S. 220—221.

⁹ Gem. BZ/Bremen, a.a.O., Tab. B 2: „Die in der Berufszählg. erfaßten Selbständigen sind zugleich auch „Erwerbstätige“. Sie führen also nach der Zuwanderung in den Stadtstaaten tatsächlich eine selbständige Existenz.

¹⁰ Vgl. Statist. Berichte, a.a.O., v. 25. August 1952, sowie Anmerkung.

¹¹ Vgl. Statist. Mitteilg. Bremen, Sonderheft 4, „Volks- u. Berufszählung im Lande Bremen“, Tab. B 1a und B 1b.

sich die Zahl der Flüchtlingsbauern auf 53 erhöht;¹² unter ihnen hatten 34 eine Stelle von mehr als 10 ha Größe. Auch Nebenerwerbsstellen sind für das „vertriebene Landvolk“ geschaffen worden — in namhaftem Umfang aber auch erst nach der Volkszählung. Ihre Zahl betrug Ende 1952 insgesamt 166.

Unter den selbständigen Heimatvertriebenen, die nichtlandwirtschaftliche Betriebe führten, waren etwa zwei Drittel „alleinschaffende“, und nur 10 vH dieser nichtlandwirtschaftlichen Flüchtlingsbetriebe hatten mehr als vier Beschäftigte. Daß mit der „Selbständigkeit“ für die erwerbswirtschaftliche Existenzsicherung nur wenig gewonnen ist, wird aus einer Betrachtung der Branchenzugehörigkeit deutlich:

Tabelle 25
Selbständige in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben im Lande Bremen³ am 13. 9. 1950

Wirtschaftsabteilung	Alleinschaffende		Kleinstbetriebe 2 - 4 Beschäftigte		Mittelbetriebe 5-49 Beschäftigte		Großbetriebe 50 Besch. u. mehr	
	insges.	darunter Heimat- vertrieb.	insges.	darunter Heimat- vertrieb.	insges.	darunter Heimat- vertrieb.	insges.	darunter Heimat- vertrieb.
Tierzucht, Gärtnerei und Fischerei	191	7	260	7	58	1	10	—
Steine und Erden, Energiewirtschaft ..	26	2	16	1	39	2	5	—
Eisen- u. Metall- erzeugung u. -ver- arbeitung	527	29	453	16	420	7	44	—
Sonst. verarbeitend. Gewerbe	2464	137	1614	61	1091	37	91	5
Bau, Ausbau- und Hilfsgewerbe	991	54	957	33	822	33	76	3
Handel, Geld und Versicherungen	6232	365	4241	151	1853	48	63	2
Verkehrswesen	800	37	468	33	181	7	20	1
Dienstleistungen	1797	70	1139	41	336	8	14	1
Selbständige	13028	701	9148	343	4800	143	323	12
Heimatvertr. in vH		5,9		3,8		3,0		3,7

Der Anteil der Heimatvertriebenen an den Selbständigen in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben liegt in sämtlichen Betriebsgrößenklassen über 3 vH, nur in den Einzelbetrieben reicht er an 6 vH heran. Diese Durchschnittssätze sagen noch nicht genügend aus über die relative Häufigkeit, mit der Heimatvertriebene als Selbständige in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen vertreten sind.

¹² Vgl. 3. Jahresbericht der Vertriebenenbank, Tab. 9 und 10.

Allein 70 vH der Flüchtlingsbetriebe gehörten zum Handel; mit Ausnahme von 95 Firmen des Groß-, Ein- und Ausfuhrhandels waren es in der Mehrzahl Ein-Mann-Betriebe, nämlich Handelsvertreter- und Einzelhandelsgeschäfte.

Im „Verarbeitenden Gewerbe“ gehörten mehr als die Hälfte der Betriebe dem Bekleidungs- und Lederverarbeitungsgewerbe an; daneben waren einige Bäckerei- und Fleischereibetriebe sowie Holzverarbeitungsbetriebe durch Flüchtlinge eröffnet worden. Auch im privaten Dienstleistungsgewerbe konnten sich einige Flüchtlinge durchsetzen, im Friseur- und Schankgewerbe und auch maßgeblich mit Großwäscherei und chemischer Reinigung. Schließlich interessiert noch der Tatbestand, daß fast 100 Flüchtlinge im Bau- und Ausbaugewerbe selbständige Existenz suchten und während der günstigen Baukonjunktur so erfolgreich tätig waren, daß sie 3 vH der in diesem Gewerbe beschäftigten Personen auf sich konzentrierten.

Die Prüfung der Branchengliederung für Ende 1952 zeigt,¹³ daß von 18 Industriebetrieben der Heimatvertriebenen fünf zur Textil- und Bekleidungsindustrie gehörten (von 15 der Zuwanderer aus der sowjetisch besetzten Zone waren es zehn Betriebe). Auch im übrigen herrschen die Konsumgüterindustrien vor, besonders auch je ein aus Stettin und Leipzig nach Bremen verlagertes Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie. Zahl und relative Bedeutung der Flüchtlings-Industrie sind seit 1950 nicht wesentlich verändert; zufolge Konkurs und Todesfällen schieden einzelne Kleinbetriebe aus, doch wurden andere dafür neu eröffnet.

Industrielle Flüchtlingsbetriebe von einiger Bedeutung bestanden zufolge der Arbeitsstättenzählung¹⁴ im Lande Bremen nur zwei, und zwar ein Werftbetrieb in Bremerhaven und ein Werk des Elektroapparatebaus in der Stadt Bremen. Beide Betriebe haben bis Ende 1952 ihre Belegschaft vergrößern können.

¹³ Jahreszusatzerhebung „Beschäftigte in der Industrie“ zum 31. Dezember 1952, Statist. Landesamt Bremen.

¹⁴ Vgl. *Hempel*: „Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten...“, a.a.O., S. 72—75. „Es ergibt sich zwischen Arbeits- und Berufszählung eine in diesem Zusammenhang störende Überschneidung der Begriffe: In der Arbeitsstättenzählung wurden als „Flüchtlingsbetriebe“ nicht nur alle Unternehmungen gezählt, deren Inhaber Heimatvertriebene waren, sondern außerdem auch solche Unternehmungen, in denen 50 vH der Inhaber den Flüchtlingsausweis besaßen.“ —

Daß es möglich ist, mehr Flüchtlingsbetriebe als selbständige Flüchtlinge zu erfassen, erklärt sich aus dem Tatbestand des Unterschieds zwischen Wohn- und Arbeitsstätte. Hinzu mag kommen, daß „Firmeninhaber“ als Angestellte ihrer eigenen Firma von der Berufszählung als „unselbständig“ tätig erfaßt werden, z. B. wenn für den Flüchtlingsbetrieb die Rechtsform der GmbH gewählt wurde.

Den Flüchtlingsunternehmungen ist in Bremen bereits vor Inkrafttreten der bundeseinheitlichen Regelung über die „Existenz-Aufbauhilfe“ durch Kreditgewährung aus Eigenmitteln des Bremer Haushalts und der Bremer Kreditinstitute Unterstützung zuteil geworden. Allerdings hat diese Vorfinanzierung nur stattgefunden, wenn die Kreditinstitute die Pläne nach ihren banküblichen Grundsätzen als förderungswürdig ansahen. Seitens der Verwaltung bestand Interesse daran, durch die Hereinnahme von Flüchtlingsbetrieben eine Auflockerung der einseitigen Industriestruktur zu erreichen. Angesichts der nicht unbeträchtlichen Bemühungen des Wirtschafts-Senats, den Zuzug von neuen Gewerbebetrieben und vor allem von neuartiger Fertigung zu fördern, will das Resultat nicht recht befriedigen: 33 Industriebetriebe, die in der Hand von Heimatvertriebenen oder anderen Flüchtlingen waren und diesen eine selbständige Existenz gewähren, konnten keine wesentliche Veränderung des bremischen Industriepotentials bewirken.

Auch im H a n d w e r k war die Möglichkeit zu selbständiger Niederlassung für Flüchtlinge begrenzt. — Der Anteil von Flüchtlingsbetrieben betrug 1949 im Handwerk 2,4 vH aller Betriebe und entsprach somit dem damaligen Anteil der Vertriebenenbevölkerung an der Gesamteinwohnerschaft des Landes Bremen (näherungsweise 3 vH).¹⁵ Das Bauhandwerk zeigte sich zu jener Zeit begreiflicherweise am aufnahmefähigsten; daneben waren auch ins Bekleidungs- und Textilhandwerk und in die Eisen-, Metall- und Holzverarbeitung Flüchtlinge als selbständige Handwerksmeister erfolgreich eingedrungen. Im Nahrungsmittelhandwerk bestanden nur sieben Flüchtlingsbetriebe! Die Gesamtzahl der Flüchtlingsbetriebe (149) und der im Handwerk selbständig und unselbständig beschäftigten Heimatvertriebenen und Zuwanderer (3930 = 9,5 vH) erscheint gering angesichts der mit der Zuwanderung vergrößerten Auftragsdecke im Reparatur- und Dienstleistungshandwerk. Nur 53 Flüchtlingsbetriebe waren 1949 bereits zu einer Belegschaft von mehr als fünf Köpfen angewachsen; dagegen gab es 84 Ein-Mann-Betriebe. Bemerkenswert ist, daß in den Handwerkszweigen, in denen Kapital- und Raummangel einer selbständigen Niederlassung von Flüchtlingen entgegenstehen, etwa im Nahrungsmittelhandwerk, auch die Zahl der beschäftigten Vertriebenen und Zuwanderer weit unter Durchschnitt liegt.

Die hier gebrachten Zahlen sind zweifellos überholt. Die in ihnen

¹⁵ Die AZ 1950 bringt keinen Nachweis der Handwerksbetriebe nach Zugehörigkeit der Betriebsinhaber zur Flüchtlings- oder zur Stammbevölkerung. Auch eine Sondererhebung des Statist. Landesamtes Bremen, die über die Auswirkungen der Gewerbefreiheit im Bremer Handwerk Unterlagen erbrachte, hat keine Unterscheidung zwischen Neugründungen durch Flüchtlinge oder durch sonstige Handwerker getroffen.

zum Ausdruck kommenden Relationen bestehen aber nach wie vor: es ist Flüchtlingen nur in Ausnahmefällen möglich, im handwerklichen Sektor Platz zu finden. Das mag nicht allein in der teilweisen Übersetzung des Handwerks begründet sein oder im Rückgang seiner gesamtwirtschaftlichen Position, sondern z. T. auch in der darauf beruhenden Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung für die Neugründung.

Außerhalb der gewerblichen Wirtschaft haben sich Flüchtlinge auch im Freiberuf selbständig niedergelassen, so z. B. mit Architektur- und Baubüros, im Versicherungswesen, als Künstler und Forscher, in der Rechts- und Wirtschaftsberatung, als freiberufliche Lehrer u.a.m. Von diesen 157 Selbständigen haben nur wenige eine ihrer früheren beruflichen Position angemessene Betätigung; die meisten sind selbständig, weil sie keine Anstellung fanden. Anders ist es dagegen in den Dienstleistungsgewerben; als selbständige Taxiführer und Bootsbesitzer, mit Friseur- und Kosmetiksalons, sowie als Pächter oder Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften sind eine größere Reihe von Heimatvertriebenen erfolgreich gewesen. In diesen Sparten bewährten sich besonders der starke Familienzusammenhalt und auch die landsmannschaftliche Einsatzbereitschaft unter den Heimatvertriebenen, die dadurch einen Leistungsvorsprung vor eingesessenen Konkurrenten gewinnen.

b) Die Niederlassung selbständiger Flüchtlinge im Lande Hamburg

Im Lande Hamburg waren zum Zeitpunkt der Volkszählung von 100 Erwerbstätigen 17,3 Selbständige oder mithelfende Familienangehörige, und zwar:

	Selbständige	Mithelfende	zusammen
erfaßt in der Zählung nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsstätten	94 147	24 861	119 008
ausgewiesen in der Berufszählung insgesamt ¹	91 449 ¹	17 300	108 749

¹ in der „Zählung nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsstätten“ sind Doppelzählungen und Einbeziehung der auswärts wohnenden Erwerbspersonen unvermeidlich.

Unter den im Lande Hamburg in den Wirtschaftszweigen Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Gärtnerei tätigen Erwerbspersonen (14 913) waren 34,3 vH als Inhaber oder Mithelfer in unabhängiger Stellung. Unter den 1930 Heimatvertriebenen, die dieser Berufsordnung zugehörten, waren 42 als Landwirte, vier als Tierzüchter, 23 als Gartenbauer und einer im Forstberuf selbständig, von allen berufszugehörigen Vertriebenen also 36 vH. Dieser Wirtschaftszweig bot bereits 1950 ein relativ günstiges Bild; bis Ende 1952 konnten im Lande Hamburg dank der Finanzierungsmöglichkeiten des Flüchtlings-Siedlungs-Ge-

setzes insgesamt 94 Siedlerstellen geschaffen werden,¹⁶ davon hatten 20 Betriebe mehr als 10 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, nur 23 gelten als Vollerwerbsstellen.

Relativ weniger erfolgreich waren die Bemühungen um eine selbständige Existenz in der gewerblichen Wirtschaft. Die Gesamtzahl der selbständigen Heimatvertriebenen betrug ähnlich wie in Bremen nur 3,9 vH sämtlicher selbständiger Erwerbspersonen im Lande Hamburg. Auch der Anteil mithelfender Vertriebener in Arbeitsstätten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft — also vor allem im Einzelhandel und Handwerk — beträgt nur 3,5 vH der insgesamt mithelfenden Familienangehörigen. Die Zahl der Familienbetriebe ist also erheblich geringer als bei der ansässigen gewerblichen Bevölkerung.

Tabelle 26

Die Selbständigen in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben im Lande Hamburg nach Wirtschaftsabteilungen und der Anteil der Heimatvertriebenen unter ihnen am 13. 9. 1950¹⁷

Wirtschaftsabteilung	Alleinschaffende		Kleinstbetriebe 2 - 4 Beschäftigte		Mittelbetriebe 5-49 Beschäftigte		Großbetriebe 50 Besch. u. mehr	
	Selbständige insges.	darunter Heimat- vertrieb. in vH	Selbständige insges.	darunter Heimat- vertrieb. in vH	Selbständige insges.	darunter Heimat- vertrieb. in vH	Selbständige insges.	darunter Heimat- vertrieb. in vH
Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei, Fischerei	635	3,1	538	1,0	1588	0,9	4	—
Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden, Energie	52	—	66	0,5	92	0,7	13	—
Eisenerzeugung und -verarbeitung	1297	3,7	1301	2,9	1391	1,4	222	0,2
Sonstige. verarbeit. Gewerbe	5864	4,4	4284	3,6	3269	2,7	324	0,2
Bau und Bauhilfsgewerbe	2461	4,1	2403	3,9	2286	3,5	234	0,3
Handel, Geld und Versicherung	17621	4,9	15842	3,2	5870	3,0	269	0,2
Private Dienstleistungen	5281	4,1	3634	2,5	1349	2,3	69	—
Verkehrswesen	2561	2,6	1736	7,8	789	3,3	69	—
Dienstleistungen im öffentl. Interesse ..	2899	6,8	2372	5,8	668	4,2	8	—
Selbständige	38671	4,6	32176	3,7	17302	2,7	1212	0,2

¹⁶ Nach 1950 hat die Zahl der Flüchtlingsbauern nicht so viel zugenommen wie in Bremen (vgl. S. 78).

¹⁷ Gem. BZ/Hamburg/1, Tabellen 1 und 3.

Die Verteilung der Selbständigen auf die einzelnen Wirtschaftszweige und die verhältnismäßige Beteiligung der Heimatvertriebenen kann als Symptom für die Wirkungsmöglichkeit eigener gewerblicher Betätigung angesehen werden, die verhältnismäßig noch geringer ist als in Bremen (vgl. Tabellen 25 und 26!).

Abgesehen von den Alleinschaffenden sind die Vertriebenen in selbständiger Stellung beim gewerblichen Sektor mit einer Quote von maximal 3 vH beteiligt. Diese kommt durch die Niederlassung von Heimatvertriebenen in einigen ohnehin übersetzten Dienstleistungsberufen zustande: 166 selbständige Ärzte, 119 Angehörige des Rechts-, Wirtschaftsberatungs- und Sachverständigenwesens, 32 selbständige Lehrer, 75 freiberufliche Wissenschaftler und 76 frei schaffende Künstler wurden gezählt. Die meisten haben mit der Niederlassung noch keine „selbständige Existenz“; viele schlagen sich in unermüdlicher Arbeit und bei kargster Lebensweise selbständig durch in der Hoffnung, am Ende doch eine Anstellung zu finden. Wie in Bremen und Bremerhaven haben die Flüchtlinge im privaten Dienstleistungsgewerbe (Gastwirtschaften, Friseure usw.) und in den Verkehrsberufen (Bootsverleih, Taxi u. a. m.) verhältnismäßig besser Eingang gefunden als in der Industrie.

Im September 1950 bestanden 2987 Flüchtlingsunternehmungen in Form des Ein-Mann-Unternehmens oder der Personengesellschaft.¹⁸ Darunter waren 1424 Arbeitsstätten des Handels mit einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 3,9 Personen. Setzt man von der Gesamtzahl der Flüchtlingsgründungen diejenigen ab, die nicht der Sparte Handel und Verkehr angehören und die auch nicht der Dienstleistung gewidmet sind, so verbleiben 1035 dem produktiven Gewerbe gewidmete Flüchtlingsbetriebe, von denen etwa zwei Fünftel handwerklich und drei Fünftel industriell organisiert sind. 102 Betriebe mit einer mittleren Belegschaft von sieben Köpfen gehörten der Eisenbe- und -verarbeitung an. Gut entwickelt hatten sich Flüchtlingsbetriebe der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Im sonstigen Verarbeitungsgewerbe lag die durchschnittliche Beschäftigtenziffer bei 6,8 Personen je Betrieb, gedrückt durch die kleinen Belegschaften in den Arbeitsstätten des Textil- und Bekleidungsgewerbes und in den Nahrungsmittelbetrieben der Flüchtlinge.

Nur 50 Betriebsgründungen von Heimatvertriebenen sowie 69 Betriebe von aus der Sowjetzone zugewanderten Flüchtlingen haben sich als Industriebetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von mehr als zehn Personen behauptet; vornehmlich gehören sie den Sparten der Konsumgüterindustrie an (76 Betriebe mit zusammen 2766 Beschäftigten).

¹⁸ Vgl. AZ/Hamburg, Tabelle 7 nach AZ 9.

Sieben Vertriebenen- und zwölf Zuwandererbetriebe der Investitionsgüterindustrie haben für die hamburgische Wirtschaft Bedeutung erlangt, über die Lohnzahlungen an rd. 1800 Beschäftigte hinaus durch ihren beachtlichen Inlands- und Auslandsumsatz im Maschinenbau und in der Elektroindustrie.

Die Zahl von Handwerksbetrieben, die im Lande Hamburg bis zum September 1949¹⁹ durch Heimatvertriebene gegründet wurden, ist nur etwa doppelt so hoch wie die Bremens, das ohnehin einen stärkeren Handwerksbesatz hat.²⁰

Allein im Bauhandwerk und in den Textil- und Bekleidungsindustrien konnten Heimatvertriebene und sonstige Flüchtlinge sich durchsetzen, seltener in den eisen- und metallverarbeitenden Handwerken. In den Handwerksgruppen schwankt der Anteil der Flüchtlingsbetriebe zwischen 0,5 und 2,5 vH und liegt im Durchschnitt bei 2 vH. Die Zahl der in die Handwerksrolle eingetragenen Flüchtlingshandwerker hatte sich auf Grund von Kreditzusagen bis Ende 1950 gegenüber 1949 um etwa 200 Betriebe vermehrt;²¹ zum größeren Teil wurde die Wiedereintragung von in Mittel- und Ostdeutschland verlorenen Betrieben beantragt. Als unmöglich gilt es, daß Handwerksbetriebe mit größerem Raumbedarf, wie z. B. im Nahrungsmittelhandwerk, von Flüchtlingen errichtet werden könnten. Solche Betriebe müßten den allenfalls gewährten Kredit für die Schaffung von Werkräumen investieren und hätten dann keine Mittel mehr frei für die Beschaffung der erforderlichen Materialien und Apparate.

c) Vergleichende Zusammenfassung

Die Gründung selbständiger Existenzen durch Vertriebene ist offensichtlich in der Millionenstadt schwieriger als in den Städten Bremen und Bremerhaven, was bereits 1950 zu erkennen war (vgl. umstehende Tabelle 27!).

Es sei nochmals erinnert, wie gering insgesamt der Anteil von „Selbständigen“ und „mithelfenden Familienangehörigen“ in den Stadtstaaten ist.²² Daß die Heimatvertriebenen unter ihnen bis 1950 nur in sehr kleiner Zahl vertreten waren, ergab sich außerdem auch aus der Handhabung des Zuzugrechts, das die Angehörigen von Mangelberufen

¹⁹ Totalerhebung: Das Handwerk — 30. September 1949; vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1950/11.

²⁰ Vgl. Wirtschaftsstruktur des Landes Bremen, S. 18 ff.

²¹ Die Zahlen aus der Zählung von 1949, die aufbereitet vorliegen, können hier kaum noch angezogen werden, da sich im Handwerk seither wesentliche Verschiebungen, und zwar zu Ungunsten der kleinen Betriebe, vollzogen haben. Es steht zu befürchten, daß unter den stillgelegten Handwerksbetrieben zum nicht geringen Teil Flüchtlingsbetriebe waren.

²² Vgl. oben S. 77 und 82.

für die Übernahme unselbständiger Arbeit begünstigte. Sicher ist das zum Teil aus der Struktur des Standorts erklärlich und aus den darauf beruhenden Entscheidungen der Länderregierungen bzw. der Verwaltungen in Fragen der Flüchtlingspolitik.

Tabelle 27

Der Anteil von Selbständigen an den Einkommens-trägern unter den Heimatvertriebenen in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg am 13. 9. 1950

Wirtschaftsabteilung	Bremen		Hamburg	
	Heimatvertriebene insgesamt	darunter heimatvertriebene Selbständige in vH	Heimatvertriebene insgesamt	darunter heimatvertriebene Selbständige in vH
Land- und Forstwirtschaft und Fischerei ..	989	0,3	1 930	1,6
Industrie und Handwerk	9 932	4,2	23 025	3,5
Handel und Verkehr ..	5 829	11,0	16 340	3,9
Öffentl. Dienst u. private Dienstleistung	7 108	3,7	21 176	4,3
Ohne Angabe	239	—	2 021	—
	24 097	5,6	64 492	3,8

Offensichtlich fehlte es besonders in Hamburg häufig an der Starthilfe, deren die Heimatvertriebenen, die nicht nur des Kapitals, sondern auch ihrer kaufmännischen Beziehungen beraubt sind, unerlässlich bedurft hätten.²³ Die Jahre 1948 bis 1951 waren für die Betriebsgründung nicht ungünstig; dank dem Aufbauwillen der Stadtstaaten und unter den Auswirkungen des Korea-Booms konnte sich ein Teil der ostdeutschen Unternehmer in Bremen und Hamburg neu etablieren. Im Mittsommer 1951 hat die Auslese eingesetzt, die die Flüchtlingsbetriebe in allen Branchen härter traf als ihre westdeutsche Konkurrenz, weil sie weder über offene noch über stille Reserven verfügte.

Im Lande Bremen bestand seitens der Wirtschaftsverwaltung lebhaftes Interesse daran, durch die Hereinnahme von Flüchtlingsbetrieben branchenmäßig eine Ergänzung zu der auf Schifffahrt und Hafen ausgerichteten Industrie zu erreichen. Durch Kredithilfe und Landesbürgschaften,²⁴ durch Zuweisung von Betriebsgelände und Wohnraum wurden die Flüchtlingsunternehmer nach Kräften unterstützt.

²³ Vgl. dazu *Albers, W.*: „Die Kapitalausstattung der Flüchtlingsbetriebe“ — Kiel 1952 und *Edding, F.*: „Offene Fragen der Vertriebeneneingliederung“ in „Der Arbeitgeber“ vom 15. Februar 1953.

²⁴ Vgl. oben S. 81 und unter *V.*, S. 129.

In Hamburg herrschte dagegen in der Verwaltung die Tendenz vor, durch Ausbau bestehender, gut renommierter Firmen mit geringerem Kapitalaufwand eine größere Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen und auf diese Weise die Eingliederung von Arbeitskräften — Einheimischen wie Vertriebenen — zu fördern. Von etwa 1000 heimatvertriebenen Unternehmern des Handels und der Industrie, die sich im Laufe der Jahre in Hamburg niedergelassen hatten, sind 120 weitergewandert und nur 463 noch in Hamburg selbständig geblieben.²⁵

Die Abwanderung von Industriebetrieben aus Hamburg betraf nicht nur Flüchtlingsgründungen. In der Zeit zwischen der Währungsreform und dem Ende des Jahres 1952 wurden etwa 40 größere Industriewerke (mit rd. 3300 Beschäftigten) aus Hamburg heraus verlagert,²⁶ zum Teil veranlaßt durch das stark überhöhte Niveau der Tariflöhne. Betriebe mit lohnintensiver Fertigung, die ihren Sitz — dem Lohngefälle folgend — nach Schleswig-Holstein oder Niedersachsen verlagerten, konnten dort die Arbeitskosten um 12 bis 15 vH senken.²⁷ In anderen Fällen folgten die Unternehmer der Abwerbung durch Kreditangebote und Steuerbegünstigungen von Hamburg in andere Länder. Der Mangel an Betriebsgelände oder -gebäuden und hohe Grundstückspreise verstärkten den Druck zur Abwanderung.

Tabelle 28
Die industriellen Vertriebenen-Betriebe
nach Branchen (Ende 1952)²⁸

Wirtschaftsabteilung	Bremen	Hamburg
Grundstoffverarbeitung	—	1
Steine und Erden	3	5
Eisen- und Metall- Be- und Verarbeitung	10	17
Chemie	6	12
Feinkeramik	1	—
Holz, Papierverarbeitung u. Druck .	3	19
Leder, Gummi, Kunststoff u. a. . .	4	3
Textil und Bekleidung	5	18
Nahrungs- und Genußmittel	13	34
industrielle Vertriebenen-Betriebe .	45	109

²⁵ Auskunft der Organisationen „Heimatvertriebene Wirtschaft“ in Hamburg und Bremen und des IOB (Interessengemeinschaft Ostzonaler Betriebe eV), Hamburg.

²⁶ Vgl. „Hamburgs Wirtschaft ...“, a.a.O., Jg. 1951, S. 102 und Jg. 1952, S. 97.

²⁷ Vgl. Bericht der Handelskammer Hamburg über das Jahr 1952, S. 104.

²⁸ Vgl. 3. Jahresbericht (Geschäftsjahr 1952) der Bank für Vertriebene und Geschädigte, Tabelle 12.

Diese verschiedenartigen Voraussetzungen brachten in beiden Ländern einen nach Branchen- und Beschäftigtenzahl sehr unterschiedlichen Gründungserfolg für industrielle Vertriebenen-Unternehmungen. Schon ihre Gesamtzahl zeigt an, daß die Entwicklungsmöglichkeiten in beiden Ländern verschieden günstig waren; auch in der Branchengliederung kennzeichnet sich das, besonders im Vergleich mit der strukturellen Gliederung der Gesamtindustrie (vgl. Tabelle 28).

Diese Zahlen wirken besonders niedrig, wenn man sie mit den Angaben vergleicht, die zur Frage von Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Berufszählung vom September 1950 gewonnen wurden und bei denen als Selbständige in gewerblichen Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten in Bremen 155 und in Hamburg 469 Vertriebene ausgewiesen wurden.²⁹

Im ganzen aber ist das Ergebnis der Existenzgründung durch heimatvertriebene Landwirte, Industrielle, Kaufleute, Handwerker und Freiberufler in den Hansestädten nicht nur als Erfolg der erwerbswirtschaftlichen Eingliederung dieser Flüchtlinge zu sehen — also unter sozialpolitischem Aspekt. Vielmehr bedeutet jede selbständige Vertriebenen-Existenz eine Bereicherung des hanseatischen Wirtschaftsgefüges: in ihrer Gesamtheit sind sie ein Faktor, von dem die Beschäftigung einer großen Zahl unselbständiger Erwerbspersonen abhängt und die dem Kapitalmarkt, dem Steueraufkommen, dem Verkehrsaufkommen Auftrieb geben. Wenn berücksichtigt wird, daß von den Flüchtlingen aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet in beiden Ländern entsprechende, wenn nicht zahlenmäßig noch größere Erfolge bei der Gründung selbständiger Existenzen erzielt wurden, so ist auch der zahlenmäßig bescheidene Eingliederungserfolg der Selbständigen nicht zu unterschätzen.

2. Die Existenzgründung für Flüchtlinge in abhängiger Stellung in den Ländern Bremen und Hamburg

Die durch Kriegszerstörungen und Nachkriegsbelastungen entstandenen Einbußen in der Arbeitsplatzkapazität der Hansestädte hatten zur Folge, daß die wirtschaftliche Eingliederung der unselbständigen Erwerbspersonen unter den Flüchtlingen nur stockend vor sich ging. Es wurde bereits ausgeführt, daß auch nach Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen Ende 1952 die Beschäftigtenzahlen der Vorkriegszeit im Schiffbau der Hansestädte noch nicht wieder erreicht waren und daß auch andere Industriezweige, wie z. B. die Holzverarbeitung und die Fischindustrie und der Wirtschaftszweig der See- und Küsten-

²⁹ Vgl. Tabellen Nr. 25, S. 69; Nr. 26, S. 83; Nr. 27, S. 86.

schiffahrt hinsichtlich ihrer Beschäftigungszahlen noch beträchtlich unter dem Stand von 1939 lagen. Die neu gegründeten Betriebe in anderen Industriezweigen haben das bei weitem nicht ausgeglichen.³⁰

Diese Minderung des Wirtschaftspotentials wirkt sich nicht in vollem Umfang auf dem Arbeitsmarkt aus, weil die Zahl der Erwerbspersonen in beiden Ländern zurückgegangen ist — und zwar relativ stärker als die der Wohnbevölkerung.³¹ Die „Erwerbsintensität“³² der Bevölkerung fiel in folgendem Umfang ab:

Tabelle 29
Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung³³

im Gebiet	Wohnbevölkerung (in 1000)		Erwerbspersonen (in 1000)				
	1939	1950	insgesamt in 1000	in vH der Wohnbevölkrg.	insgesamt in 1000	in vH der Wohnbevölkrg.	darunter Erwerbsintensität d. Heimatvertrieb.
Bremen	556,0	558,6	246,2	50,1	246,2	44,1	50,0
Hamburg	1 698,4	1 605,6	824,8	48,9	746,5	46,5	55,6
Bundesgebiet	39 338,0 ¹	47 695,7	20 338,0 ²	51,7	22 074,0	46,3	42,5

¹ Zahlen entnommen aus WuSt. lfd. Nr. des 3. u. 4. Jg. (1951 u. 1952).

² Zahlen entnommen aus Statist. Berichte VIII/8/3 vom 2. Oktober 1950.

Das Nachlassen der Erwerbsintensität war in beiden Stadtstaaten groß — in Bremen sogar stärker als im Bundesdurchschnitt. Es ist aber nachgewiesen worden, daß dies durch eine außergewöhnlich tiefgreifende Umschichtung zwischen den sozialen Gruppen der Selbst-

³⁰ Aus der Denkschrift über die wirtschaftliche Lage im Lande Bremen vom 21. Juli 1953 (hergeg. vom Senat), S. 13 ff. geht hervor, daß die Beschäftigtenzahlen in der gesamten Industrie des Landes Bremen noch Ende 1952 um 20 000 unter denen von 1938 lagen, und daß ferner die Zahl der in der „See- und Küstenschiffahrt“ tätigen Personen von 1939 auf 1950 um 75 vH gesunken ist (von 21 200 auf 4400). Die Beschäftigtenzunahme in der Zeit von 1950—1952 wurde vor allem von den verschiedenen Sparten des Handels, z. T. auch von der Werftindustrie und ihren Hilfsindustrien getragen. Entsprechendes wird in den Berichten der „Behörde für Wirtschaft und Verkehr“ über die Jahre 1951 und 1952 für Lage und Entwicklung des Hamburgischen Arbeitsmarktes mitgeteilt.

³¹ Vgl. dazu Sonderveröffentlichung des Bundesmin. f. Arbeit „Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen . . .“, a.a.O., S. 12 in Verbindung mit Statist. Ber. ArbeitsNr. VIII/20/8 v. 25. August 1952.

³² Zum Begriff der Erwerbsintensität vgl. Anm. 16, Seite 59. Es handelt sich hier um einen Begriff, mit dem das Verhältnis von Erwerbstätigen resp. arbeitswilligen Erwerbspersonen zur Wohnbevölkerung gekennzeichnet werden soll — nicht um die Beziehung zwischen der in erwerbsfähigem Alter stehenden zur gesamten Bevölkerung. —

³³ Zahlen entnommen der zit. Sonderveröffentlichung des Bundesarbeitsmin., überprüft an Hand der Statist. Nachweise beider Landesämter.

ständigen und der Angestellten verursacht wurde³⁴ — nicht durch einen entsprechend starken Rückgang im Kräftepotential der übrigen Gruppen unselbständiger Erwerbspersonen (Arbeitnehmer) an der Gesamtzahl aller Erwerbspersonen, etwa der Arbeiter oder der Beamten. Der Anteil der unselbständigen Erwerbspersonen liegt in den Stadtstaaten weitaus höher als im Bundesdurchschnitt oder in den Flüchtlingsländern.

Tabelle 30

Anteil von unselbständigen Erwerbspersonen am Erwerbspotential der Stadtstaaten am 13. 9. 1950³⁵

Gebiet	Unselbständige Erwerbspersonen		
	insgesamt	in vH aller Erwerbspersonen	darunter Männer in vH der männlichen Erwerbspersonen
Bundesgebiet	15 631 300	70,8	76,7
Schleswig-Holst. . .	800 300	77,3	79,8
Niedersachsen . . .	2 099 900	70,1	76,7
Bremen	210 700	85,6	85,4
Hamburg	637 700	85,4	84,5

Hier spiegelt sich das Bild einer ausnehmend geringen Quote von Selbständigen in den Stadtstaaten bei insgesamt hoher Erwerbsintensität, insbesondere unter den männlichen Erwerbspersonen, in einer überdurchschnittlichen Beteiligung der Heimatvertriebenen am Erwerbsleben als Unselbständige. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß für den Dauererfolg der erwerbswirtschaftlichen Eingliederung von Flüchtlingen der Weg „von unten her“, also über die abhängige, im Rahmen der gesetzlichen Sicherungen geschützte Arbeit, leichter gangbar und vielversprechend ist.

Es gibt aber eine Reihe von sozial angesehenen oder auch von gut bezahlten Arbeitsplätzen, in die einzudringen es den Heimatvertriebenen in aller Regel nicht gelungen ist. Zum Teil ist das wohl darin begründet, daß es derartige Angestellten- oder Spezialarbeiterposten in nur verhältnismäßig geringer Zahl gibt und daß diese von langjährig eingearbeiteten Kräften zäh verteidigt werden. Außerdem handelt es sich um Berufssparten, in denen verhältnismäßig große Reserven von einheimischen Fachkräften vorhanden sind. Die häufig beobachtete Zurücksetzung hervorragender geeigneter und ausgebildeter

³⁴ Vgl. die überaus instruktiven Umrechnungen bei *Sobotschinski*: „Soziale Gruppen in der Hansestadt Hamburg“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., S. 226 ff.

³⁵ Quellen: vgl. Anm. 33.

Flüchtlinge gegenüber den „Tagenbahren“³⁶ bei der Besetzung herausgehobener Posten muß aber wohl psychologisch erklärt werden. Den Flüchtlingen, die vor der Vertreibung dem Mittelstand angehört hatten, erwachsen beim Bemühen um Eingliederung die größten Schwierigkeiten aus dem Selbsterhaltungswillen der eigenen Schicht unter den bodenständigen Bewohnern. Es fällt nicht schwer, einem Fremden die Erdschaufel, die Maurerkelle, die Spindel zu überlassen. Wenn aber der Fremde höher hinaus will und mit seiner verzweifelten Arbeitsenergie ein unbequemer, wenn nicht gar ein gefährlicher Mitarbeiter und Kollege wird, stößt er auf Abwehr. Hinzu kommt das Bedenken, einem Unbekannten, dessen Verhaltensweise man nicht ebenso durchschauen kann wie die des Landsmannes, Verantwortung zu übertragen für Dinge, die maßgeblich auf den eigenen Wirtschaftserfolg zurückwirken können.

Andererseits ist es schwer zu verstehen, daß von den Flüchtlingsunternehmern nicht bei der Einstellung von Arbeitskräften ihre Landsleute stärker herangezogen werden, als es geschieht. In den Industrie- und Handwerksbetrieben der Flüchtlinge werden nicht wesentlich mehr Heimatvertriebene beschäftigt als in anderen Betrieben derselben Branche.³⁷ Nach allen Beobachtungen verhält es sich wohl so, daß im Bestreben, sich von alteingesessenen Firmen so wenig wie möglich zu unterscheiden, bei der Einstellung von Verkaufsleitern, Reisenden und sonstigem Außenpersonal, bei der Wahl von Bezugsquellen, von Dienstleistungshandwerk und Freiberuflern lieber auf eingeführte, bodenständige Kräfte zurückgegriffen wird als auf Flüchtlinge. Diese „einheimischen“ Vertreter sollen vergessen machen, daß eine Flüchtlingsfirma hinter ihnen steht; und ihre örtliche Berufserfahrung im Umgang mit Behörden und Kunden soll für den ortsneuen Betrieb genutzt werden.

a) Die Eingliederung von Beamten in den Staats- und Kommunaldienst der Länder Bremen und Hamburg

Bei dieser Sachlage ist es als glückliche Fügung anzusehen, daß in den Stadtstaaten die Möglichkeit zur Eingliederung für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst in verhältnismäßig großem Umfang gegeben war.

Die für September 1950 ermittelten Zahlen zeigen schon an, inwieweit eine Zunahme der Zahl von Beamten seit 1939 und dabei die

³⁶ Die in der Hansestadt Erzeugenen und Geborenen (vgl. *Kippenberg: Geschichten aus einer alten Hansestadt, Leipzig, 1944, S. 195*).

³⁷ Vgl. *AZ/Bremen und Hamburg*, sowie die Jahreszusatzerhebungen der Statistischen Landesämter für Industriebetriebe über 10 Beschäftigte.

Einstellung von Heimatvertriebenen möglich war. Die erweiterte Aufnahme-fähigkeit des Staatsapparates war der Aufnahme von Flüchtlingen in den Staats- und Verwaltungsdienst in der Zeit nach der Volkszählung um so günstiger, als nach den Durchführungsbestimmungen zu Art. 131 GG³⁸ die Stellenbesetzung nicht allein aus dem Nachwuchs der Hansestädte und nach den Bedürfnissen der hanseatischen Selbstverwaltung erfolgen konnte, sondern im Rahmen der bundesgesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen war. (Für Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone gelten die Vorschriften für die Einstellungsverpflichtung im allgemeinen nicht. Ihre Wiedereinstellung ist bei gegebener Qualifikation im Bahn- und Postdienst, im Banken- und Versicherungswesen nach Möglichkeit vollzogen worden. Im sonstigen öffentlichen Dienst der Stadtstaaten fanden sie — anders als in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen — schwerer Eingang als die Heimatvertriebenen.)

Unter den erwerbstätigen Beamten machte bereits am 13. September 1950 der Anteil der Heimatvertriebenen im Lande Bremen 11,7 vH und im Lande Hamburg 9,9 vH aus; in einigen Gruppen lag der

Tabelle 31

Erwerbstätige Beamte in den Stadtstaaten nach ihrer Zugehörigkeit zu Wirtschaftsgruppen am 13. 9. 1950

Arbeitsbereiche	Erwerbs-tätige Beamte	Bremen		Hamburg		
		darunter Heimatvertriebene	in vH	Erwerbs-tätige Beamte	darunter Heimatvertriebene in vH	
Öffentliche Verwaltung	5 495	646	11,7	15 537	1526	9,8
Kulturpflege d a r. Erziehung, Wissenschaft, Kunst	2 257 (2 101)	220 (199)	9,8 (9,5)	6 806 (6 356)	451 (385)	6,6 (6,0)
Wohlfahrtspflege, Sozialversiche- rung u. Gesund- heitswesen	251	14	5,6	876	30	3,4
Wirtschafts- betriebe	205	8	3,9	363	20	5,5
Deutsche Bundes- bahn	2 373	368	15,5	6 382	958	15,0
Deutsche Bundes- post	2 125	230	10,8	8 655	855	9,9
	12 706	1486	11,7	38 619	3840	9,9

³⁸ Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 mit den ersten 6 DVO aus den Jahren 1951 u. 1952.

Flüchtlingsanteil über der Gesamtquote, so in Bremen³⁹ bei Seelsorgern, Richtern, Staatsanwälten, beamteten Ärzten, Lehrern, im Polizei- und Verwaltungsdienst, bei Bahnbeamten. In Hamburg⁴⁰ fällt die geringe Aufnahme von heimatvertriebenen Beamten — außerhalb der Sparte „öffentliche Verwaltung“ — auf, besonders im Lehrberuf und anderen staatlichen Beamtenfunktionen auf dem kulturellen Gebiet (vgl. Tabelle 31).

Unter den Arbeitern und Angestellten in der öffentlichen Verwaltung und in staatlichen und städtischen werbenden Betrieben erreichten die Heimatvertriebenen in Bremen nur einen Anteil von 9,6 und in Hamburg von 7,8 vH. Ihre Eingliederung erfolgt, ohne daß Rechtsansprüche irgendwelcher Art geltend gemacht werden könnten, im freien Wettbewerb mit den ortsansässigen Arbeitnehmern.

b) Die Eingliederung unselbständiger Flüchtlinge über den Arbeitsmarkt der Stadtstaaten

Innerhalb der Arbeitnehmerschicht der Länder Bremen und Hamburg, deren Zahl seit 1950 wieder stark angewachsen ist, stellen Angestellte und Beamte etwa ein Drittel, die Arbeiterschaft mehr als die Hälfte der Erwerbspersonen. Die Zunahme ist auf den verstärkten „Drang zum Arbeitsmarkt“ zurückzuführen, der aus der Vernichtung privaten Vermögens und familiärer Sicherheiten erklärlich erscheint. Zum anderen ist sie zweifelsohne das Ergebnis von freier Zuwanderung und geplanter Umsiedlung. Das Ausmaß dieses verstärkten Arbeits-

Tabelle 32

Die unselbständigen Erwerbspersonen in den Ländern Bremen und Hamburg am 30. 6. 1949 und 31. 12. 1952

	Bremen				Hamburg		
	1949	1952			1949	1952	
		absolut	(1949 = 100)	darunter Bremerhaven		absolut	(1949 = 100)
Beschäftigte	184 156	200 173	109	107	580 550	600 995	103
Arbeitslose	16 739	29 164	174	195	51 895	109 061	210
Erwerbspersonen insgesamt	200 895	229 337	114	113	632 445	710 056	112

³⁹ Vgl. *Hollmann*: „Die Heimatvertriebenen im Lande Bremen . . .“, a.a.O., S. 53.

⁴⁰ Im Mai 1951 betrug der Anteil der hauptamtlich tätigen heimatvertriebenen Lehrer in den Allgemeinen Volksschulen in Hamburg 12,7 und in Bremen 10,6 vH und in den Sonderschulen 16,9 bzw. 16,3 vH (vgl. Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII, 20/9 vom 3. September 1952).

angebots innerhalb der Stadtstaaten wird von der Arbeitsverwaltung wie vorstehend (Tab. 32) statistisch nachgewiesen.⁴¹

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit weicht, soweit sie erfaßbar ist, in beiden Ländern von der aller übrigen westdeutschen Länder ab und verläuft auch anders als in anderen Großstädten.⁴² Zu dieser Entwicklung hat zweifellos, abgesehen von der Rückwanderung vorher evakuierter Familien, besonders die Zuwanderung von Flüchtlingen beigetragen, auf die die Erwerbsmöglichkeiten in den Stadtstaaten geradezu magnetisch wirken, da sie keine Hoffnung sehen, jemals in den Erstaufnahmegemeinden erwerbswirtschaftlich eingegliedert zu werden. Im Wege der Pendel- oder Dauerwanderung vermehren sie das Arbeitsangebot.⁴³

Die Zunahme an Erwerbspersonen liegt in Hamburg und Bremen über dem Bundesdurchschnitt.⁴⁴ Exakter statistischer Analyse, und besonders einem Vergleich der Länder untereinander, entzieht sich jedoch die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Bremen und Hamburg, weil das Ausmaß der Arbeitslosigkeit der Stadtstaaten von dem Schleier des beruflichen Pendelverkehrs verdeckt wird. Der Beschäftigungszuwachs ist in Hamburg größer als er nach den Statistiken der Arbeitsverwaltung erscheint, in Bremen erscheint das latent verfügbare, zu Zeiten jedoch nicht eingesetzte Kräftepotential zu gering. Dort wird zwar die Einstellung von Arbeitskräften aus den angrenzenden Landkreisen Niedersachsens in der Statistik erfaßt, nicht aber deren Rückfall in den Stand der Erwerbslosigkeit bei rückläufiger Entwicklung der Beschäftigung.

Für das Land Bremen wurde eine Berechnung der totalen Arbeitslosigkeit⁴⁵ durchgeführt. Das daraus entwickelte Schaubild 4 weist aus,

⁴¹ Zahlen der Arbeitsmarktstatistik, soweit nicht anders gekennzeichnet, aus den „Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen des Bundesministeriums für Arbeit“, Jg. 1950 ff. Der Vergleich vom Sommer 1949 zum Jahresende 1952 ist hier zulässig, weil er sich nicht auf das Beschäftigungsvolumen mit seinen saisonalen Schwankungen, sondern auf die Gesamtzahl der in den Stadtstaaten wohnenden Erwerbswilligen und Erwerbsfähigen bezieht.

⁴² Eine Arbeitslosenquote (Verhältnis der Arbeitslosen zu sämtlichen Arbeitnehmern) wie sie Ende 1950 für Bremen (12,7 vH) und Hamburg (15,8 vH) berechnet wurde, gibt es in vergleichbaren Großstädten nicht.

⁴³ Unter „Beschäftigte“ erscheinen in Bremen auch Pendelwanderer; unter „Arbeitslose“ wird in beiden Ländern nur die ortsansässige Erwerbsbevölkerung ausgewiesen, die nicht beschäftigt ist.

⁴⁴ Vgl. Arbeitsmarktstatistik. Es dürfte sich auch in den Hansestädten die Registrierung ehemals „mithelfender Familienangehöriger“ als arbeitsmarktwirksame Kräfte in dieser zahlenmäßigen Vermehrung des Erwerbspotentials niederschlagen, ohne daß dabei in allen Fällen ein tatsächlicher Zuwachs eingetreten wäre.

⁴⁵ Die Berechnung der „wahren Arbeitslosigkeit“ erfolgte in der Weise, daß der statistisch erfaßten Arbeitslosigkeit diejenigen Nichtpendler zuge-

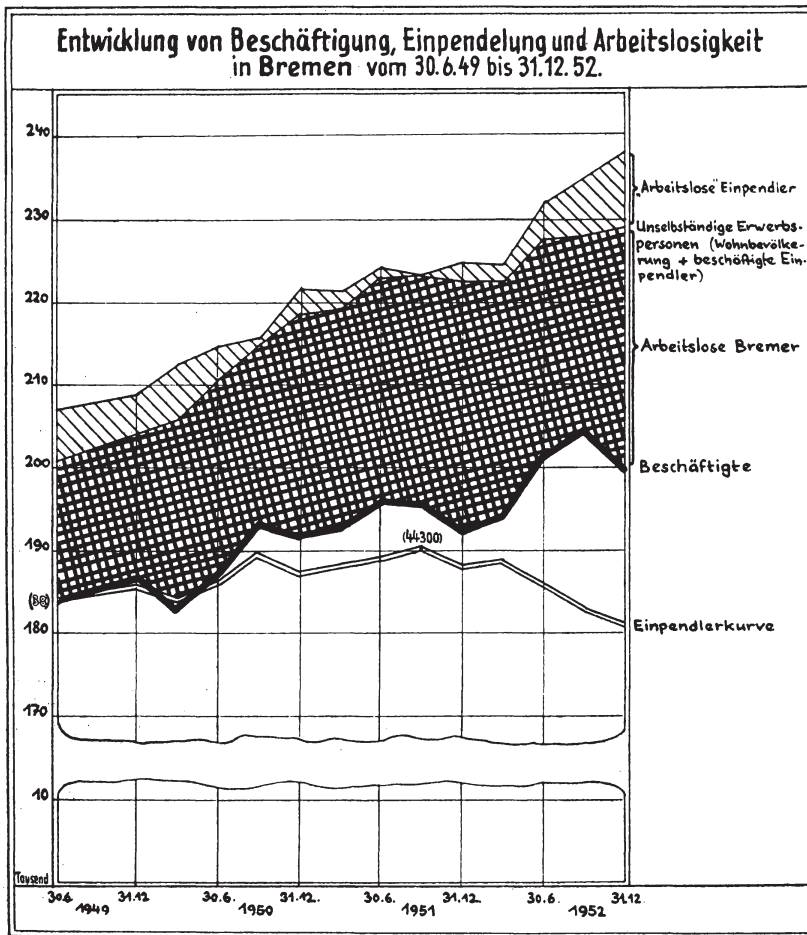


Schaubild 4

daß die Zahl aller Beschäftigten und die der Einpendler sich parallel entwickeln, bis sich ab März 1952 die Dauerwanderung nach Bremen dahin auswirkte, daß die Zahl der Einpendler fiel. Es ist jedoch möglich, daß im Hinblick auf den endgültigen Wanderungserfolg der vor-

geschlagen wurden, die an der Maximalzahl der Pendelwanderung vom 30. September 1951 (44 300) fehlten. Die Konstruktion der wahren Arbeitslosigkeit beruht auf der Annahme, daß diejenigen, die nicht pendeln, vom Lande Bremen also zeitweise nicht beschäftigt werden, als „bremische Arbeitslose“ erfaßt würden, wenn sie nicht ihren Wohnsitz jenseits der Grenze des Landesarbeitsamtes, in Niedersachsen, hätten.

mals täglichen Berufspendler auch die „wahre Arbeitslosigkeit“ über den 30. Juni 1952 geringer zu veranschlagen ist als das hier geschieht.⁴⁶

Jedenfalls zeigt sich beim Vergleich dieser Kurve der „wahren Arbeitslosigkeit“ für das Land Bremen mit der für Hamburg eine wesentlich stärkere Parallelität, als wenn die Arbeitslosenzahlen der Stadtstaaten allein zum Vergleich herangezogen würden.

Wegen der geschilderten Unschärfe des statistischen Bilds sind die Zahlen der Arbeitsmarktstatistik beider Stadtstaaten nicht ohne Vorbehalt geeignet, die Eingliederung der Flüchtlinge ins Erwerbsleben widerzuspiegeln. Einmal ist der Vergleich zwischen den Stadtstaaten sachlich nur bedingt ergiebig, zum anderen ist auch der Zeitvergleich ungewöhnlichen Störungen ausgesetzt.⁴⁷ Die Pendelwanderung ist von Berufsgruppe zu Berufsgruppe unterschiedlich durch saisonale Schwankungen der Beschäftigung betroffen. Deshalb ist in bezug auf die außerhalb der Stadtstaaten wohnenden heimatvertriebenen Erwerbspersonen keine fundierte Aussage über ihre wahrscheinliche Beteiligung an der Zu- oder Abnahme des Beschäftigungsvolumens in der hanseatischen Wirtschaft möglich. Denn in den Berufsgruppen sind die Vertriebenen verschieden stark vertreten, und demnach sind sie auch von saisonalen und konjunkturellen Schwankungen uneinheitlich betroffen.⁴⁸

⁴⁶ Allerdings ist zu vermuten, daß dabei auch die Maßnahmen zur Bereinigung der Kartei-Unterlagen im Gefolge der Berufszählung mitsprechen. In der Zählung vom 13. September 1950 wurden 34 710 Berufspendler gezählt; in der Arbeitsmarktstatistik zum 30. September 1950 werden dagegen 43 390 Einpendler ausgewiesen. Ab 1953 wurde die Erfassungsmethode umgestellt.

⁴⁷ Auch bei der Pendelwanderung über die Grenzen anderer Bundesländer ergeben sich derartige methodische Schwierigkeiten. Jedoch wirkt sich ein solcher „systematischer Fehler“ bei der geringen räumlichen Ausdehnung des Stadtstaates Bremen und dem stoßweise starken Einpendlerbedarf, den z. B. die Fischwirtschaft Bremerhavens hat, um so stärker aus, als der bremische Arbeitsmarkt zwar in seiner Gesamtheit bedeutend, in den einzelnen Zweigen jedoch nicht groß genug ist, als daß mit einem Fehlerausgleich gerechnet werden könnte.

⁴⁸ Darüber ist für Bremen annäherungsweise ein Bild zu gewinnen, das aus den geschilderten Gründen unvollständig bleibt. — Für Hamburg gibt es keine Möglichkeit, über diesen Sektor des Erwerbspotentials Aufschluß zu gewinnen. Die Erfassung nach dem Wohnortprinzip verhinderte bislang eine vierteljährliche Berichterstattung über den Anteil der außerhalb Hamburgs (Niedersachsen und Schleswig-Holstein) wohnenden, in Hamburg beschäftigten „abhängigen Erwerbspersonen“. Die Gesamtzahl der im Lande Hamburg unselbständig Beschäftigten wurde nur einmal jährlich ausgezählt. — Angesichts der bis Mitte 1953 eingetretenen Zunahme des Pendlersaldos um 45 500 gegenüber 1938 (vgl. Rechenschaftsbericht des Senats über die Legislaturperiode 1949—1953) gewinnt die Frage auch für die hamburgische Wirtschaft an Gewicht. Für das Land Bremen liegen bereits seit 1949 Vierteljahresmeldungen vor. Dort betrug auch der Anteil der Berufspendler maximal 22 vH, in Hamburg erreichte er 1952 knapp 8 vH der Beschäftigten.

Aus den statistischen Daten ist aber ersichtlich, wie sich das Arbeitsangebot der Heimatvertriebenen auf die Entwicklung der gesamten Arbeitslosigkeit in den Stadtstaaten auswirkte. Das Schaubild 5 zeigt die relative Zunahme pro Quartal seit dem 30. Juni 1949.

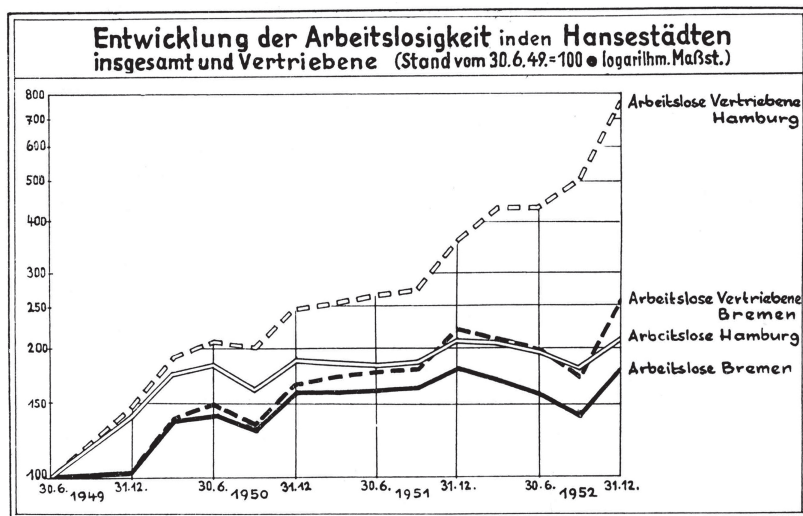


Schaubild 5

Von der Arbeitslosigkeit werden die Vertriebenen verhältnismäßig stärker betroffen als die übrigen Erwerbspersonen. Zeitweise Entlastung des Arbeitsmarktes wirkt sich auf die Flüchtlingsarbeitslosigkeit nicht aus, während der neue saisonale Anstieg den Flüchtlingsanteil steigert. Besonders kraß wird das in der Erwerbslosenkurve für den Stadtstaat Hamburg ersichtlich.

Bedenkt man, daß der Verlust von Arbeitsplätzen nicht nur die Arbeitnehmer trifft, die in den Hansestädten wohnen, sondern auch die Erwerbsbevölkerung in deren Umgebung, so wird deutlich, welches Ausmaß im positiven wie im negativen Sinne die Beschäftigungskapazität der Stadtstaaten für die Flüchtlinge hat. Zum Zeitpunkt einer verhältnismäßig niedrigen Arbeitslosigkeit, im September 1950, wurde gelegentlich der Berufszählung⁴⁹ ermittelt, daß von den Einpendlern

⁴⁹ Diese Zahlen sind nicht ohne weiteres mit den Angaben über den von den Landesarbeitsämtern ermittelten Personenkreis vergleichbar, weil in der Berufszählung mit enthalten sind: selbständige Erwerbstätige, Arbeitslose und unselbständig Beschäftigte nach dem Sitz ihrer Arbeitsstätte, während vom Landesarbeitsamt nur die beschäftigten abhängigen Arbeitnehmer erfaßt werden.

des Landes Bremen 36,1 vH, der Stadt Bremerhaven 38,6 vH und der Hansestadt Hamburg 31,7 vH Heimatvertriebene waren. Nachdem der Wiederaufbau zerschlagener Privathäuser und Wohnungen zunehmend die Rückkehr der Evakuierten gestattete, dürfte der Flüchtlingsanteil an der Pendlerzahl der folgenden Jahre gestiegen sein. Das aber bedeutet zugleich, daß die Flüchtlinge in erheblichem Maße von jeder vorübergehenden Ausschaltung aus dem Erwerbsprozeß betroffen werden, stärker als es in den statistischen Nachweisen der Stadtstaaten erkennbar wird.

Innerhalb der beiden Länder selbst sind — mit diesem Vorbehalt — die Zahlen über die Arbeitslosigkeit als Maß für den Grad der erwerbswirtschaftlichen Einfügung der Heimatvertriebenen besser zu brauchen als in irgendeinem anderen Gebiet;⁵⁰ denn nicht nur ihre Erwerbsintensität liegt durchweg höher als im Bundesdurchschnitt,⁵¹ sondern sie sind anerkannt arbeitswillig und berufsfreudig.

Eine Beleuchtung der Zusammenhänge zwischen dem Wanderungsgewinn in einzelnen Berufsgruppen und dessen Auswirkung auf die Arbeitskräftebilanz der Stadtstaaten gibt wertvolle Einblicke in den Eingliederungsprozeß der unselbständigen Arbeitskräfte unter den Flüchtlingen.

Tabelle 33

Der Wanderungsgewinn an selbständigen und unselbständigen Erwerbspersonen im Lande Bremen nach Berufsgruppen in der Zeit vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952

Berufsgruppe	insgesamt		darunter Heimatvertriebene		
	Grundzahl	in vH der Gesamtzahl	Grundzahl	in vH der Heimatv.	Berufsg.
Pflanzenbau und Tierwirtschaft	524	2,9	396	4,9	75,7
Industrie und Handwerk	4 353	23,9	2082	25,5	47,7
Technische Berufe . .	445	2,4	157	1,9	35,3
Güterverteilung und Verkehr	4 878	26,7	1767	21,7	36,2
sonstige Berufe	6 635	36,3	2917	35,7	44,0
Unbestimmte Berufe	1 428	7,8	841	10,3	59,0
Erwerbspersonen	18 263	100,0	8160	100,0	44,7

⁵⁰ Vgl. die entgegengesetzten Feststellungen über das Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Erwerbsintensität der Heimatvertriebenen des Bundesgebiets bei *Horstmann*: „Aufstellung einer Erwerbstätigkeitstafel für die männliche Bevölkerung im Bundesgebiet“ (WuSt. 1953/7, S. 290 ff.).

⁵¹ Vgl. dazu oben S. 89 und Anm. 16 S. 59.

a) *Der Arbeitsmarkt des Landes Bremen unter dem Einfluß der
Zuwanderung von Heimatvertriebenen*

Im Wanderungsgewinn der Jahre 1950/52 gewann das Land Bremen 15 800 Erwerbspersonen, von denen etwa die Hälfte gewerblich-kaufmännischen Berufen angehörte (vgl. nebenstehende Tabelle 33).

Höher als der mittlere Anteil der Vertriebenen am Wanderungsgewinn liegt der Flüchtlingszuwachs in den landwirtschaftlichen Berufen, möglicherweise als Folge des Flüchtlings-Siedlungs-Gesetzes. Auch bei den Angehörigen der Bauberufe entfallen vom Wanderungsgewinn (569 Personen) zwei Drittel auf Heimatvertriebene.

Wie in den meisten qualifizierten Berufen liegt der Anteil der Vertriebenen am Zugang von Erwerbspersonen mit technischem und kaufmännischem Beruf im gesamten Zeitraum bei nur etwa einem Drittel. Da der Wanderungsgewinn in den industriellen und handwerklichen Berufen zufolge der Abwanderung nach dem Westen von Halbjahr zu Halbjahr zurückfiel, stieg der Anteil der Heimatvertriebenen:

Tabelle 34

Beteiligung der Heimatvertriebenen am Wanderungsgewinn im Lande Bremen vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952

Jahr/ Halbjahr	Erwerbspersonen			darunter			
	insges.	davon Heimatvertriebene		industrielle und handwerkliche Berufe		Berufe aus Handel und Verkehr	
		absolut	in vH	insges.	Heimatvertr. in vH	insges.	Heimatvertr. in vH
1950/I	3873	1465	37,9	1024	38,1	990	31,7
II	4335	1639	37,9	1087	38,1	1028	33,0
1951/I	3094	1499	49,8	709	52,6	886	32,8
II	2420	1355	56,0	420	75,2	636	47,2
1952/I	2079	1077	51,9	439	56,4	674	39,5
II	2462	1125	45,7	674	50,3	664	38,7

Der Anteil der Flüchtlinge am Wanderungsgewinn liegt demnach jeweils am höchsten in den unmittelbar wertschaffenden Berufen der Industrie und des Handwerks. Nun ist aber das Verbleiben keineswegs gleichbedeutend mit dem Vollzug der Eingliederung in den Erwerbsprozeß des Landes Bremen. In einzelnen Berufssparten hat die Zuwanderung wesentlich zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit der

⁵² Der Anteil der in ihrem Beruf voll arbeitsverwendungsfähigen Arbeitslosen lag in Bremen und Hamburg über Bundesdurchschnitt (vgl. Erhebung über die Arbeitsverwendbarkeit der Arbeitslosen, Oktober 1952 — Bundesamt f. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge — zit. in „Denkschrift über die wirtschaftliche Lage im Lande Bremen“, a.a.O.

Berufszugehörigen beigetragen. Bis zu einem gewissen Grad läßt sich das aus der Gegenüberstellung des Wanderungssaldos mit den Daten der Arbeitsmarktstatistik ablesen.⁵³

Diejenigen Heimatvertriebenen, die nicht als Selbständige oder Beamte zuwandern oder aber den Wanderungsverlust an bisher in Bremen beschäftigten Erwerbspersonen ausgleichen, sind mehr als andere Arbeitnehmer von Erwerbslosigkeit bedroht. Beispielhaft kann das an einigen unregelmäßig beschäftigten gewerblichen Berufsarten dargestellt werden:

Tabelle 35

Der Anteil von Heimatvertriebenen im Lande Bremen an der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Berufsarten unter dem Einfluß der Zuwanderung von Erwerbspersonen vom 30. 6. 1950 bis 31. 12. 1952⁵⁴

Berufsarten	unselbständige arbeitslose Erwerbspersonen						darunter Heimatvertriebene					
	30. 6. 1950		31. 12. 1950		30. 6. 1951		31. 12. 1951		30. 6. 1952		31. 12. 1952	
	insgesamt in v. H.											
Pflanzenbau- u. Tierwirtschaft	455	650	534	714	470	645	18,5	18,7	17,4	21,1	24,9	23,7
Bauberufe	1187	2939	2199	3392	1555	4134	14,9	11,5	14,7	15,3	18,2	18,4
Textilhandwerker	1125	1183	1695	1873	1718	1573	9,5	7,0	9,2	10,4	13,3	12,9
Nahrungs- u. Genußmittelberufe ¹	1130	1470	1522	1558	1539	1335	10,1	7,9	9,5	11,2	11,2	11,3
kaufm. Berufe	2707	2765	3093	2968	2886	2651	10,3	9,0	8,9	10,2	11,3	11,7
Sämtl. Berufsarten	23348	26607	26949	29959	26226	29164	8,6	8,5	8,9	10,2	10,6	12,1

¹ Heimatvertriebene werden in der Nahrungs- und Genußmittelwirtschaft (Fischwirtschaft!) bevorzugt bei solchen Arbeiten eingesetzt, die bei Massenanlandung und Massenversand anfallen. Wegen der stagnierenden Absatzverhältnisse (vgl. dazu unter I, 1 (Handel und Fischwirtschaft)) mußten die Anlandungen zum großen Teil in die Fischmehlfabriken gegeben werden, und damit ist die Beschäftigung im Fischversand wie in der Fischverarbeitung zurückgegangen. Die „verschleierte“ Arbeitslosigkeit im Pendelbereich von Bremerhaven ist deshalb weit größer als die in der Tabelle für die Berufe der Nahrungsmittelgewerbe erfaßte.

In einigen Berufsgruppen übersteigt die Flüchtlingsarbeitslosigkeit noch den auf sie entfallenden Wanderungsgewinn der letzten Jahre. Das ist wohl daraus zu erklären, daß ein Teil der früher zugewanderten Flüchtlinge und ihre herangewachsenen Kinder zusätzlich zu den neu

⁵³ Vgl. dazu Schaubild 7, S. 105. In der Wanderungsstatistik ist die Zuwanderung von „selbständigen“ Beschäftigten und Mithelfenden mit enthalten, die in der Arbeitsmarktstatistik nicht erscheinen. Daraus erklärt sich z. B. der Wanderungsgewinn an heimatvertriebenen landwirtschaftlichen Erwerbspersonen bei gleichzeitiger Minderung der Beschäftigten- und ohne nennenswerte Vermehrung der Arbeitslosenzahlen. Unter den unselbständig Beschäftigten ist außerdem der natürliche Zugang von Nachwuchskräften mit enthalten!

⁵⁴ Auszug aus einer Tabelle für sämtliche Berufsgruppen und -arten.

hereingekommenen erwerbslos wurden — unter anderem auch jene, denen der Versuch, eine selbständige Existenz zu gründen, mißglückte.

Im ganzen kann die Eingliederung unselbständiger Erwerbspersonen in Bremen nicht befriedigen: 14 587 beschäftigten Heimatvertriebenen stehen 3526 arbeitslose gegenüber, also waren Ende des Jahres 1952 von allen Beschäftigten nur wenig über 7 vH Heimatvertriebene, von den Arbeitslosen dagegen mehr als 12 vH. Soweit die Flüchtlinge Arbeit fanden, sind sie bevorzugt als Hilfskräfte (besonders in Außenarbeiten), bei einfacheren Tätigkeiten, die sonst nicht beliebt sind, und bei Nachweis besonderer fachlicher Ausbildung in Mangelberufen.⁵⁵ Bei Saison- und Konjunkturrückschlägen sind sie der Erwerbslosigkeit stärker ausgesetzt als die übrige Bevölkerung, weil ihnen zumeist nur Hilfsarbeit, allenfalls angelernte Arbeit übertragen wird.

β) *Der Arbeitsmarkt des Landes Hamburg unter dem Einfluß der Zuwanderung von Heimatvertriebenen*

Unter den 60 500 Erwerbspersonen, die in den Jahren 1950/52 dem Lande Hamburg als Wanderungsgewinn verblieben waren, gehörten etwa ein Fünftel zu industriellen und handwerklichen Berufen und ein Drittel zu denen der Güterverteilung. Dieses Verhältnis entspricht keineswegs der Erwerbsstruktur der aufnehmenden Wohnbevölkerung, von der etwa 40 vH zur gewerblichen Wirtschaft und 32 vH zum Handels- und Verkehrsbereich gehören.

Tabelle 36

Der Wanderungsgewinn an selbständigen und unselbständigen Erwerbspersonen im Lande Hamburg — nach Berufsgruppen — vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952

Berufsgruppe	insgesamt		davon Heimatvertriebene		
	Grundzahl	in vH der Gesamtzahl	Grundzahl	in vH der Heimatvertrieb.	in vH der Berufszugehör.
Pflanzenbau und Tierwirtschaft	1 687	2,9	580	2,8	34,3
Industrie u. Handwerk	12 908	21,3	4 547	21,7	35,2
Technische Berufe	2 560	4,2	656	3,1	25,6
Gütervertlg. u. Verkehr ..	20 094	33,2	5 635	26,9	28,0
sonstige Berufe	20 892	34,5	8 401	40,1	40,2
Dar. Verwaltung u. Recht	(5 265)	.	(2 432)	.	46,2
Haushaltsberufe	(12 129)	.	(4 953)	.	40,8
unbestimmte Berufe	2 359	3,9	1 139	5,4	48,3
Erwerbspersonen	60 500	100,0	20 958	100,0	34,6

⁵⁵ Vgl. *Hollmann*, a.a.O., S. 42—44.

Die Beteiligung der Heimatvertriebenen am Wanderungsergebnis ist in allen Berufsgruppen geringer als im Lande Bremen. Abgesehen von den Sparten der Haushalts- und Gesundheitspflege⁵⁶ und von Verwaltungs- und Rechtsberufen sowie von „Erwerbspersonen ohne bestimmten Beruf“ liegt der Anteil der Flüchtlinge unter der durchschnittlichen Beteiligung (ein Drittel des Wanderungsgewinns), besonders niedrig in den technischen und kaufmännischen Berufen.

Tabelle 37

Beteiligung der Heimatvertriebenen am Wanderungsgewinn in beruflicher Gliederung im Lande Hamburg vom 1. 1. 1950 bis 31. 12. 1952

Jahr/ Halbjahr	Erwerbspersonen			darunter			
	ins- gesamt	davon Heimat- vertriebene		industrielle und handwerkliche Berufe		Berufe aus Handel und Verkehr	
		absolut	in vH	ins- gesamt	Heimat- vertrieb. in vH	ins- gesamt	Heimat- vertrieb. in vH
1950/I	18 570	5 342	28,7	4 883	24,3	5 403	26,1
II	13 142	4 675	35,6	3 199	36,4	4 465	31,9
1951/I	9 116	3 585	39,3	2 024	38,1	3 340	31,4
II	6 810	2 763	40,6	1 194	54,1	2 035	25,1
1952/I	5 164	2 140	41,4	335	78,4	1 986	27,5
II	7 698	2 453	31,8	1 323	40,2	2 865	24,2

Der Anteil der heimatvertriebenen Erwerbspersonen am Wanderungsgewinn hat sich von Halbjahr zu Halbjahr erhöht, bis er in der zweiten Hälfte des Jahres 1952 zugunsten sowjetzonaler Flüchtlinge fiel. Die Schrumpfung des Wanderungsgewinns in den gewerblichen Berufen war stark, so daß die Bedeutung der Flüchtlingswanderung zunahm. In den Handels- und Verkehrsberufen war der gesamte Zugang höher, deshalb erscheint die Beteiligung der Heimatvertriebenen daran geringer. Eine Analyse des Wanderungserfolgs der Flüchtlinge für die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit der Heimatvertriebenen läßt sich für Hamburg nicht durchführen.⁵⁷

⁵⁶ Allein 26 vH des hamburgischen Anstaltspersonals (Wohnheime, Pflegeanstalten, Lager usw.) wurde von Heimatvertriebenen gestellt („Hamburg in Zahlen“, Jg. 1951/33, S. 11).

⁵⁷ Das Landesarbeitsamt Hamburg weist den Anteil der Heimatvertriebenen an der Beschäftigung nicht nach Berufsgruppen aus und erfaßt ihn auch nicht. Nach Auffassung der Hamburger Behörden unterscheidet sich ein in den Erwerbsprozeß eingeschalteter „beschäftigter“ Flüchtling nicht von anderen Arbeitnehmern und bedarf keiner besonderen Überwachung. Auch über die Volkszählungsergebnisse war im Vergleich mit der Arbeitsmarktstatistik kein Bild zu gewinnen: die in der Berufszählung erfaßte Zahl von heimatvertriebenen Arbeitslosen betrug 7316, während die

Wie bereits aus Skizze 5 ersichtlich wurde, sind die Vertriebenen von der Arbeitslosigkeit im Lande Hamburg besonders seit dem Winter 1951/52 wesentlich stärker betroffen als die übrige Bevölkerung; im ganzen nahm die Arbeitslosenzahl Hamburgs von Mitte 1950 bis Ende 1952 um 9 vH zu, die der Vertriebenen stieg auf das Dreieinhalbfache (368 vH!). Diese Zunahme hat 1952 in einigen Berufsgruppen an den Wanderungsgewinn von Heimatvertriebenen herangereicht oder ihn sogar überschritten.⁵⁸

Besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht waren die Vertriebenen im Lande Hamburg, soweit sie landwirtschaftlichen oder Bauberufen angehörten, im textilen Sektor und in sämtlichen Berufen des kaufmännischen sowie des Geistes- und Kunstlebens. Der Anteil von Heimatvertriebenen an der gesamten Arbeitslosigkeit lag aber in Hamburg niedriger als am bremischen Arbeitsmarkt. Um so erstaunlicher erscheint eine sprunghafte Steigerung seit Mitte 1952. Sie erklärt sich kaum aus einem „gleichzeitigen“ Rückgang der Beschäftigung.⁵⁹ Vielmehr ist sie wohl auf eine Sättigung des hamburgischen Arbeitsmarktes bei gleichzeitiger Zunahme des Arbeitsangebots gerade in den von heimatvertriebenen und sowjetzonalen Flüchtlingen erlernten Berufen zurückzuführen.

c) Vergleichende Zusammenfassung

Über den Vollzug des Eingliederungsprozesses von Flüchtlingen in den Erwerbsprozeß der Stadtstaaten vermag das umstehende Schaubild⁶⁰ Aufschluß zu geben, in dem die Berufsgruppierung der heimatvertriebenen derjenigen der übrigen beschäftigten und arbeitslosen Erwerbspersonen gegenübergestellt wird.

In Bremen ist die Berufsgruppe „Stofferzeugung und -verarbeitung“ unter den Beschäftigten nicht viel stärker vertreten als unter den Arbeitslosen, und bei den heimatvertriebenen Erwerbspersonen liegt der Anteil der Gruppe unwesentlich über dem der Gesamtheit.

Arbeitslosenzahl für Heimatvertriebene zum 30. September 1950 von der Arbeitsverwaltung mit 2156 beziffert wurde. Die Zahl der beschäftigten Vertriebenen lag nach der Berufszählung um 6600 höher als nach der Arbeitsmarktstatistik. Damit entfällt die Möglichkeit einer Erörterung, wie sich der Eingliederungsprozeß der Heimatvertriebenen in die verschiedenen Erwerbszweige gestaltet.

⁵⁸ Dabei sind die Zuwanderer aus dem sowjetisch besetzten Gebiet in der „Nicht-Vertriebenen-Quote“ enthalten!

⁵⁹ Vgl. Schaubild 5.

⁶⁰ Die berufliche Gliederung der Beschäftigten und Arbeitslosen hat sich seit 1950 in den Stadtstaaten nicht geändert. Die hier für den 30. Juni 1952 dargestellten Relationen können für den untersuchten Zeitraum (1949 bis Ende 1952) als gültig angesehen werden.

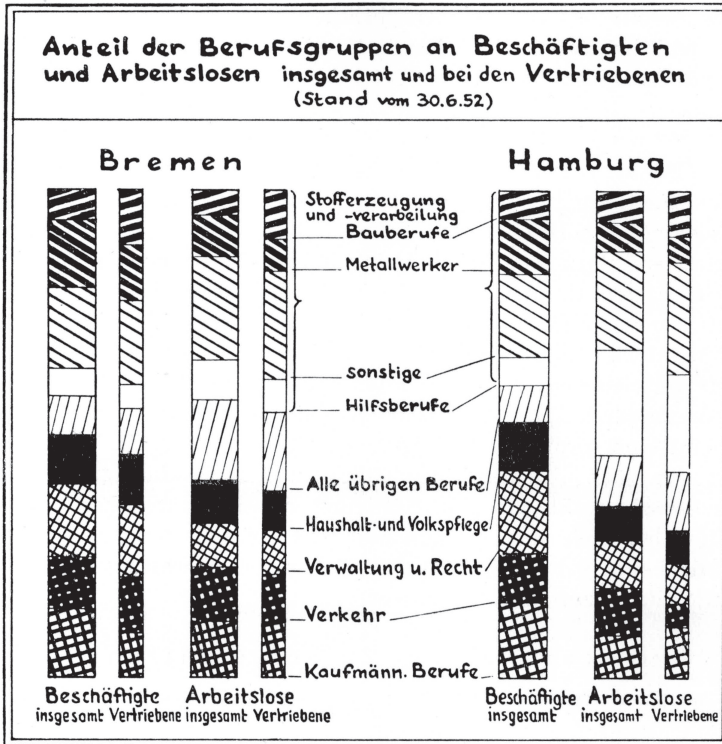


Schaubild 6

Abgesehen von Metallwerkern und Bauarbeitern ist der Vertriebenenanteil unter den Arbeitslosen etwas größer als unter den Beschäftigten.

In Hamburg zeigt sich, daß die Arbeitslosenquote in den Bau- und Metallberufen geringer ist als deren Anteil an den Beschäftigten, während sie bei den anderen Sparten der stoffherzeugenden und -verarbeitenden Berufe anteilig annähernd gleich vertreten sind. Aber die Zahl der arbeitslosen Angehörigen von Hilfsberufen ist nahezu fünfmal so hoch wie die der Beschäftigten. Und in allen Sparten sind die Heimatvertriebenen relativ mehr als andere Erwerbspersonen von Arbeitslosigkeit betroffen.

In beiden Stadtstaaten ist der Anteil der Vertriebenen in kaufmännischen Berufen wie im Verkehrswesen nicht höher als ihr Anteil an der Beschäftigtenzahl; in den Verwaltungs- und Rechtsberufen (dank bevorzugter Einstellung im öffentlichen Dienst), sowie in den Haushalts- und Volkspflegeberufen sogar niedriger.

Eine Überprüfung der Bedeutung des Wanderungsgewinns⁶¹ für den Arbeitsmarkt beider Stadtstaaten ergibt eine verblüffende Einheitlichkeit (vgl. Schaubild 7).

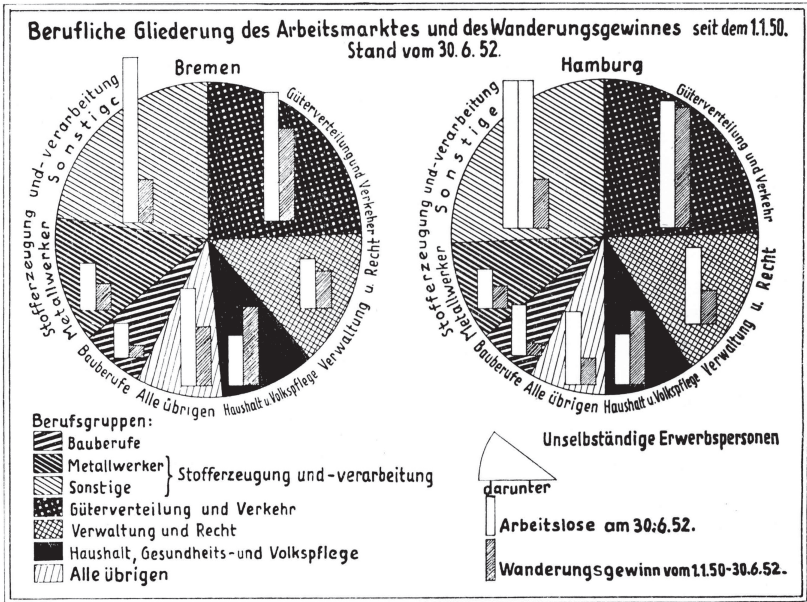


Schaubild 7

Geringe Abweichungen, wie etwa eine niedrigere Arbeitslosigkeit in den Berufen der Güterverteilung im Lande Hamburg oder unter den Angehörigen der Verwaltungs- und Rechtsberufe im Lande Bremen fallen kaum ins Gewicht. —

Aus dem Vergleich von Wanderungsgewinn und Arbeitslosigkeit in den Berufsgruppen „Stoffherzeugung und -verarbeitung“, vornehmlich in den hier nicht einzeln ausgewiesenen Berufen des Textil-, Holz- und Nahrungsmittelgewerbes, wird deutlich, daß die Zuwanderung von Arbeitnehmern nicht die alleinige Ursache der erhöhten Arbeitslosigkeit sein kann. Diese Erkenntnis ist entscheidend wichtig für die Beurteilung des erwerbswirtschaftlichen Eingliederungsvorgangs der Vertriebenen: Wie dargelegt wurde,⁶² sind in Flüchtlingsbetrieben neben heimatvertriebenen auch bodenständige Arbeitskräfte tätig; diese Betriebe tragen demnach zur Erweiterung der Arbeitsmarktkapazität bei.

⁶¹ Wanderungsgewinn einschl. Selbständige! (Vgl. auch Anm. 60.)

⁶² Vgl. Teil II (Sozialstruktur unter dem Einfluß der Wanderung), S. 52 ff.

Anerkannt ist auch, daß Arbeitswilligkeit und Erwerbsfähigkeit bei den zugewanderten Flüchtlingen groß sind und ihren Einsatz erleichtern. Demnach wird man urteilen dürfen, daß die Zunahme der Erwerbslosigkeit in den Stadtstaaten jedenfalls nicht allein durch die Flüchtlingszuwanderung verursacht ist, sondern daß strukturelle Störungen des Arbeitsmarktes vorliegen.

Unbeachtet blieben bei Betrachtung des erwerbswirtschaftlichen Aufnahmeprozesses die frühere berufliche und soziale Stellung der Heimatvertriebenen; unberücksichtigt blieb, daß ehemals selbständige Landwirte, Bauern, Geschäftsleute und Handwerker nach der Flucht sich nur mit Hilfs- und Nebenarbeiten wieder ins Erwerbsleben einzuschalten vermochten. Und es wird aus den Nachweisen der Arbeitsmarktstatistik auch nicht deutlich, daß ein großer Teil der Flüchtlinge unter den Arbeitslosen statistisch nach dem zuletzt ausgeübten Beruf erfaßt wird als Hilfsarbeiter, Bauarbeiter oder als einem „unbestimmten Beruf“ zugehörig, auch wenn sie vor der Flucht eine qualifizierte Tätigkeit erfolgreich ausgeübt haben und erst aus wirtschaftlicher Not vorübergehend eine Erwerbstätigkeit in dieser Sparte des Wirtschaftslebens aufgegriffen haben.

Unbeleuchtet bleibt bei dieser Betrachtung schließlich auch das Berufsschicksal der Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone. Ihr häufig schmerzvolles Unterliegen im Wettbewerb um den Arbeitsplatz gegenüber den in gewisser Weise privilegierten Flüchtlingengenossen wie gegenüber der bodenständigen Erwerbsbevölkerung kann nirgends registriert werden. Bei der Gegenüberstellung der Erwerbseingliederung der heimatvertriebenen und sonstigen Arbeitskräfte geben die Zahlen vom Arbeitsschicksal der Nichtvertriebenen ein schlechteres Bild, als es den tatsächlichen Gegebenheiten entspräche: in den Beschäftigtenzahlen für Hilfsarbeiter wie in den Arbeitslosenzahlen für qualifizierte Berufe sind die Flüchtlinge aus Mitteldeutschland mit enthalten.

Deutlich wird jedoch ohnehin, daß die grundsätzliche rechtliche Gleichstellung der Flüchtlinge mit allen anderen Bewohnern der Stadtstaaten bisher nicht bewirkt hat, ihre Existenz materiell im Erwerbsleben zu sichern. Ihre Aufnahme in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ist von Beruf zu Beruf unterschiedlich und hängt weder allein von Fähigkeiten und Berufserfahrung der Flüchtlinge, noch ausschließlich von den vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten ab. Sie fanden in großer Zahl Arbeit, wenn sie sich mit einfacherer, wenig einträglicher Arbeit begnügten, wie etwa im Textilgewerbe (Spinnerei, Weberei), in der Fischverarbeitung, in häuslichem Dienst und in Pflegeberufen. Auch in der Landwirtschaft wie in anderen Außenberufen und als Hilfsarbeiter fanden sie Aufnahme. Abgesehen vom Dienst in Er-

ziehung und Unterricht, bei Bundesbahn und Bundespost und von günstigen Betätigungsmöglichkeiten in manchen freien Berufen konnten die Flüchtlinge nur selten qualifizierte Arbeit erhalten, auch dann, wenn sie über die erforderliche Berufsausbildung verfügten. Im Wettbewerb mit den Einheimischen, die als Kriegsteilnehmer wiedereingestellt wurden, sind sie oft unterlegen. Selbst wenn die berufliche Eignung der Flüchtlinge die der einheimischen Bewerber übertraf, erwies sich häufig das Fehlen der traditionsbestimmten gesellschaftlichen Kontaktfähigkeit als Hindernis für die Einstellung. Der Zugang zu qualifizierter unselbständiger Arbeit in der privaten Wirtschaft und damit die soziale Wiederaufrichtung ist den Flüchtlingen in den Stadtstaaten sehr erschwert. —

Davon ist aber die gesellschaftliche Einheit von Einheimischen und Flüchtlingen abhängig. Sie wäre in den industriegesellschaftlich bestimmten Stadtstaaten auf der Basis wirtschaftlicher Gleichstellung durchaus zu verwirklichen. Anzeichen deuten darauf hin, daß einzelne Flüchtlinge in unterschiedlichem Maße die soziale Eingliederung erreichten; offensichtlich ist es auch eine Frage der Persönlichkeit — mindestens ebenso sehr aber die des wirtschaftlichen Erfolgs, wie weit bereits diese Generation der Vertriebenen sich gesellschaftlich in Bremen und Hamburg einzugliedern vermag.

Viertes Kapitel

Die gesellschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge

Einer vollkommenen gesellschaftlichen Assimilierung der Flüchtlinge steht in den Ländern Bremen und Hamburg, wie allenthalben in Westdeutschland, vieles entgegen. Da ist auf der Seite der Vertriebenen die Scheu vor dem fremden Dialekt und der fremdartigen Lebensweise, manche klimatisch bedingte Störung der Gesundheit und Schaffenskraft, der Mangel an Orts- und Landeskunde und das unstillbare Heimweh. Die meisten haben nicht die Unbefangenheit des Neubürgers, der freiwillig den Standort wechselt und seiner Umwelt mit Hoffnung und Vertrauen entgegentritt. Viele Flüchtlinge sind durch das langjährige Baracken- und Lagerdasein entmutigt. Und auf der Seite der Einheimischen fehlt das Verständnis für den Verlust der Heimat, der die Flüchtlinge traf. Auch haben sie selbst Existenzsorgen und sind dem Flüchtling gram, der sich in die Enge ihres Daseins drängt.

Aus der Enge und Unzulänglichkeit der Behausung rührt zum nicht geringen Teil das Minderwertigkeitsgefühl der Flüchtlinge, das bei der gesellschaftlichen Eingliederung in der neuen Heimat hemmt.

1. Die räumliche Unterbringung der Flüchtlinge

Während die notdürftige Unterbringung in den Erstaufnahmeländern als Massenschicksal erlebt wurde, sehen sich die Flüchtlinge in den Stadtstaaten mit ihren Wohnungswünschen als einzelne im Wettbewerb mit der ausgebombten Stammeinwohnerschaft. In den ländlichen Wohngemeinden, in denen die Flüchtlinge vor der Übersiedlung nach Bremen oder Hamburg Obdach gefunden hatten, blieb die räumliche Beengung zwar auch nicht auf die Zuwanderer beschränkt, sondern zog die Quartiergeber in Mitleidenschaft. In den Städten Bremen, Bremerhaven und Hamburg aber waren nach den Zerstörungen ganzer Wohnviertel ohnehin anormale Wohnverhältnisse entstanden; ein Teil der angestammten Wohnbevölkerung war zur Aussiedlung in Nachbargemeinden, der andere Teil zu empfindlicher Minderung des Wohnungsstandards gezwungen.¹ Die Schaffung von Wohnraum für Ortsfremde schien in den ersten Nachkriegsjahren unmöglich.

¹ Wie stark die Anforderungen an Wohnungsqualität innerhalb der Stadtstaaten, insbesondere in Hamburg, durch die Luftkriegszerstörungen

Durch die Zuzugssperre wurde erreicht, daß zunächst nur jene Flüchtlinge in die Länder Bremen und Hamburg übersiedeln konnten, die einen Arbeitsplatz gewonnen hatten. Deshalb wurde die räumliche Unterbringung der Flüchtlinge erst von dem Zeitpunkt an problematisch, als die Umsiedlungsaktion und die Maßnahmen zur Familienzusammenführung sich auswirkten. Dann erst suchten die Heimatvertriebenen Wohnung für einen Haushalt, nicht nur eine Schlafstelle und provisorische Unterkunft. Ausgebombte und Kriegsteilnehmer standen mit ihrem Wohnungsbedarf im Wettbewerb mit den Flüchtlingen,² wodurch sich zwischen alten und neuen Bürgern keine Schicksalsgemeinschaft entwickelte, sondern Gegnerschaft. (Die bisherigen Erfolge der räumlichen Unterbringung der Flüchtlinge müßten mit den Wohnverhältnissen der übrigen Großstadtbevölkerung verglichen werden, wenn diese als Maßstab für die soziale Eingliederung angesehen werden.)

Etwa vier Fünftel der Ende 1952 in den Stadtstaaten lebenden Flüchtlinge waren bereits im September 1950 zugezogen.³ Die fortschreitende Zuwanderung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands hat die Situation nicht wesentlich verschärft, weil gleichzeitig der Wohnungsbau in beiden Ländern gute Fortschritte machte. Nachdem der Um- und Ausbau beschädigter Wohnhäuser bis Ende 1950 abgeschlossen war,⁴ ist in den folgenden Jahren die Zahl der genehmigten und fertiggestellten Wohnungsbauten vergleichsweise niedriger gewesen.⁵ Immerhin ergibt sich

gedrückt wurden, geht z. B. daraus hervor, daß nach der Wohnraumkartei des Landes Hamburg, auf Grund deren die Raumbewirtschaftung erfolgt, nur etwas mehr als 9000 Notwohnungen registriert wurden, während aber nach der bundeseinheitlichen Zählung — und am Maßstab des Bundesdurchschnitts gemessen — fast 50 000 Notwohnungen in Hamburg vorhanden waren.

² Vgl. *Hollmann*: „Die Heimatvertriebenen im Lande Bremen“, a.a.O., S. 56: „... Der größte Teil dieser zuwandernden Heimatvertriebenen kommt aus dem niedersächsischen Einzugsgebiet des Landes Bremen. Von dort aus versuchen sie, zunächst einen Arbeitsplatz in der vielfältig gegliederten Wirtschaft des Landes Bremen zu bekommen, um dann ihre Bemühungen mit der Wohnungssuche am Arbeitsort fortzusetzen ... dabei begnügen sie sich — wenigstens für den Anfang — mit noch so bescheidenen Unterkünften ...“

³ Vgl. Tabellen Nr. 1 und 10 im Kapitel II!

⁴ Lt. *Ide*: („Der Bestand an Wohnungen und Gebäuden in der Hansestadt Hamburg“ in „Hamburg in Zahlen“, a.a.O., Jg. 51/29, S. 7) bestanden 1950 in Hamburg, abgesehen von Kellerwohnungen in Ruinen, nur 1495 bewohnte, aber nicht wiederhergestellte Gebäude.

⁵ Im Lande Hamburg hat die Neuerstellung von Wohnraum zugenommen. In Bremen lag die Zahl der Baugenehmigungen nicht nur unter dem Bundesdurchschnitt der Länder, sondern auch unter dem für Großstädte ermittelten Durchschnitt; vgl. *Deneffe*: „Die Bautätigkeit...“ in *Wirtsch. u. Statist.*, Hefte 10/51, 4/52 und 10/52.

beim Vergleich des Wohnungsbestandes vom 13. September 1950 bis zum 31. Dezember 1951 ein Zuwachs von 103 Wohnungen je 1000 Normalwohnungen in Hamburg, von 75 Wohnungen in Bremen, während die entsprechende Zuwachsrate im Bundesdurchschnitt 59, in Westberlin nur 12 und im Land Nordrhein-Westfalen 61 betrug.⁶

Die vorhandenen und neu aufgebauten Wohnungen reichen aber bei weitem nicht aus, den Bevölkerungszuwachs aufzunehmen:

Tabelle 38
Wohnbevölkerung und Wohnungszahl in den Stadtstaaten 1939, 1950 und Ende 1952⁷

	Bremen					Hamburg ¹				
	1939	1950	1952	1939 = 100 1950	1952	1939	1950	1952	1939 = 100 1950	1952
Wohnbevölkerung	562915	558619	583986	99	104	1711877	1605600	1687200	94	99
Bestand an Normalwohnungen	165919	120400	136950	73	83	552484	336400 ¹	394400	61	71

¹ Vor den Großangriffen im Jahre 1943 hatte Hamburg 556 700 Wohnungen in 121 500 Wohngebäuden; im Mai 1945 wurden rd. 226 000 in 71 510 Häusern als noch bewohnbar angesehen.

Im Lande Hamburg wird versucht, durch Förderung des Wohnungsbaus aus öffentlichen Mitteln der Wohnungsnot zu steuern. Der Anteil neuer Wohnhäuser betrug in Hamburg bereits 1950 knapp 18 vH.⁸ Die Vernichtung und Beschädigung von Wohngebäuden durch Luftangriffe, die allein in der Schreckenswoche des Sommers von 1943 von 3000 Flugzeugen gegen Hamburg geführt wurden und ganze Wohnviertel zerschlugen, hatte entsetzliche Ausmaße.⁹ Der größere Bauerfolg ist eine Folge der größeren Not: in Bremen waren nur 9 vH der Wohngebäude Neubauten, und damit lagen die Städte Bremen und Bremerhaven noch über dem Durchschnitt der niedersächsischen Großstädte.¹⁰ Aber auch ein Bauerfolg von 180 und 170 Wohnungen je

⁶ Vgl. *Wirtschaft und Statistik*, 4. Jg. 1952/12, S. 495—496 (Bo): „Der Wohnungsbestand am 31. 12. 1951“.

⁷ Vgl. Sonderheft 3 der *Statist. Mittlg. aus Bremen*, „Die Wohnungszählung am 13. September 1950 im Lande Bremen“ und *Ide*: „Der Bestand an Wohnungen ...“, a.a.O., S. 8, sowie *Wirtschaft und Statistik*, Jg. 4/1952. S. 496.

⁸ Vgl. *Ide*, a.a.O., S. 6.

⁹ Vgl. *Studt u. Olsen*: „Hamburg — Die Geschichte einer Stadt“ — Hamburg 1951, S. 248/49: „Das entsetzlichste Unglück, das über Hamburg im Laufe seiner Geschichte hereingebrochen ist, waren die Bombennächte im Juli/August 1943 ... 42 000 Menschen büßten ... ihr Leben ein. Ganze Wohn- und Industriegebiete — St. Georg-Süd, Billwerder-Ausschlag (Rothenburgsort), Hammerbrook, Hamm, Borgfelde, Hohenfelde, Eilbeck, Barenbeck-Süd — sanken unter dem Hagel der Bomben dahin. Große Teile der Neustadt, des Hafens ... wurden hart getroffen ...“

¹⁰ In Hannover 5,5 vH, in Braunschweig 4,1 vH (vgl. *Statist. Monatshefte für Niedersachsen*, 1951/11, S. 361).

10 000 Einwohner, wie er für Hamburg bzw. Bremen in den Jahren 1950/51 festgestellt wurde, oder von 144 bzw. 135 Wohnungen im Jahre 1952, kann angesichts des Zerstörungsgrades dieser Städte nicht genügen, den für Einheimische und Fremde erforderlichen Wohnraum in der wünschenswerten Zeit zu erstellen.¹¹

Allerdings ist der Baustil in beiden Ländern nicht ohne Einfluß auf den Erfolg der Wohnraumbeschaffung. Über den soziologischen Wert des traditionellen „Bremer Hauses“, des geräumigen Einfamilien-Reihenhauses auf eigenem Grund und Boden, ist viel diskutiert worden.¹² Die Stadt Bremen ist von dem überstürzten und unorganischen Städtewachstum auch bei der spät einsetzenden Industrialisierung verschont geblieben, weil die Unternehmer niedersächsischer und friesischer Abkunft für die von auswärts herangeholten Industriearbeiter ganze Straßenzüge von kleinen Einfamilien-Reihenhäusern erbauen ließen, um sie in die bremische Tradition so weit wie möglich einzu-beziehen. Die Erhaltung dieser für eine Industriegroßstadt eigenartigen Bauweise wird nicht nur mit sozialpolitischen Argumenten verteidigt, etwa mit dem Hinweis auf die Stärkung des Staatsbürger-Bewußtseins in der Arbeiterschaft, sondern auch mit der bautechnischen Zweck-mäßigkeit; angesichts des hohen Grundwasserstands würde für den Bau mehrstöckiger Häuser eine sehr kostspielige Terraingrundierung erforderlich, die sich beim Einfamilienhaus erübrigt. Auch nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges beherrschen diese Vorstellungen das bremische Bauwesen und veranlassen äußerste Zurückhaltung im Mietshaus- und Kleinwohnungsbau.¹³

In der Stadt Bremerhaven ist die Wohndichte wesentlich größer; im Städtebild und in der Bauweise wird der preußische Einschlag deut-

¹¹ Vgl. „Die wirtschaftliche Entwicklung im Lande Bremen im Jahre 1951“ aus „Statistische Mitteilungen aus Bremen“, Heft 4/1951, S. 15: „Bleibt das Bautempo der Jahre 1949 bis 1951 erhalten, könnte der Wiederaufbau Bremens in einem Jahrzehnt geschafft sein...“ und ferner: „fertigestellte Wohnungen im Jahre 1952 in Wirtsch. u. Statist. NF 5. Jg./3, S. 117: Hamburg 24 100; Bremen 7900.

¹² Vgl. *Maas*, H.: Geist und Formen des bremischen Staatslebens“, a.a.O., und *Wortmann*, W.: „Das Bremer Haus und das bremische Wohnungswesen“ in „Der Schlüssel“ — Bremer Beiträge zur Kultur und Wirtschaft — 1936/6-7, S. 275 ff. *Kappe*, G., „Die Unterweser und ihr Wirtschaftsraum“, Bremen, 1929, S. 125.

¹³ *Wortmann* schrieb aber bereits 1939 zu dieser Frage (a.a.O., S. 282): „Die lebhafte Entwicklung der Industrie und der anhaltende starke Arbeiterzuzug von auswärts fordern die Herstellung genügender Mietwohnungen, an denen es ja schon lange vor dem Kriege in Bremen fehlte. Das Mehrfamilienhaus hat in den letzten Jahren ganz allgemein so durchgreifende Verbesserungen erfahren, daß seine Wohnungen als einwandfrei und in ihrer Art den Wohnungen im Ein- und Zweifamilienhaus gleichwertig anzusehen sind. Es ist eine Wohnform, die auch in Bremen in Zukunft nicht entbehrt werden kann...“

lich: Mietskasernen (und seit 1950 Wohnblocks) bieten Wohnungen für den größten Teil der Einwohner. Zwar gibt es Kleinsiedlungen und Einzelhäuser in den Stadtrandgebieten, und dort entstanden auch in der Nachkriegszeit im Wege der Selbsthilfe Behelfsheime und Einfamilienhäuser. Aber während 1950 in Bremen 53 vH aller Wohngebäude aus Einfamilien- und Bauernhäusern und 39 vH Etagenmiethäusern bestanden, waren beide Gebäudearten in Bremerhaven zu dieser Zeit je zur Hälfte vorhanden, und seither entstanden durch planmäßigen Mietshausbau überwiegend Mehrfamilienhäuser.¹⁴

Erst recht aber wird im Hamburger Wohnungsbau den veränderten sozialen Verhältnissen Rechnung getragen. Im hamburgischen Wohnstil der Jahrhundertwende hat die große und mittlere Etagenwohnung vorgeherrscht. Oft wurde die große Wohnung für den Familien- und Repräsentationsbedarf des wohlstuierten Mittelstandes gesucht, sehr häufig aber auch für den Zweck, den Haushaltungen für die zeitweilige oder dauernde Abwesenheit des seefahrenden oder reisenden Ernährers durch „Einlogierer“ einen Nebenerwerb zu sichern.¹⁵ Obgleich die Baukosten für die Klein- und Einzimmerhaushaltungen verhältnismäßig hoch sind, wird für die große Zahl alleinstehender Männer und Frauen trotz mancher soziologischer Bedenken dieser Wohnraumbedarf als sozial berechtigt angesehen und in angemessenem Umfang berücksichtigt.¹⁶

Insgesamt wird das Wohnungsbauergebnis seit der Währungsreform für das Land Bremen mit 33 000 Wohnungen, für Hamburg mit 195 000 beziffert. Besonders aktiv und erfolgreich betätigen sich die gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbauträger in Hamburg bei der Errichtung von Wohnhäusern.

Bei der Volkszählung im Jahre 1950 wurde festgestellt, daß in Bremen 8009 Personen als Insassen von Anstalten, darunter in Massenunterkünften der Städte Bremen und Bremerhaven 20 Flüchtlinge und 328 andere Personen als Wohnungslose¹⁷ eingewiesen waren. Bis Ende 1952 hatte sich die Zahl von Personen in Massen- und Notunterkünften auf 2300 erhöht, unter ihnen waren fast 1800 Flüchtlinge.¹⁸ In Hamburg bestanden im September 1950 71 Lager und Massenunterkünfte zur Aufnahme von Wohnungslosen, in denen 28 000 Personen lebten;

¹⁴ Vgl. „Die Wohnungszählung...“, Sonderheft 3, a.a.O., S. 15.

¹⁵ Vgl. R. E. May: „Kosten der Lebenshaltung und Entwicklung der Einkommensverhältnisse in Hamburg seit 1890“ — in Schriften des Vereins für Sozialpolitik — „Untersuchungen über die Preisbildung“ — 145. Band, IV. Teil, S. 259 ff.

¹⁶ Vgl. „Neue Heimat“ — „Ein Beispiel gewerkschaftlicher Wohnungspolitik“ — Festschrift zum 25jährigen Bestehen — Hamburg 1952, S. 145.

¹⁷ Vgl. „Die Wohnungszählung“, Sonderheft 3, a.a.O., S. 20.

¹⁸ Bericht des Amtes für Flüchtlingswesen beim Senator für Wohlfahrtswesen — Oktober 1953.

13 000 von ihnen hatten Wohnungen innerhalb der Lager und 5700 besaßen weder im Lager noch außerhalb eine eigene Wohnung. Unter den 21 000 Insassen sämtlicher Wohn- und Beherbergungsanstalten waren 4800 Heimatvertriebene (= 23 vH); in den gemeindlichen und konfessionellen Wohnheimen und in den Lagern und Massenunterkünften waren von der Gesamtbelegung (etwa 10 000 Menschen) fast die Hälfte Heimatvertriebene; darüber hinaus hausten noch eine große Zahl von Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone in diesen Lagern und Anstalten.¹⁹ Ihre Zahl hat in den Jahren 1950 bis 1952 so stark zugenommen, daß seit 1953 sämtliche Bunker, Hallen und sonstigen Notunterkünfte überbelegt sind.

Die Unterbringung der Flüchtlinge aus dem sowjetisch besetzten Gebiet stößt auf große Schwierigkeiten, die der Heimatvertriebenen gelang im Lande Bremen besser als in Hamburg: In beiden Ländern leben aber auch von den in Wohnungen untergebrachten Vertriebenen noch zwei Drittel im Untermietverhältnis, und zwar nicht nur Einzelpersonen, sondern ebensoviel Zwei- und Mehr-Personen-Haushalte. In Bremen wie in Bremerhaven erreichten es Heimatvertriebene verhältnismäßig besser, als Wohnungsinhaber Fuß zu fassen; angesichts der großen Zahl der gleichfalls in Notwohnungen lebenden Einheimischen kann es nicht wundernehmen, daß die Flüchtlingswohnungen zum Teil aus Notwohnungen bestanden.

Tabelle 39

Die Heimatvertriebenen nach ihrer Unterbringung in den Ländern Bremen und Hamburg am 13. 9. 1950

Gebiet	Heimatvertriebene			von 100 heimatvertrieb. Wohnparteien waren			
	in v. H. der Wohnbevölkerung	als Wohnparteien Anzahl	in v. H. aller Wohnparteien	Wohnungsinhaber in Normalwohnungen	in Notwohnungen	Untermieter	wohnungslos Ein. gewiesene ¹
Stadt Bremen	8,6	14553	8,8	27,2	8,1	63,1	1,6
Bremerhaven	8,8	3773	8,7	21,3	11,4	66,2	1,1
Land Bremen	8,6	18326	8,8	26,0	8,8	63,7	1,5
Land Hamburg	7,2	42503	7,2	20,3	11,6	61,1	7,0

¹ In Unterkünften außerhalb von Wohnungen.

Hinsichtlich ihrer Belegung, also im Verhältnis von Raumzahl und Größe der Wohnparteien unterschieden sich die Flüchtlingswohnungen kaum von der durchschnittlich hohen Belegung anderer Notwohnungen.

Auch die Normalwohnungen sind in beiden Ländern überbelegt; zwei Drittel aller Parteien müssen ihre Wohnung mit anderen teilen. Der Zwang zum Zusammenrücken, wie er z. B. in der erhöhten Mit-

¹⁹ Vgl. *Ide*: „Anstalten und Massenunterkünfte und ihre Bewohner in der Hansestadt Hamburg“ in „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1951/53, S. 11.

benutzung von Kochgelegenheiten anderer Mietparteien zum Ausdruck kommt, trifft einheimische Ausgebombte, Kriegsteilnehmer und Flüchtlinge in gleicher Weise.

Für die Beurteilung der Wohndichte ist die Zahl der Wohnparteien allein nicht so wichtig wie deren Größe. Es wurde festgestellt, daß die Flüchtlinge, die selbst Wohnungsinhaber sind, durchweg größere Haushaltungen haben als die übrige Bevölkerung, so daß 1950 alle Flüchtlingswohnungen überbelegt waren. Darin hat sich auch nach 1950 offenbar nichts geändert. Zwar ist der Nachweis nur für die Wohnungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zu führen, da nur dieser der Wohnraumbewirtschaftung noch unterliegt. Aber die seit 1952 angeordnete Wohnraumvergabe-Statistik²⁰ weist für dieses Jahr aus, daß sich für die Heimatvertriebenen die Wohnungsverhältnisse in den Stadtstaaten nicht in dem Umfang gebessert haben wie im übrigen Bundesgebiet. Der Anteil der Wohnraumzuweisungen an Flüchtlinge war — verglichen mit anderen bevorrechtigten Bevölkerungsgruppen — nicht so hoch, wie das dem 1950 ermittelten Wohnungsstandard und vor allem der Zahl der seither zugezogenen Heimatvertriebenen entsprochen hätte:

Tabelle 40

Die Wohnraumvergabe an Heimatvertriebene und Sachgeschädigte in den Ländern Bremen und Hamburg im Jahre 1952

Land	Erstvergaben (vergebene Räume)						Wiedervergaben (vergebene Räume)					
	insges.	Personen je Raum	darunter an Heimatvertr. ¹ u. Umsiedler		Sachgesch. u. Evakuierte		insges.	Personen je Raum	darunter an Heimatvertr. ¹ u. Umsiedler		Sachgesch. u. Evakuierte	
			in v. H.	Personen je Raum	in v. H.	Personen je Raum			in v. H.	Personen je Raum		
	absolut						absolut					
Hamburg	43500	1,01	28	1,05	48	0,96	35000	1,32	7	1,32	10	1,31
Bremen	19000	1,00	27	1,06	55	0,96	10300	1,07	20	1,12	35	1,07
Bundesgebiet	826500	1,22	46	1,17	19	1,05	971000	1,22	33	1,32	10	1,16

¹ Die Flüchtlinge aus dem sowjetisch besetzten Gebiet sind in den hier nicht besonders aufgeführten „übrigen bevorrechtigten Bevölkerungsgruppen“ enthalten, nicht in dieser Rubrik! So wurden 1952 in Hamburg nur an 45 Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone Neubauwohnungen zugewiesen mit zusammen 40 Räumen. Zu den ersten drei Quartalen 1953 — also ehe die aus Sondermitteln des Bundeshaushalts für die Unterbringung von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone fertiggestellten 440 Wohnungseinheiten verteilt wurden — erhielten sie insgesamt sechs neu fertiggestellte Räume von insgesamt 28 900. Im Jahre 1953 partizipierte jedoch eine große Zahl von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone (673) an der Wiedervergabe von Wohnräumen (420 Räume von insgesamt 30 800 wiedervergebenen Räumen). (Vgl. Wirtschaft und Statistik Jg. 1953/4, S. 170; für 1952 durch Statist. Landesamt.)

²⁰ Gem. Rechts-VO des Bundesministeriums für den Wohnungsbau vom 29. Februar 1952 haben die Länder einen Nachweis über die Zuweisung von Wohnraum durch die Wohnungsämter halbjährlich dem Statistischen Bundesamt mitzuteilen. In Wirtschaft und Statistik, 5. Jg./2, S. 78 und 5.Jg/4, S. 169 erfolgte deren Veröffentlichung über 1952.

Im Jahre 1953 wird die Gesamtzahl der zur Vergabe anstehenden Wohnungen in beiden Ländern geringer sein als 1952. Nach Meldungen aus den Quartalen I bis III/1953 ist zu entnehmen, daß die Heimatvertriebenen im Zusammenhang mit Umsiedlungsmaßnahmen relativ stärker berücksichtigt wurden (in Bremen 29, in Hamburg 31 vH der Erstvergaben; in Bremen 20, in Hamburg 10 vH der Wiedervergaben), und daß im Rahmen der Sonder-Wohnungsvergabe aus zweckgebundenem Wohnungsbau auch die Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone in gewissem Umfang an der Wohnungsvergabe 1953 beteiligt werden: in Bremen haben bereits im ersten Halbjahr 155 Personen im Zuge der Erstvergabe, 157 Personen im Wiedervergabebewege Wohnung bekommen. Nach wie vor ergibt sich durchschnittlich bei Flüchtlingen je Raum eine Belegung mit 1,1 Personen oder mehr, während in beiden Stadtstaaten im Jahre 1953 die Gesamtrate 1:1 betragen wird.²¹

Aus den statistischen Unterlagen kann aber keine rechte Vorstellung von der Wohnungsnot der Flüchtlinge gewonnen werden. Das Verhältnis von Notwohnungen und Normalwohnungen, deren Ausstattung mit Installation, Kocheinrichtung und Nebenräumen, die Wohndichte und Haushaltsgröße der ansässigen Bevölkerung und vor allem die Verteilung von Flüchtlingen — alle diese Faktoren des Wohnungswesens — sind in den einzelnen Stadtbezirken so vielfältig geschichtet und unterschiedlich verteilt, daß Mittelwerte nur für eine oberflächliche Orientierung etwas aussagen. Vor allen Dingen geben sie keine Auskunft über die Inanspruchnahme von Wohnraum durch Flüchtlinge, die nicht „Heimatvertriebene“ sind.²²

So erscheinen in Stadtgebieten mit normalen Mietpreisen die durchschnittlichen Wohnungsverhältnisse der Nichtvertriebenen zufolge der Aufnahme von nichtregistrierten Flüchtlingen schlechter als sie sind. Aus begreiflichen Gründen ist aber der Wohnstandard der einheimischen Bevölkerung selbst dann besser als der der Flüchtlinge, wenn sie von der Ausbombung betroffen waren.

Das Ungleichgewicht innerhalb der Städte und Stadtbezirke, das erst die Wohnungsnot empfindlich macht, wird so durch die statistischen Meßziffern eher verwischt als erhellt. Gerade diese Unterschiede sind

²¹ Quelle: Wohnraumvergabe-Statistik bei den Statistischen Landesämtern, resp. Aufzeichnungen bei den zuständigen Behörden.

²² Viele von ihnen konnten nach Überschreitung der Grenze auf Grund persönlicher Beziehungen in den Stadtstaaten Aufnahme finden, ohne zusätzlichen Wohnraum als „Flüchtling“ zu beanspruchen. Soweit sie später Wohnrecht erlangten, eine Wohnung zugewiesen erhielten oder selbst bauten, wird dieser Wohnraum nicht als Flüchtlingsunterkunft, sondern zusammen mit dem der ständigen Einwohner der Stadtstaaten ausgewiesen.

jedoch der Anlaß dafür, den Flüchtlingen die Ungunst ihrer Wohnverhältnisse und damit ihre Heimatlosigkeit bewußt zu halten.

Die Einzelwanderung von Flüchtlingen in die Stadtstaaten hat bewirkt, daß ihre Unterbringung größtenteils ohne Störung des sozialen Gefüges erfolgen konnte. Es hatte zugleich den Nachteil, daß es einzelnen gelang — und nicht immer den Besten —, Vorrechte für sich in Anspruch zu nehmen und diese kräftig zu verteidigen. Vielen blieb bisher eine eigene Wohnung versagt. Andere sind zwar Wohnungsinhaber, müssen aber ihre Wohnung mit anderen teilen. Soweit die Front von Haupt- und Untermietern zwischen Flüchtlingen und Einheimischen verläuft, ist die soziale Eingliederung für die ältere Generation sehr erschwert, wenn nicht versperrt. Aber es geschieht von seiten der Flüchtlinge vieles, ihren Kindern die soziale Gleichstellung zu verschaffen und ihnen damit die Assimilierung in der neuen Heimat zu erleichtern. Auf dem Gebiet der Jugenderziehung und -betreuung zeichnen sich deutlich Eingliederungserfolge ab.

2. Schule und Berufsausbildung im Dienste einer sozialen Eingliederung der Flüchtlingsjugend

Nicht nur Flüchtlinge und ihre Kinder kranken an den Nachwirkungen der Kriegserlebnisse und an den leidvollen Erfahrungen der Nachkriegszeit. In der gesellschaftlichen Ordnung und im Arbeitsleben der neuen Heimat hat aber die Flüchtlingsjugend besondere Schwierigkeiten. Sie kann nur Fuß fassen, wenn sie die gleichen beruflichen Startchancen hat wie die einheimische Jugend. Deshalb sind Schule²³ und Ausbildung entscheidend für die Assimilation der zweiten Flüchtlingsgeneration.

Für zahlreiche Flüchtlingsfamilien, die in abgelegenen Orten Wohnung und vielleicht sogar lohnende Arbeit gefunden haben, ergibt sich mit Rücksicht auf die Zukunft ihrer Kinder die Notwendigkeit, in einen Raum mit besseren schulischen und beruflichen Ausbildungschancen zu übersiedeln. Die Anziehungskraft der Städte Hamburg und Bremen beruht nicht zuletzt auf ihren Schulen. Da im Lande Bremen mit der Schulreform zugleich eingeführt wurde, daß für bremische Kinder Schulgeldfreiheit gewährt wird, ist der Drang von Flüchtlingsfamilien, die Landesgrenze zu überschreiten, begreiflich. Umgekehrt liegen die Verhältnisse für die schulpflichtige Flüchtlingsjugend in dem zu Schleswig-Holstein gehörigen Einzugsbereich von Hamburg, weil dort die Schulkosten vom Lande getragen werden, wogegen Hamburg

²³ Die uneinheitliche Gestaltung des deutschen Schulwesens (Dauer der Schulpflicht, Schulgeldfreiheit, fachliche Ausrichtung, Schulsystem) ist ein großes Hindernis, gerade für die Flüchtlingskinder.

das traditionelle Schulsystem pflegt und Schulgelderlaß nur in besonderen Fällen gewährt. Der Drang zur besseren Schulausbildung läßt sich also für die Heimatvertriebenen in Bremen besser als in Hamburg verwirklichen — in diesen beiden Großstädten aber, wie überall in dichter besiedelten Gebieten, erheblich besser als im Durchschnitt des Bundesgebiets.²⁴

Wie erheblich in sämtlichen Schulen die Zahl der Schüler dank dem natürlichen Bevölkerungszuwachs seit Rückkehr der evakuierten Familien und zufolge der Zuwanderung von Flüchtlingsfamilien gestiegen ist, wird aus folgenden Zahlen deutlich:

Tabelle 41
Gesamtschülerzahl in allen bremischen und hamburgischen Schulen²⁵

Jahr	Bremen			Hamburg		
	Schüler insgesamt absolut	1938 = 100	darunter Heimat- vertriebene in vH	Schüler insgesamt absolut	1938 = 100	darunter Heimat- vertriebene in vH
1938	60 500	100,0	·	184 385	·	·
1939	60 500	·	·	·	·	·
1945	56 650	94,0	·	116 459	63,0	·
1950	74 780	124,0	8,6	196 758	107,0	5,6
1951	77 072	127,0	9,5	210 526	114,0	7,5
1952	78 636	130,0	10,0	214 357	116,5	9,0

In allen Arten des Schulwesens liegt die Beteiligung der heimatvertriebenen Schüler an der Gesamtschülerzahl unter der des Bundesdurchschnitts, der im Jahre 1951 rd. 19 vH betrug, und war 1952 sogar niedriger als im Mittel aller westdeutschen Stadtkreise. Aber in diesem Rahmen ist in den Ländern Bremen und Hamburg (wie überall sonst) die Beteiligung der Flüchtlingskinder jeweils in denjenigen allgemeinbildenden und berufsbildenden Sparten am größten, in denen die Kin-

²⁴ Vgl. dazu die Übersicht über die Gruppierung der Schulentlassenen bei Meis, W.: „Jugendarbeitslosigkeit und Nachwuchsfragen in Westdeutschland . . .“, in „Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend“, 1. Bd., Köln 1952. Im Jahre 1949 waren unter den Schulentlassenen im Bundesgebiet 743 498: Volksschüler 86,8 %; Mittelschüler 9,5 %; Abiturienten 3,7 %; in Hamburg 23 633: Volksschüler 80,6 %; Mittelschüler 15,2 %; Abiturienten 4,2 %; in Bremen 7763: Volksschüler 80,0 %; Mittelschüler 13,4 %; Abiturienten 6,6 %.

²⁵ Quelle für die Jahre 1950/51: Statistische Berichte VIII/20/2 und VIII/20/9 des Statistischen Bundesamtes; für die vorhergehenden Jahre aus Berger: „Schulbau aus Verpflichtung“, Bremen 1951.

der und Jugendlichen zu einem Abschluß mit sozial höherer Bewertung geführt werden:

Tabelle 42

Der Anteil der Heimatvertriebenen unter den Schülern der allgemein- und berufsbildenden Schulen in Bremen und Hamburg²⁶ in vH

Schulart	Bremen		Hamburg		Bundesgebiet	
	1950/51	1952/53	1950/51	1952/53	1950/51	1952/53
Allgemein bildende Schulen	9,5	10,0	7,5	9,0	18,9	19,3
darunter						
Grundschule (1. bis 6. Schuljahr)	9,5	9,5	7,8	8,6	11,6	19,2
Mittelschule	10,6	11,2	7,3	9,6	14,4	22,4
Höhere Schule	13,2	11,2	9,8	9,6	15,2	19,6
Sonderschule	3,6	6,1	4,7	8,2	11,2	12,3
Berufsbildende Schulen	12,0	14,7	8,4	8,6	17,0	·
Berufsfachschulen ..	20,2	14,4	9,6	13,7	14,9	·
Sonstige Fachschulen	13,7	22,8	12,0	14,7	13,3	·

In ihren Berufsfachschulen geben die Stadtstaaten tatsächlich einer großen Zahl von Flüchtlingen gute Ausbildungsmöglichkeiten, vornehmlich für jene Berufe, in denen die Überalterung der Belegschaften eine Nachwuchsschulung dringend erfordert. Unter den Schülern für Metallberufe waren z. B. in Bremen fast ein Drittel, in Hamburg etwa 24 vH Heimatvertriebene; in beiden Städten sind etwa ein Sechstel aller Fachschüler für Handels- und Verkehrsberufe Vertriebene, und zwar sowohl freiwillige als auch Pflichtschüler.²⁷ Besonders stark sind die Flüchtlinge an den Spezialschulen des Landes Bremen vertreten; es finden sich sogar in verhältnismäßig hohem Maße heimatvertriebene Jugendliche an der Seefahrts- und Ingenieurschule Bremen (fast 20 vH), obgleich für die Spezialberufe Schiffsoffizier und Schiffingenieur außer der abgeschlossenen Lehre noch 50 Monate Fahrzeit nachzuweisen sind. Ferner ist die hohe Beteiligung der Flüchtlinge an der Fachausbildung für Sozialberufe auffallend (50 vH).

In Hamburg wird ein besonders großer Flüchtlingsanteil in der Berufsausbildung des Geistes- und Kunstlebens festgestellt (28 vH). Bei der Ausbildung zum Volksschullehrer liegt der Anteil von Heimatvertriebenen in Bremen höher (28 vH) als in Hamburg (21 vH).²⁸ Außerdem bietet die Hamburger Universität Flüchtlingen gute Studien- und Existenzbedingungen.²⁹ Mit einem Anteil von mehr als

²⁶ Statistische Berichte, a.a.O.

²⁷ Vgl. Statistische Berichte VIII/20/6 vom 7. Juni 1952.

²⁸ Vgl. Statistische Berichte VIII/20/12 vom 20. Dezember 1952.

²⁹ Die Universität baute und unterhält ein Studentenwohnheim, das zu etwa 60 vH mit Flüchtlingen belegt ist. Die studentische Selbstverwaltung

einem Drittel Flüchtlingsstudenten, nämlich 19 vH heimatvertriebenen und 17 vH aus der sowjetischen Besatzungszone geflüchteten Studenten, leistet die Hamburger Universität für die soziale Eingliederung der Flüchtlinge Beträchtliches — relativ mehr als die Universitäten und Technischen Hochschulen in irgendeinem anderen westdeutschen Land.³⁰ Das Land Bremen unterhält mit Ausnahme einer Musikhochschule keine eigenen wissenschaftlichen Ausbildungsstätten; Spätheimkehrern und Flüchtlingen, die sich einem Studium zuwenden, werden aber in großzügiger Weise Stipendien und langfristige Darlehn aus Landesmitteln eingeräumt — unabhängig von anderen Unterstützungen und Renten.

Auch um die Schaffung von Lehrwerkstätten und -wohnheimen bemühen sich Stadtverwaltung, Kammern und Betriebe.³¹ Die Zahl von männlichen Lehrstellenanwärtern ist in den Stadtstaaten, anders als in anderen Teilen des Bundesgebiets, seit 1951 nicht übergroß, so daß für die nahe Zukunft Nachwuchsmangel befürchtet wird. Die schulische Vorbereitung von Flüchtlingskindern ist als Berufsnachwuchs für viele überalterte Spezialberufe im Schiffbau, in der Schifffahrt und im Außenhandel dringend erforderlich, auch für künftige Meister im graphischen Gewerbe, für Formermeister, Kieper und Stauer.

Die Zahl der bremischen und hamburgischen Schulentlassenen wird nicht ausreichen, die seit Kriegsende geschaffene Platzkapazität für industrielle, handwerkliche und kaufmännische Lehrlinge auszulasten, sobald geburtenschwache Jahrgänge nachrücken. Bisher war nicht nur ihre Zahl, sondern auch der Stand ihrer Schulkenntnisse unzulänglich.³² Deshalb ist der Lehrlingszuwachs aus kinderreichen Flüchtlingsfamilien sehr wertvoll; es genügt kaum, ihn nach der beruflichen Eignung der jugendlichen Flüchtlinge zu lenken, sondern es wird in länd-

wird bei der Vermittlung von Ferienarbeitsplätzen und nebenberuflichen, bezahlten Aushilfsarbeiten unterstützt. Auch stehen erhebliche Stipendienfonds zur Verfügung. Staatliche unterstützte Wohnheime bestehen für Studenten nicht; im Ausnahmefall finden Studenten Aufnahme in einem der Ledigenheime.

³⁰ Bundesdurchschnitt im Wintersemester 1951/52: 14,1 und 9,2 vH Flüchtlinge an Universitäten; 13,6 und 10,0 vH an sämtlichen Hochschulen (aus Statistische Berichte VIII/20/12, a.a.O.).

³¹ In der „Denkschrift . . . 1953“ (a.a.O., S. 11) wird berichtet, daß im Lande Bremen jährlich 2000 weibliche Schulentlassene keine Lehr- und Ausbildungsstellen finden können, und daß (S. 93 ff.) gerade für diese weiblichen jugendlichen Arbeitslosen ganz- und halbjährliche Grundausbildungslehrgänge veranstaltet werden. Diese werden ebenso wie die Schaffung und Unterhaltung von Lehrwerkstätten und Lehrlingsheimen für den Facharbeiternachwuchs nicht nur aus Mitteln des Bundesjugendplanes finanziert, sondern darüber hinaus aus Landesmitteln bezuschußt.

³² Vgl. Bericht der Handelskammer Hamburg über das Jahr 1952, Abschn. Berufsausbildung.

lichen Gegenden eine Anwerbung erfolgen müssen, sobald die dafür erforderliche Unterbringung bereitgestellt werden kann und auch die Berufsschulen diesen Anforderungen genügen können. In Bremen wurde begonnen, das Projekt eines groß angelegten staatlichen Berufsschulenzentrums in die Tat umzusetzen. In Hamburg ist die Wirtschaft mit überbetrieblichen Lehreinrichtungen (Lehrfilmstunden, Vorträge, Exkursionen) bemüht, gute Erfolge in der Lehrlingsausbildung zu erzielen.³³ Die staatliche Arbeitsverwaltung lenkt ihr Augenmerk vor allem darauf, die Jugendlichen im Rahmen der freien Berufswahl durch Berufsberatung und Vermittlung an die Mangelberufe heranzuführen.³⁴ Darüber hinaus müßte alles getan werden, rechtzeitig die Kinder auch solcher Flüchtlinge in die schulische Ausbildung der Stadtstaaten einzugliedern, die noch nicht in die Stadtstaaten übersiedeln konnten. Weder in Bremen noch in Hamburg gibt es Ausbildungshilfen für die Kinder, deren Eltern ihren Wohnsitz in Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein haben. Bisher ist also nicht viel geschehen, um die Kinder aus den noch in Lagern und Notunterkünften hausenden Halbfamilien³⁵ an die Ausbildungsmöglichkeiten der Stadtstaaten heranzuführen.

Noch erscheint in beiden Ländern eine verhältnismäßig große Jugendarbeitslosigkeit, in Bremen mit 3,3 vH sämtlicher Arbeitsloser sogar größer als im Bundesdurchschnitt,³⁶ obgleich sich in diesem die Fehlplacierung der Flüchtlinge auswirkt. Die Arbeitsmarktbedingungen machen so den Vorteil gleicher Startbedingungen für die Flücht-

³³ Vgl. ebenda S. 153/55: „Dagegen liegt die Initiative zur Schaffung von „Jugendlichenlagern“, Wohnheimen (für 14–18j.) und Ledigenheimen (ab 19. Lebensj.) im Lande Hamburg überwiegend bei den Betrieben. Der Staat selbst unterhält einige Wohnheime (mit rd. 620 Stellen, von denen etwa 20 vH an Flüchtlinge vergeben sind) und 3 Ledigenheime. Im allgemeinen werden nur vorsorglich oder nachgehend fürsorgebetreute Jugendliche in diesen Heimen untergebracht.“

³⁴ Vgl. „Hamburgs Wirtschaft . . .“, a.a.O., Jg. 1952, S. 31.

³⁵ Vgl. „Ein neuer Sozialpartner“, Soziogr. Institut a. d. Universität Frankfurt, 12. Juli 1951, S. 16: „In die Existenzform der Halbfamilie ist vor allem ein großer Teil der Flüchtlingsfamilien gedrängt. Diese leben durchweg an abgelegenen Orten. Hier wird das Problem der Jugendlichen ein besonders dringliches, da ihnen auch noch die Ausbildungsstätte fehlt und sie nur eine ganz geringe Aussicht haben, in einen Raum mit besseren Ausbildungs- und späteren Erwerbchancen umgesiedelt zu werden. Denn ihnen fehlt in jedem Fall der zum Existenzort drängende oder vom Aufnahmeland als ein Vollerwerbsfähiger zur Umsiedlung geworbene Vater.“

³⁶ Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil am 31. Oktober 1950 bei 3,1 vH, er stieg bis zum 30. April 1952 auf 3,9 vH. Vgl. „Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen und Ländern“ (Stichtage 31. Oktober 1950 u. 30. April 1952), hergeg. Bundesmin. f. Arbeit und Statistik Bonn. — Vom Oktober 1950 bis April 1952 ist in beiden Ländern die Jugendarbeitslosigkeit absolut und relativ gestiegen. (In Bremen von 3,3 auf 5,3 vH, in Hamburg von 2,8 auf 3,6 vH.)

linge unter den Schulentlassenen zunichte, die durch Schul- und Lehrmittelfreiheit, Ausbildungshilfe und Stipendien erreicht werden sollten. Zu einem Teil wirkt es sich aus, daß die Betriebe im Übermaß die ihnen anempfohlene Lehrlingshaltung pflegen, die ausgebildeten Kräfte aber nach Beendigung der Lehrzeit entlassen. In anderen Fällen scheiden die Jugendlichen auch selbst vor Abschluß der Ausbildung aus der Lehre aus, weil sie zu erkennen glauben, daß ihre Schulkenntnisse zur Erreichung des Lehrziels nicht genügen.³⁷ Unter dieser Benachteiligung leiden viele Flüchtlingskinder; ihr Anteil an der Zahl von Jugendlichen ohne Volksschulabschluß oder mit unvollendeter Mittel- und Oberschulbildung ist weit höher als bei den bodenständigen Jugendlichen. Dennoch wird gerade in den Stadtstaaten beobachtet, daß die Arbeits- und Lernbereitschaft unter der Flüchtlingsjugend groß ist, und daß die Eltern mit größter Anstrengung versuchen, die Kinder wieder auf den eigenen verlorenen Berufsstandard zu bringen. Die Zahl der Abbrecher in der Berufsausbildung ist unter den Heimatvertriebenen geringer als unter den Jugendlichen aus anderen sozialen Gruppen.³⁸ Um so bedauerlicher ist es, wenn sie nach beendeter Lehre der Arbeitslosigkeit anheimfallen. Obgleich die Beschäftigungsmöglichkeiten sich zwangsläufig bessern müssen, (der biologische Aufbau der Bevölkerung läßt ab 1955 einen Abbau des Nachwuchsoberschusses³⁹, der Altersaufbau der Stammarbeiter eine von Jahr zu Jahr verstärkte Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes erwarten) so erscheint eine „Reservehaltung ausgebildeter Jugendlicher“ bedenklich. In Hamburg ist im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms eine staatliche Aktion zur Ausbildung solcher jugendlicher „Reservisten“ in Angriff genommen worden. Gerade in Hamburg wurde aber für den Berufsschul-Entlassungsjahrgang 1948 repräsentativ ermittelt, daß vorwiegend diejenigen arbeitslos geworden waren, die einen Beruf erlernt haben, nicht die Ungelernten.⁴⁰ Zweifellos wird mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm für Jungarbeiter zunächst eine Entlastung des Arbeitsmarktes zustandekommen, die auch den Flüchtlingen weiterhilft. Aber die seelische Erschütterung der Jugendlichen, die sich trotz beruflicher Bewährung am Ende ihrer Ausbildungszeit nicht reibungslos in das Arbeitsleben eingeordnet sehen, kann besonders bei den aus

³⁷ Vgl. *Gebauer*, G.: „Bericht Nr. 48 über Verhältnisse in einer norddeutschen Großstadt“ in „Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend“, hergeg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Bd. 1, S. 56.

³⁸ Vgl. dazu *Wurzbacher*: „Das Verhältnis der männlichen jugendlichen Arbeitslosen zu Arbeit und Beruf“, in „Arbeitslosigkeit...“, a.a.O., S. 298.

³⁹ Vgl. *Lö*: „Die voraussichtlichen Schulentlassungen im Bundesgebiet in den Jahren 1951—1964“, aus *Wirtschaft und Statistik*, 3. Jg., Heft 8/1951, S. 3—6.

⁴⁰ Vgl. *Gebauer*, a.a.O.

ihren sozialen Bindungen gerissenen Flüchtlingen Reaktionen auslösen, die ihrer Wiedereinstellung später hinderlich sind.

Das gilt noch mehr für die aus der sowjetisch besetzten Zone geflohenen Jugendlichen als für die heimatvertriebene Jugend. Besonders die seit 1952 eintreffenden jungen Leute haben unter dem nun schon Jahre währenden sowjetischen Regime den Maßstab für alle Werte verloren. Das Schulwissen ist unzureichend und beruht teilweise auf falscher Unterrichtung. Dem gesprochenen Wort wird mißtraut. Sie entziehen sich am liebsten jeder Form von Betreuung und Beaufsichtigung. Ihre soziale Eingliederung ist — besonders in den Hafenstädten — überhaupt nur über eine solide Berufsausbildung und Berufsausübung möglich. Jugendliche Arbeitslose sind kriminell anfälliger, als die in Ausbildung und festem Beschäftigungsverhältnis stehenden jungen Leute. Zwar sind Kinder aus einheimischen Großstadtfamilien und die Gruppe der illegalen Zuwanderer nach den Erfahrungen der letzten Jahre stärker aus dieser Wechselwirkung zwischen schicksalhafter Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung und Kriminalität gefährdet als Kinder von Heimatvertriebenen. Aber es darf nicht übersehen werden, wie stark die noch für einige Jahre zu erwartenden Reibungen beim Übergang der Flüchtlingsjugend von der Ausbildung in die geregelte Berufsarbeit deren sozialer Eingliederung entgegenwirken.

Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Flüchtlingskinder das Vertriebenenschicksal nicht mehr als persönliche Kränkung empfinden, auch die soziale Deklassierung der Eltern nicht. Sie sind mit großer Selbstverständlichkeit dabei, sich jedem Berufsdrill zu unterwerfen, um die eigene Zukunft aufzubauen. Nüchtern sind sie darauf bedacht, jede sich bietende materielle Erleichterung und Unterstützung im Interesse ihres Fortkommens zu nutzen. Zur sozialen Eingliederung könnte ihre durchweg gesunde biologische Substanz und ein stark ausgeprägtes Verantwortungsgefühl der Familie und sich selbst gegenüber beitragen. In beiden Stadtstaaten wird eine große Arbeitsbereitschaft der jugendlichen Flüchtlinge im Vergleich mit den bremischen und hamburgischen Altersgenossen beobachtet. Obwohl das anerkannt wird, konnte bisher wenig geschehen, der starken Mobilität entgegenzutreten, vielmehr sind unter den weiterwandernden Flüchtlingen die Jugendlichen stark vertreten, allerdings vornehmlich die „Illegalen“ unter den Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone. Zu wünschen wäre, daß der wertvolle Teil der Flüchtlingsjugend in die Berufs- und Arbeitstraditionen der Stadtstaaten hineinwüchse für die nicht ferne Zeit des allgemeinen Facharbeitermangels.

3. Die Flüchtlinge als Mitbürger in Bremen und Hamburg

Die Beziehungen der Flüchtlinge zu den gesellschaftlichen Gruppen in den Stadtstaaten sind — wie in Großstädten kaum anders denkbar — weniger eng, aber auch weniger reibungsempfindlich als in sozial festgefühten ländlichen Gemeinden. In den Welthafenstädten war es nie etwas Besonderes, daß ein Fremder sich niederläßt und am wirtschaftlichen Leben teilnimmt. Die Exklusivität einzelner Schichten und Gruppen gegenüber den Zugezogenen trifft die Flüchtlinge genau so wie andere Neubürger. Allenfalls stehen der selbstverständlichen Aufnahme der Flüchtlinge psychologisch begründete Widerstände entgegen, die sich aus den von ihnen erhobenen materiellen Forderungen ergeben: diese Ansprüche reißen immer von neuem die Front zwischen Einheimischen und Vertriebenen auf.⁴¹

Für die Eingliederungsbereitschaft der Flüchtlingsbevölkerung und ihre Lebenskraft sprechen die — auch im Verhältnis zur Altersgliederung — relativ hohen Eheschließungszahlen zwischen Heimatvertriebenen und Nichtvertriebenen.⁴²

Tabelle 43

Zahl der Eheschließungen in den Ländern Bremen und Hamburg und die Beteiligung von Heimatvertriebenen in den Jahren 1950 bis 1951

	Eheschließungen							
	insgesamt		darunter zwischen					
			Heimatvertriebenen Brautleuten in v. H.		Heimatvertriebenen u. nichtheimatvertrieb. Brautleuten in v. H.		Nichtvertriebenen Brautleuten in v. H.	
Bremen	Hamburg	Bremen	Hamburg	Bremen	Hamburg	Bremen	Hamburg	
1950	5665	16965	3,8	2,8	16,8	12,7	79,4	84,5
1951	5305	16020	4,7	3,0	20,0	15,6	75,3	81,4
1952	5235	14506	5,1	4,2	22,0	21,4	72,9	74,4

Nicht allein die Heiratshäufigkeit ist demnach bei den Heimatvertriebenen stärker als bei der übrigen Bevölkerung, sondern vor allem ist eine sehr beträchtliche Verschwägerung zwischen Flüchtlingen und Nichtvertriebenen festzustellen. Das entspricht dem Drang der Vertriebenen, „sich auf alle Weise . . . die drei Güter zu verschaffen, die ihnen schlechterdings unentbehrlich erscheinen: Beruf, Ruf und Heim . . .“⁴³ Das Bestreben nach Überwindung der sozialen Isolierung

⁴¹ Vgl. dazu die außerordentlich wirklichkeitsnahen Darstellungen bei Pfeil, E.: „Soziologische und psychologische Aspekte der Vertreibung“ in „Europa und die deutschen Flüchtlinge“, Frankfurt 1952, S. 60 ff.

⁴² In Wirtschaft und Statistik, Jg. 4/1952, S. 271 wird dieser natürliche Prozeß sehr treffend als die „ursprüngliche Form der Eingliederung“ bezeichnet.

⁴³ Pfeil, a.a.O., S. 62.

und der landsmannschaftlichen Fremdheit findet mit der Gründung einer eigenen Familie in der neuen Heimat besonders deutlichen Ausdruck.

In zahlreichen Fällen bietet die „Einheirat“ für Mädchen und junge Männer nach Jahren der Flucht, des Massen- und Lagerdaseins den ersten Schritt zur Wiederherstellung normaler Lebensweise. Außerdem wird häufig genug die Hergabe von Wohnraum, ja überhaupt die wirtschaftliche Existenz durch die Verheiratung mit eingesessenen Partnern gesichert.⁴⁴

Diese Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen ist es auch, die den Bestand der landsmannschaftlichen Verbände und Heimatgruppen in den Hansestädten sichert. Erfolgreiche Unternehmer, Gewerbetreibende und Beamte unter den Vertriebenen lösen sich in der Regel allmählich aus dieser gesellschaftlichen Verbindung mit ihren Schicksalsgenossen — nicht allein wegen der Überbürdung mit Arbeit, sondern vor allem in der Absicht, gesellschaftliche Beziehungen zu den Einheimischen ihres Berufsstandes zu pflegen. Die Angehörigen unselbständiger Berufe und die sozial Abgesunkenen finden dagegen nur unter ihren Landsleuten Verständnis für die materiellen und psychologischen Nöte der Heimatlosigkeit. Das ist die Schicht, die den Flüchtlingsverein vornehmlich trägt.

Den wirtschaftlichen Interessen der Flüchtlingsunternehmer dienen die Verbandsstellen der heimatvertriebenen Wirtschaft und der ostzonalen Betriebe, die beide in Hamburg und Bremen mit eigenen Geschäftsstellen vertreten sind.⁴⁵ Diesen Verbänden gehören als Mitglieder die heimatvertriebenen und ostzonalen Unternehmer (Vollkaufleute) an, die sich in den Stadtstaaten niedergelassen haben. Die Vereine bezeichnen sich als „Exilkammern“ und sind zuständig für die sachkundige Beratung und die Vertretung spezieller Anliegen der Flüchtlingsunternehmer in Bewirtschaftungs-, Steuer- und Rechts-

⁴⁴ „Einheimische“ und „Flüchtlinge“ als Gruppen im Sinne der Sozialbiologie anzusehen und aus der Verschwägerung von Angehörigen dieser Gruppen Schlüsse auf Wandlungen im biologischen Gefüge der Stadtstaaten zu ziehen, verbietet sich. Es fehlen nicht nur die statistisch-methodischen Voraussetzungen für die Berechnung des Konnuptial-Index (gem. Lö: „Die Eheschließungen der Heimatvertriebenen im Bundesgebiet 1950 und 1951“ in *Wirtsch. u. Statist.* 1952/7, S. 271 und *Poepelt*, K.: „Die Einwurzelung der Flüchtlinge als sozialbiologisches Problem“, Vortrag Wilhelmshaven, publ. 1953). Sondern vor allem treffen die Flüchtlinge in den Hafenstädten auf eine so vielfältig zusammengewürfelte Einwohnerschaft, daß Vergleiche und Berechnungen dieser Art die Problematik nur verdunkeln könnten.

⁴⁵ Die „Vertretung der heimatvertriebenen Wirtschaft“ (V.h.W.) Bonn, hat in Hamburg und Bremen je eine Landesstelle. Die „Interessengemeinschaft der in der Ostzone enteigneten Betriebe e. V.“ steht mit der V.h.W. in losem Kontakt; sie hat ihren Sitz in Hamburg und wird in Bremen durch einen Rechtsanwalt vertreten.

fragen. Allerdings stehen diese Verbände in ihrer Wirkungsmöglichkeit im Schatten der bodenständigen Kammern; für die Entfaltung eigener Initiative oder wirksamer Wirtschaftspolitik zugunsten der Flüchtlingsbetriebe haben sie weder gesetzliche Handhabe noch finanzielle Grundlagen.

Die Veranstaltungen der Flüchtlingsvereine und -verbände haben selten über den Kreis der organisierten Mitgliedschaft hinaus Werbekraft. Aber aus diesen Verbänden, auch aus den Landsmannschaften, gehen vielfach die Vertreter der Flüchtlinge in politischen Parteien und Organisationen hervor.

Auf Landesebene ist in den Hansestädten im allgemeinen nicht viel geschehen, den Vertriebenen politischen Einfluß zu verschaffen. Dazu haben die Flüchtlinge und ihre Verbände untereinander zu wenig Kontakt. Zwischen ehemaligen Industriellen, Kaufleuten, Bauern, Beamten, Angestellten und der Arbeiterschaft bestehen soziale Unterschiede, die verhindern, daß sie zu einer homogenen Gemeinschaft zusammenwachsen oder zu geschlossener Meinungsbildung kommen — es sei denn im Gegensatz zur Gesamtheit der Einheimischen. Dieser Gegensatz tritt angesichts der vielfältigen sozialen Verknüpfungen in den Großstädten um so weniger in Erscheinung, als die Bomben- und anderen Kriegsgeschädigten ja in mancher Beziehung das Los der Flüchtlinge teilen.

Die Stellungnahme der Flüchtlinge zu Fragen der Bundespolitik erwächst selten unmittelbar aus der sozialen Entwurzelung und Verlorenheit, vielmehr zumeist aus dem Bekenntnis zu den politischen Programmen derjenigen sozialen und wirtschaftlichen Schichten, denen sie wieder angehören wollen.⁴⁶ Mit Ausnahme von einigen Persönlichkeiten besonderen politischen Formats oder weitreichender wirtschaftlicher Bedeutung ist die aktive Teilnahme am politischen Leben der Bundesrepublik auf solche Vertriebene beschränkt, die im Rahmen ihrer derzeitigen beruflichen Tätigkeit sozial unbefriedigt sind oder ihre Fähigkeiten und Kenntnisse anderweit nicht angemessen verwenden können. —

Mit eher noch größerer Skepsis und Passivität als die Flüchtlinge im allgemeinen stehen die aus der sowjetisch besetzten Zone Zugewanderten jeglicher politischen Betätigung gegenüber.

Im Gegensatz zu dieser Haltung der Vertriebenen gegenüber den politischen Zeitfragen ist — auch bei den jugendlichen Flüchtlingen — eine recht beachtliche Bereitschaft und Aufgeschlossenheit für das

⁴⁶ Für die Bundestagswahlen 1953 kandidierten in den Hansestädten namhafte Vertreter der Vertriebenen nicht nur für den BHE (Block der Heimatvertriebenen), sondern auch für bürgerliche und sozialistische Parteien. In direkter Wahl hatten sie wenig Erfolg.

kirchliche Leben festzustellen. In vielen Gemeinden der Länder Bremen und Hamburg ist der Zusammenhalt seit dem Hinzutreten der Flüchtlinge lebendiger geworden, insbesondere auch die Laienarbeit in den karitativen und missionarischen Gruppen. Dabei wird die Zugehörigkeit zur Gemeinde und Kirche nicht so sehr als Hinwendung zur jenseitigen, ewigen Heimat erlebt, sondern als Angliederung an das Kraftzentrum der heimischen Ordnungselemente. Diese Ordnung wird — wie das Zusammenleben in den Familien — als „haltende Macht“ in der gemeinsamen Not bewahrt.⁴⁷

Aus der landsmannschaftlichen Zusammensetzung erklärt sich die Konfessionszugehörigkeit der Flüchtlinge. Unter den Heimatvertriebenen sind etwa ein Fünftel Katholiken, unter den Zugewanderten noch weniger; da die weitaus größere Zahl der Flüchtlinge aus Nordostdeutschland stammt, überwiegt das evangelische Bekenntnis. Von den Zuwanderern aus der sowjetisch besetzten Zone und aus Berlin gehören auffallend viele zu den Freidenkern und Freireligiösen. Für sie bietet auch der Raum der kirchlichen Gemeinschaft keinen Ansatzpunkt für die Eingliederung.

⁴⁷ Nach Überwindung der baren Lebens- und Existenznot wird allerdings in den großstädtischen Kirchengemeinden beobachtet, daß sich in den Flüchtlingsfamilien eine Loslösung vom Gemeindeleben vollzieht, ähnlich wie sich das früher in den vom Lande übersiedelnden Familien begab, in denen nur die ältere Generation noch die Traditionen und Bräuche des heimischen Kirchengemeindelebens bewahrte (Berichte aus Hamburg).

Fünftes Kapitel

Eingliederungshilfe durch Regierung und Verwaltung in den Stadtstaaten

Die Grenzen für staatliche und institutionelle Flüchtlingsarbeit sind in den Ländern Bremen und Hamburg enger gezogen als in den „Flüchtlingsländern“, obgleich die Stadtstaaten keine Massenzuwanderung aufzunehmen hatten. Die Problemstellung war für beide Länder auch völlig anders als z. B. für das Land Nordrhein-Westfalen. Dort sind großartige wirtschaftliche Leistungen für die Unterbringung der im Wege staatlicher Umsiedlung oder in freier Wanderung einströmenden Vertriebenen erforderlich geworden, die eine sehr großzügige Flüchtlingsbetreuung veranlaßten.¹ Damit sind die Verhältnisse in den Ländern Bremen und Hamburg nicht zu vergleichen.

Sie standen vor der gigantischen Aufgabe, die zerschlagenen materiellen Grundlagen der hanseatischen Wirtschaft wieder herzustellen. Der Aufbau von Hafen, Industrierwerken und ganzen Wohnvierteln war in den Jahren nach dem Zusammenbruch eine so unerläßliche Vorbedingung für die Existenz der Städte, daß jeder Aufnahme finden konnte, der zur Überwindung von Chaos und Agonie beitrug — auch der Flüchtling, der sich einsatzfreudig erwies.

Von der Sorge um die Existenzgrundlagen der Hafenstädte beherrscht, war die wirtschafts- und sozialpolitische Initiative der Staatsverwaltung erst in zweiter Linie auf eine Mitwirkung bei der Lösung des Flüchtlingsproblems gerichtet.

Dennoch haben neuartige Konzeptionen im Wohlfahrtswesen, bei Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und im Wohnungsbau zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in den Hansestädten wesentlich beigetragen.

1. Investitions- und Finanzierungspolitik

a) Existenzgründung

Bis 1950 war es den Ländern Bremen und Hamburg aus dem hohen Aufkommen an Verkehrssteuern² möglich, die Enttrümmerung und

¹ Vgl. „Die Umsiedlung der Heimatvertriebenen und das Vertriebenenproblem in Nordrhein-Westfalen“ — ein Rechenschaftsbericht der Landesregierung 1952 —.

² Zu denken ist namentlich an das Aufkommen an Tabak- und Kaffeesteuer sowie an die Umsatzsteuer.

Wiederherstellung der Häfen, den Wiederaufbau der Verkehrsstraßen und Verkehrsmittel, den Schul- und Wohnungsbau zu fördern.

Nachdem die Finanzkompetenzen (Lasten und Deckungsmittel) von den Ländern auf den Bund übergegangen waren,³ verblieben den Stadtstaaten nur noch begrenzte Möglichkeiten zur Eigenfinanzierung sozialpolitischer Aufgaben.⁴ Der horizontale Finanzausgleich trifft augenscheinlich die Stadtstaaten verhältnismäßig stärker als andere Länder; ihre Finanzkraft wird überschätzt,⁵ zumal da von den hohen und unabweisbaren Hafenkosten nur ein Teil als Kriegsfolgelasten vom Bund getragen werden. Der Beitrag, den beide Länder im Finanzausgleich und bei der Soforthilfeabgabe an andere Länder des Bundesgebietes leisten, kommt zwar auch dort den Maßnahmen der Wirtschaftssanierung und Flüchtlingsfürsorge zugute — angesichts der knappen Kapitaldecke fehlen diese Summen aber für die Finanzierung eigener sozialpolitischer Projekte der Hansestädte.⁶

Mit den vom Bund seit 1950 gebotenen Einkommensteuervorteilen⁷ wurde andererseits den spezifischen Hafenindustrien ein starker Impuls gegeben. Werftindustrie, Fahrzeugbau und der Wohnungsbau haben davon profitiert; demzufolge stieg die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes, und die Wohnungsnot wurde gemildert. Beides kam auch den Flüchtlingen zugute.

Die grundsätzliche Einstellung, nach der die Begünstigung der eingewesenen Werke der strukturellen Gesundung und Erweiterung des Wirtschaftspotentials dient und damit die Voraussetzung für die

³ Erstes Überleitungsgesetz vom 28. November 1949 zu Art. 106, Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes (Aufteilung des Steuereinkommens auf Bund, Länder und Gemeinden und Überführung der Kriegsfolgelasten auf den Bund).

⁴ Vgl. dazu u. a. Statistische Mitteilungen aus Bremen, Jg. 1951/4, S. 212 und „Hamburg im Schatten der Bundesrepublik“ (Denkschrift des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg) — Hamburg 1951.

⁵ Vgl. „Denkschrift über die wirtschaftliche Lage im Lande Bremen“, a.a.O., S. 30: „... ist die Aufmachung der Statistiken insbesondere über das Steueraufkommen je Kopf der Bevölkerung in den einzelnen Ländern des Bundesgebiets geeignet, den ‚Eindruck vom Reichtum der Hansestädte‘ zu erhalten... Es ist eine bekannte ... Tatsache, daß ländliche Gebiete ein viel geringeres Steueraufkommen aufweisen als Städte und namentlich Großstädte...“

⁶ Vgl. dazu Denkschriften (zit. in Anm. 4 u. 5).

⁷ Nach § 7 c Einkommensteuerges. von 1950 können Zuschüsse oder unverzinsliche Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaus als Betriebsausgabe oder Werbungskosten unter bestimmten Voraussetzungen abgesetzt werden. Nach § 7 d Einkommensteuerges. von 1950 sind Zuschüsse oder Darlehen an Unternehmer, die „auf einer Werft im Bundesgebiet ein Schiff in Auftrag gegeben haben, damit Schifffahrt betreiben wollen und das Schiff nach Fertigstellung als Eigentum erwerben“, abzugsfähig. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit erhöhter Abschreibung für Schiffe, die nach dem 31. Dezember 1948 angeschafft oder hergestellt worden sind.

Flüchtlings- und Neubürgerfürsorge und -assimilierung schafft, ist nie verlassen worden, vor allem in Hamburg nicht.⁸

In Bremen sind seit der Währungsreform bis zum Ende des Haushaltsjahres 1952 „zur Inganghaltung der Beschäftigung in bremischen Produktionsstätten“ 16,8 Mill. DM und (zusätzlich zu den zentral gesteuerten Krediten) 12,5 Mill. vom Land verbürgte Kredite an die bremische Industrie ausgereicht worden; für die Seßhaftmachung von kleinen und mittleren Flüchtlingsbetrieben wurden aus Landesmitteln insgesamt 0,7 Mill. bereitgestellt.⁹

Wenn auch die Bevorzugung alteingesessener Betriebe in der Kreditpolitik beabsichtigt war, so haben die Länderregierungen von Bremen und Hamburg den Vertriebenen doch Eingliederungshilfe durch Herabgabe von Landesmitteln und Bürgschaften zuteil werden lassen. Es wurden ausgewiesen:

Tabelle 44
Zuschüsse, Bürgschaften und Darlehen für
Vertriebene¹⁰ (Stand 31. 12. 1952)

Gebiet	Zahl der Empfänger	Landesbürgschaften Leistung in 1000 DM	Zahl der Empfänger	Darlehen aus öffentlichen Landesmitteln Leist. in 1000 DM
Bremen ..	64	3 438	374	694,2
Hamburg ..	100	1 668	328	3 028,5

Die wirtschaftliche Eingliederung ist den heimatvertriebenen Unternehmern in den Stadtstaaten um so schwieriger möglich, als sie nicht über Eigenkapital verfügen. Von den Banken wird verlangt, daß bankmäßige Sicherheiten geboten und kalkulatorische Erfolgsaussichten nachgewiesen werden.

Praktisch kamen auch im Hinblick auf einen besonders großen Kapitalmangel¹¹ in den Hansestädten unter diesen Verhältnissen für die Erstausrüstung und Betriebsfinanzierung außer den Landeshilfen

⁸ Vgl. die Jahresberichte der Handelskammer zu Bremen und die Berichte der Behörde für Wirtschaft und Verkehr und der Handelskammer zu Hamburg; so z. B. in „Hamburgs Wirtschaft...“, a.a. O., Jg. 1952, S. 100: „Schwerpunkt des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1952/53... drei Projekte der Schiff- und Maschinenbau-Industrie... Motorenwerk... Dockkapazität des Hamburger Hafens zu erhöhen... Neben diesen Projekten sind 35 Industrieunternehmen zur Aufnahme in das Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehen. Hierbei handelt es sich um Kapazitätserweiterungen, aber auch um Ansiedlung solcher auswärtiger Unternehmungen, die den Wunsch haben, Niederlassungen am hiesigen Platz zu errichten.“

⁹ Vgl. „Denkschrift...“, a.a.O., S. 77—78.

¹⁰ 2. u. 3. Jahresbericht der Bank für Vertriebene und Geschädigte (Lastenausgleichsbank).

¹¹ Nachgewiesen in „Denkschrift... Bremen... 1953“, a.a.O., S. 36—44 ff.

nur Mittel aus zentralen öffentlichen Quellen in Betracht. Die überwiegend fürsorgerisch gehandhabte Streuung der öffentlichen Kredite hat aber in zahlreichen Fällen zur Gründung von Existenzen nicht ausgereicht; sie hat häufig genug zur konsumtiven Verwendung geführt, zumal, nachdem Mitte 1951 vielen Kreditnehmern klar wurde, daß sie dem Ausleseprozeß der rückläufigen Konjunktur ohne Kapitalreserven nicht standhalten könnten. (In Hamburg wird bei elf Betrieben mit Totalverlust einer Kreditsumme von über DM 400 000,— gerechnet, worin sowohl Landesmittel als auch Eigenmittel der Hamburger Landesbank enthalten sind.) Im ganzen waren die aus diesen Fonds fließenden Eingliederungshilfen für die Existenzgründung der Vertriebenen in den Stadtstaaten nicht unbeachtlich; auch gehen zu meist die Tilgungsbeträge klaglos ein.

An Zuweisungen aus zentralen Fonds waren die Flüchtlingsbetriebe in den Stadtstaaten verhältnismäßig gering beteiligt, da diese Förderungsmittel vornehmlich für die Notstandsgebiete bestimmt waren. Besonders schmal war begreiflicherweise der Kapitalzufluß, den die Stadtstaaten zur Ansiedlung von vertriebenen Bauern — nach den Bestimmungen des Flüchtlings-Siedlungsgesetzes — hatten. Bis Ende 1952 waren für Bremen im Rahmen der Soforthilfe aber doch 2 170 000,— DM Bundesmittel für die Förderung des heimatvertriebenen Landvolks ausgeworfen worden, für Hamburg 814 000,— DM.

Der Erfolg der Finanzierungsmaßnahmen für das „heimatvertriebene Landvolk“ ist dabei erstaunlich groß:¹² von 219 Betrieben, darunter 53 mit einer Stellengröße über 2 ha, gingen im Lande Bremen 124 ins Eigentum der Vertriebenen über. Vergleichsweise weniger ergiebig waren die Förderungsmaßnahmen im Lande Hamburg; unter insgesamt 94 Siedlerstellen wurden nur 9 zu eigen übernommen; 73 Höfe und Gartenbaubetriebe wurden gepachtet; außerdem wurden 12 Siedlerkleinstellen für Flüchtlinge errichtet. Der Unterschied ist zu einem Teil wohl auf die großzügigere Finanzierungshilfe des Landes Bremen zurückzuführen, das im Rahmen dieser Aktion aus eigenen Mitteln 617 000,— DM zinslose Darlehen bereitstellte, absolut und relativ mehr als Hamburg (301 350,— DM).¹³

Für Nichtlandwirte wurde die Niederlassung zum Zwecke einer selbständigen Berufsausübung im Rahmen der Existenz aufbauhilfe durch Kreditgewährung aus Soforthilfemitteln gefördert. Von sämtlichen im Bundesgebiet bis Ende 1952 gewährten Darlehen entfielen auf Anträge aus dem Lande Bremen 1,4 vH, auf Bewilligun-

¹² Lt. 3. Jahresbericht der Vertriebenenbank — Tabellen 9 und 10 — Stand 31. Dezember 1952.

¹³ Ebenda Tabelle 10.

gen für Hamburg sogar nur 3,3 vH. Diese Quote entspricht weder der Größe der Wohnbevölkerung, noch auch dem Wiederaufbaubedarf der Stadtstaaten. Die je Antrag ausgegebenen Beträge liegen in Bremen und Hamburg höher als im Bundesdurchschnitt; der Anteil an dem für das Bundesgebiet ausgeworfenen Gesamtbetrag (457,8 Mio. DM) wird für Bremen mit 1,8 vH, für Hamburg mit 4,5 vH ausgewiesen.¹⁴

Von der Existenzaufbauhilfe entfielen in Bremen aber nur knapp ein Drittel, in Hamburg etwas über zwei Fünftel auf Anträge der Heimatvertriebenen; damit entspricht die anteilige Berücksichtigung von Heimatvertriebenen in Hamburg etwa derjenigen in Nordrhein-Westfalen. Aber sie liegt erheblich unter Bundesdurchschnitt, wo die Beteiligung der Heimatvertriebenen an der Existenzaufbauhilfe sowohl nach der Zahl der bewilligten Anträge als nach der Größe der gewährten Darlehen fast zwei Drittel ausmachte:

Tabelle 45

Anteil der Geschädigten-Gruppen an den Darlehen aus Existenzaufbauhilfe¹⁵ in den Ländern Bremen und Hamburg bis zum Abschluß der Soforthilfe

Land	sämtl. Bewilligungen		darunter in v. H.							
	Zahl der Anträge	Beträge in 1000 DM	an Heimatvertriebene		an Sachgeschädigte		an politisch Verfolgte		an Spätheimkehrer	
			Anträge	Beträge	Anträge	Beträge	Anträge	Beträge	Anträge	Beträge
Bremen ¹	1797	8151,9	32,4	32,8	55,0	55,0	1,2	1,1	11,4	11,1
Hamburg ²	4148	20934,9	43,5	46,5	51,4	48,7	2,9	2,6	2,2	2,2
Bundesgebiet ²	123878	457872,7	62,7	61,2	29,2	30,8	1,4	1,5	6,7	6,5

¹ Abschluß der Soforthilfe am 31. Januar 1953.

² Abschluß der Soforthilfe am 31. Dezember 1952. (So enthalten in Tabelle 6 zum 3. Jahresbericht, Geschäftsjahr 1952, der Vertriebenenbank.)

Im Jahre 1952 waren erstmals die Heimatvertriebenen quotal stärker berücksichtigt als andere bevorrechtigte Gruppen. Zum Teil ist dies das Ergebnis der zunehmenden Befriedigung von antragsberechtigten Sachgeschädigten, zum anderen auch das erste Anzeichen eines wirtschaftlichen Eingliederungserfolgs solcher Flüchtlinge, die zunächst in unselbständiger Arbeit Aufnahme in den Stadtstaaten gefunden hatten und sich danach um Neugründung einer selbständigen Existenz bemühten. Zugleich können wohl auch Erfolge sozialer Eingliederungsbemühungen in der zunehmenden Vorlage von Anträgen auf Existenzgründungshilfe gesehen werden, wenn sie im Zusammenhang mit Ein-

¹⁴ Ebenda Tabelle 6.

¹⁵ Die in Tabelle 50 aufgeführten Zahlen beziehen sich ausschließlich auf finanzielle Leistungen, die der Eingliederung von Heimatvertriebenen in Industrie, Handwerk, Handel und freien Berufen dienen.

heiratsplänen von Handwerkern oder Kaufleuten eingebracht werden. Erstmals erhielten auch sogen. „flüchtlingsverwandte Betriebe“, Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone, Soforthilfemittel: vier Unternehmen in Bremen und eins in Hamburg.

Außer den unmittelbar an Handwerker, Freiberufler, Industrielle und handeltreibende Kaufleute gewährten Existenzgründungskrediten sind aus anderen zentralen Quellen Kredite geflossen, die mittelbar oder unmittelbar der Eingliederung von Flüchtlingen dienen sollten, so z. B. Arbeitsbeschaffungsmittel des Bundes, Kredite aus ERP-Fonds u.a.m. Sie waren jeweils dinglich oder durch Sonderbürgschaft des Landes zu sichern. Im Rahmen der Schwerpunktprogramme zur Arbeitsbeschaffung sind keine Mittel nach Hamburg und Bremen gekommen, jedoch erhielt die Wirtschaft der Stadtstaaten aus anderen Fonds nicht unbeträchtliche Kredite zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Nicht-Flüchtlings-Betrieben wie in Flüchtlingsbetrieben:

Tabelle 46

Kredite zur gewerblichen Eingliederung von Flüchtlingen in den Ländern Bremen und Hamburg (Stand Ende 1952)

Gebiet	ERP-Fonds (Flüchtlings- kredite)		Soforthilfsmittel									
	Anzahl der be- willigten Anträge	Leistungen in DM 1000	Darlehen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen						Darlehen zur Existenzaufbauhilfe			
			insgesamt	davon Hei- matvertrieb	Sowjetzon- Flüchtlinge	insgesamt	davon Hei- matvertrieb	Sowjetzon- Flüchtlinge	insgesamt	davon Hei- matvertrieb	insgesamt	
Bremen	30	1225	81	20	4	8018	1611	283	1797	583	8151,8	2672,9
Hamburg	96	2735	77	36	1	1307	4487	30	4148	1804	20934,9	9716,8

Die Erfahrungen mit Vermittlung und Gewährung von Flüchtlingskrediten haben gelehrt, daß es mit der Schaffung der selbständigen Existenz nicht getan ist. Es bleiben besonders bei den kapitalintensiven Industrien finanzielle Probleme offen, die sich nicht einmal nur auf den Bedarf an Betriebsmitteln beschränken. Es fehlt vor allem der Personalkredit bei der Überbrückung zeitlich begrenzter Marktstockungen.

Die Zahl der Ersatzgründungen für im Osten verlorene Betriebe ist zwar in beiden Ländern größer als im Bundesdurchschnitt, dennoch macht sie nur etwa ein Viertel aller Flüchtlingsbetriebe aus. Viele Flüchtlings-„Unternehmer“ haben demnach erstmals selbständig einen Betrieb eröffnet. Die Beanspruchung von Darlehen aus öffentlichen

Mitteln durch diese wirtschaftlich unerfahrenen und menschlich nicht erprobten Personen war zweifellos dem Kredit „des“ Flüchtlings abträglich. Andererseits haben seriöse Flüchtlings-Unternehmer, die aus der Heimat einen goodwill mitbringen, im Rahmen des auf ein Vierteljahr befristeten Betriebsmittelkredits nicht einmal im Großhandel ausreichende Bewegungsfreiheit für den Abschluß ihrer Geschäfte, geschweige denn in der industriellen Be- und Verarbeitung,¹⁶ weil auch die beste technische Ausstattung ohne angemessene Betriebsmittelfonds nicht wirtschaftlich ausgenutzt werden kann.

Die Unmöglichkeit der Bildung von Eigenkapital bei gleichzeitiger Tilgung und bei Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen ist ein weiteres Problem, das nicht nur die Rentabilität der Betriebe belastet, sondern auch die Substanz der Neugründungen gefährdet, da sie ja den Konjunkturschwankungen ohne Reserven ausgesetzt sind.

Die Zahl der durch alle Finanzierungshilfe aus öffentlichen Mitteln geschaffenen selbständigen Flüchtlings-Existenzen erscheint gering, gemessen an der großen Zahl ehemals Selbständiger unter den Vertriebenen; und aus den dargelegten Gründen ist der Erfolg dieser Investitionen auch nicht einmal als gesichert anzusehen. Immerhin zeigen sich seit 1952 erste namhafte Eingliederungserfolge, wengleich Kreditgewährung und Bürgschaftsleistung auch in zahlreichen Fällen ohne Erfolg blieben.

b) Wohnungsbau

In der Finanzierung des Wohnungsbaus unterscheiden sich beide Länder grundsätzlich.

Besonders im Lande Bremen wurde von den Steuerbegünstigungen für die Erstellung von Eigenheimen seit 1950 in großem Umfang Gebrauch gemacht.¹⁷ Es entstanden vorwiegend „Bremer Reihenhäuser“ mit jeweils einer Haupt- und einer Einliegerwohnung. Im Lande Hamburg überwiegt dagegen die gemeinwirtschaftliche Wohnbaufinanzierung. Die Zahl der neu erstellten Wohnungen je Gebäude ist deshalb in Hamburg jeweils mehr als doppelt so groß wie im Durchschnitt des Landes Bremen. In Bremen kommen bei den als fertiggestellt gemeldeten Wohnungen je 2,1 Wohneinheiten auf ein Wohngebäude — obgleich darin die Mietshausbauten von Bremerhaven enthalten sind —, in Hamburg dagegen 4,3. Die großstädtische Wohnbauweise (u. a. auch die Erstellung von Kleinstwohnungen) förderte in Hamburg namentlich die Unterbringung von Obdachlosen und heimlosen Lagerinsassen, also der Einzelpersonen- und Halbfamilien-Haushaltungen. In der Stadt Bremen überwiegt im Wohnbauergebnis die drei- bis vier- oder

¹⁶ Vgl. dazu „Die Problematik der Vertriebenen-Kredite“ in Ztschr. f. d. Ges. Kreditwesen, Heft 6, S. 16 und Albers: „Die Kapitalausstattung der Flüchtlingsbetriebe in Westdeutschland“. Kiel — 1952 — S. 19 u. a.

Mehrzimmerwohnung. Zusätzlich wird jedoch in der Stadt Bremen aus ECA-Mitteln¹⁸ und mit Bürgerschaft der Stadtverwaltung die Erstellung von mehreren hundert Wohnungseinheiten in Reihenhäusern und Wohnblocks finanziert. Außerdem sind bis zum Ende des Rechnungsjahres 1952 aus öffentlichen und öffentlich verbürgten Mitteln über 217 Mio für den Wohnungsbau bereitgestellt worden,¹⁹ davon aus dem Soforthilfemittelfonds 9,1 und aus den Mitteln der Flüchtlingsumsiedlung 8,2 Millionen; aus dem Landeshaushalt flossen über 103 Mio DM. In Bremerhaven ist durch Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Grundstückseigentümern die Finanzierung einer großzügigen Wohnungsbauaktion gelungen. In Hamburg reichen die zur Verfügung gestellten Bundesmittel für den Wiederaufbau der Wohnquartiere nicht entfernt aus. Für 1952 werden die aus Bundesmitteln im Rahmen des allgemeinen sozialen Wohnungsbaus und im Zusammenhang mit der Umsiedlungsaktion für Hamburg aufgewandten Beträge mit 62,5 Mio DM beziffert. Außerdem wurden aus Landesmitteln über den außerordentlichen Haushalt rd. 43,5 Mio DM aufgebracht. Diesen 106 Mio DM im Jahre 1952 standen 1953 nur noch 84 Mio DM gegenüber, nämlich 37,3 Mio DM Bundesmittel, 7 Mio aus dem ordentlichen und 40 Mio DM aus dem außerordentlichen Haushalt der Hansestadt. Darüber hinaus wurde von der Bürgerschaft angesichts der Schwierigkeiten der Restfinanzierung im privaten Wohnungsbau beschlossen (erstmalig im Bundesgebiet), diese durch eine Staatsgarantie für die nach § 7 c EStG²⁰ steuerbegünstigten Darlehen und für erstrangige Hypothekengelder zu überbrücken. Zunächst ist ein Betrag von 40 Mio DM für diese Aktion angeboten; nach und nach, mit der Ablösung der 7 c-Darlehen werden diese vorerst nur verbürgten Beträge als öffentliche Schuld den Haushalt belasten. Dieser Vorgriff ist angesichts der Wohnungsnot nur allzu berechtigt. Die großzügigen Planungen der Stadt Hamburg wurden im Bauergebnis jeweils noch übertroffen. Und durch Bauvorschriften wurde erreicht, daß die mit öffentlicher Unterstützung erstellten Wohnungen im Mietpreis auch für niedrige Einkommen erschwinglich bleiben.²¹ Dennoch entspricht der Bauerfolg bei weitem nicht den Erfordernissen dieser kriegszerstörten Millionenstadt mit ihrer progressiv wachsenden Wohnbevölkerung.

Regierung und Verwaltung beider Länder und daneben auch die privaten Kräfte sind angestrengt bemüht, dem Wohnungsmangel, ja

¹⁷ Vgl. Anm. 7, S. 128.

¹⁸ „Denkschrift... 1953“, a.a.O., S. 73—74.

¹⁹ 2,975 Mio. verbürgte Darlehen für die ECA-Entwicklungsbauten (vgl. „Denkschrift... 1953“, ebda.).

²⁰ Vgl. Anm. 7, S. 128.

²¹ Vgl. „Hamburgs Wirtschaft...“, a.a.O., Jg. 1951/1952, S. 131 ff. u. 120. ff.

dem Wohnungsnotstand abzuhelpen. Die Erfolge²² können, so beachtlich sie sind, angesichts der Kriegsverluste nicht befriedigen. Festzustellen ist, daß die Finanzierungsmaßnahmen nicht im Hinblick auf die Unterbringung der Flüchtlinge eingeleitet und durchgeführt wurden,²³ wenn sie auch — zumindest mittelbar — dazu beitragen. Unter den bevorrechtigten Anwärtern auf Wohnungszuweisungen befindet sich stets eine so große Zahl von Flüchtlingen, daß die Stadtstaaten die ihnen im Rahmen des sozialen Wohnungsbauprogramms gemachten Auflagen bezüglich der Beteiligung von Heimatvertriebenen an der Wohnungsfreigabe ohne weiteres erfüllen.

2. Sozialpolitik

Auch die staatliche Fürsorge- und Wohlfahrtspolitik der Länder Bremen und Hamburg widmet sich nicht dem Flüchtlingsproblem als einer Sonderaufgabe, sondern betreut die Hilfsbedürftigen unter den Mitbürgern ohne Rücksicht auf gesetzlich verankerte oder von den Interessenten geltend gemachte „Sonderrechte“ von einheimischen oder vertriebenen Kriegsofern. Leider ist die organisatorische Überschneidung von Zuständigkeiten so vielfältig, daß sich bei den heimatvertriebenen und anderen Flüchtlingen aus der Frontstellung zu dem sich im Rahmen der Gesetze versagenden Staatsapparat häufig genug ein Ressentiment gegen den Staat selbst entwickelt. Die durchaus verantwortungsbewußten Verwaltungsdienststellen müssen sehr häufig die Dringlichkeit einer Forderung auf finanzielle Hilfe, Wohnungszuweisung, Arbeitsvermittlung u.a.m. nicht nach dem im Antrag dargestellten Notstand, sondern nach ganz äußerlichen Tatbeständen beurteilen. Die auf Grund von gesetzlichen Bestimmungen gefällten Entscheidungen treffen dann Bombengeschädigte, Spätheimkehrer, Heimatvertriebene oder einen aus dem Konzentrationslager geretteten Flüchtling. Da die Berechtigungen für die verschiedenen Gruppen von Kriegs- und Arbeitsopfern nicht aufeinander abgestimmt sind, ergibt sich leider aus der Aufspaltung der Versorgungsberechtigten in Gruppen höherer oder

²² Vgl. im einzelnen S. 112 und 114.

²³ Nur im Rahmen des erwähnten ECA-Sonderbauprogramms in der Stadt Bremen war eine Bindung der Mittel derart vorgegeben, daß die Wohnungsanwärter Flüchtlinge oder Bombengeschädigte sein und bestimmten Berufen angehören sollen — vornehmlich Hafearbeiter und Angehörige landwirtschaftlicher Berufe. — Aus den 1952 für die Unterbringung von Sowjetzonen-Flüchtlingen an Hamburg ausgereichten 5,4 Mio standen 440 verteilungsreife Wohnungen erst im IV. Quartal 1953 zur Verfügung. Die Kürzung dieser zweckgebundenen Zuweisungen auf 2,8 Mio im Haushaltsjahr 1953 läßt eine Besserung der Flüchtlingsunterbringung in absehbarer Zeit kaum erwarten (vgl. dazu Wohnraumvergabe-Statistik Tabelle 40 mit Anmerkung).

geringerer Bezüge viel Unzufriedenheit und Mißgunst. In den Stadtstaaten, wo die Landes- und Gemeindebehörden räumlich eng benachbart sind, wird die Unübersichtlichkeit der staatlichen Fürsorgepolitik besonders deutlich — auch in der Sonderstellung, die der „heimatvertriebene“ Flüchtling genießt.

Aus der Soforthilfe wurden nicht allein bei der Existenzaufbauhilfe, sondern auch bei der Hausratshilfe in den Stadtstaaten bis Ende 1950 vorwiegend die Sachgeschädigten befriedigt. Das ist durchaus erklärlich. Der für die Zuzugsgenehmigung erbrachte Nachweis über gesicherte eigene Erwerbstätigkeit hinderte die Vertriebenen in den Stadtstaaten, Unterhaltshilfe aus Soforthilfemitteln zu verlangen. Da aus der Soforthilfe ausscheidet, wer in ein Pensionsverhältnis übernommen wird oder für einen Sachschaden abgefunden wurde, gelten allerdings inzwischen viele Einheimische mit ihren Forderungen als befriedigt. So erklärt es sich, daß unter den anspruchsberechtigten Unterhaltshilfeempfängern der Anteil der Heimatvertriebenen bis Ende 1952 zunahm, zumal da außerdem inzwischen auch nichterwerbsfähige Flüchtlinge (selbständig Berufslose mit ihren Angehörigen) in die Stadtstaaten übersiedelten.

Unter den bei Abschluß der Soforthilfe in den Stadtstaaten unterstützten Parteien (Unterhaltshilfe und Unterhaltszuschuß) betrug der Anteil der Flüchtlinge rd. 19 vH, gegenüber 57 vH Sachgeschädigten und 24 vH Währungsgeschädigten in Bremen; 18,5 vH Sachgeschädigten und 65 vH Währungsgeschädigten in Hamburg. Die Zahl der insgesamt unterstützten Parteien lag in Hamburg (25 500) doppelt so hoch wie in Bremen (12 000).

Auch im Hinblick auf die Bewilligung von Anträgen auf Hausratshilfe und Ausbildungshilfe ist die Soforthilfe im Lande Hamburg vergleichsweise weniger in Anspruch genommen worden als in Bremen:

Tabelle 47
Bewilligte Anträge in den Stadtstaaten während
der Dauer der Soforthilfe-Aktion

Art der Hilfe	Bremen			Hamburg		
	Zahl der bewilligten Anträge insgesamt	darunter Flüchtlinge in vH	Gesamtaufwand in 1000 DM	Zahl der bewilligten Anträge insgesamt	darunter Flüchtlinge in vH	Gesamtaufwand in 1000 DM
Hausratshilfe	33 800	37	4 493	94 100	31	11 897
Ausbildungshilfe . . .	6 000	35	2 136	18 000	56	5 083

Im Bundesdurchschnitt waren die Flüchtlinge mit 75 vH im Rahmen der Hausratshilfe, mit 84,5 vH an der Ausbildungshilfe beteiligt.²⁴

Die Fürsorgeleistungen des Landes Bremen sind auffallend großzügig im Vergleich mit Hamburg oder anderen Großstädten.²⁵ Sie gehen auch über die bundeseinheitlichen Normen für die Fürsorgeerziehung und Jugendhilfe hinaus.²⁶ Diese Fürsorge genießen Flüchtlinge aber nach den gesetzlichen Bestimmungen nur im Ausnahmefall. Die Versorgung der Heimatvertriebenen — eine Kriegsfolgelast — obliegt dem Bund, und den Ländern wird der Wohlfahrtsaufwand aus den dafür geschaffenen zentralen Fonds erstattet. Ansprüche auf Unterhalt oder auch Betreuung in „geschlossener“ Fürsorge machen solche Flüchtlinge, die eigenen Arbeitsverdienst haben, nur im Ausnahmefall geltend.

In Anlehnung an die Grundgedanken des Bundesjugendplanes²⁷ lassen sich beide Länder, besonders aber wiederum Bremen, eine sozial- und wirtschaftspolitisch gleichermaßen verantwortungsbewußte Betreuung der jungen Generation angelegen sein.²⁸

Über die positive Reaktion der hanseatischen Wirtschaft auf die im Bundesplan vorgeschlagenen Schaffung von Lehrwerkstätten in Betrieben und deren Koordination mit dem Berufsschulwesen wurde bereits (vgl. S. 119) berichtet. Die Flüchtlingsjugend nimmt an allen diesen Einrichtungen teil, insbesondere auch an der Schulgeldfreiheit, die ihr im Lande Bremen geboten wird. Ausbildungshilfe im Rahmen der Soforthilfeleistungen wird von Heimatvertriebenen in stärkstem

²⁴ Vgl. dazu Abschlußbericht über die Durchführung des Soforthilfegesetzes, erstattet vom Bundesausgleichsamt am 1. August 1953.

²⁵ Vgl. „Die öffentliche Fürsorge im Bundesgebiet im Rechnungsjahr 1950/51“ — Statistische Berichte des Statistischen Bundesamtes vom 8. November 1952. Der Kreis der Betreuten, bei denen anderweit unzureichende Einkünfte aufgestockt werden, also der sogenannten „Teil-Unterstützten“, ist in Bremen sehr weit und erstreckt sich auch auf Flüchtlinge. Ihre Zahl liegt etwa doppelt so hoch wie in dem (gemessen am gesamten Fürsorgeaufwand) vergleichbaren Hannover. Aber der durchschnittliche Aufwand je Person ist fast 35 vH niedriger. — In Hamburg ist bei allen im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe geleisteten Zuwendungen der Unterstützungssatz je Person und je Partei höher als in der allgemeinen Fürsorge, doch ist die Zahl der Unterstützten im Vergleich mit Bremen relativ geringer.

²⁶ Vgl. dazu im einzelnen „Statistische Mitteilungen“ Bremen, Jg. 1951/4 unter „Soziale Fürsorge“ und „Wirtschaft und Statistik“ 1951/11, S. 360, „Fürsorgeerziehung und Jugendhilfe im Rechnungsjahr 1950/1951“.

²⁷ Vgl. dazu *Rothe, F.*: „Was tut die Bundesregierung für die deutsche Jugend“ — Werbeschrift des Bundes-Innenministeriums (1951).

²⁸ Ein Mitglied des bremischen Senats ist ausschließlich mit der Behandlung von Jugendfragen betraut und überwacht und berät in dieser Eigenschaft alle staatlichen, parteipolitischen und konfessionellen Jugendverbände wie die mit der Jugendwohlfahrt befaßten Behörden.

Maße in Anspruch genommen; etwa zwei Drittel aller Beträge werden an heimatvertriebene Antragsteller gezahlt.²⁹

Die Fülle staatlicher Maßnahmen zur Wiederherstellung sozialer Ordnung — und damit zugleich zur Eingliederung der Flüchtlinge — wäre unvollkommen dargestellt, würde nicht noch der Bemühungen der Arbeitsverwaltung um diese Aufgabe gedacht. Die berufliche Ausbildung für Heimkehrer und Vertriebene, sowie Grundausbildungslahrgänge, die die künftige Arbeitsaufnahme erleichtern sollen, werden von Staat und Wirtschaft großzügig gefördert. Außerdem hatten Umschulungsmaßnahmen, die der wirtschaftlichen Existenzsicherung der durch den Krieg aus der beruflichen Laufbahn gerissenen Menschen dienten — besonders im Lande Bremen — großen Umfang. Unter den umgeschulten Bau- und Metallarbeitern waren zahlreiche Flüchtlinge. Diese Maßnahmen konnten jedoch inzwischen zugunsten der regulären Berufsausbildung aufgegeben werden. Auch für die sofort nach der Währungsreform begonnenen Notstandsarbeiten sind beträchtliche Landesmittel aufgewandt worden.

²⁹ Nochmals sei betont, daß das Schul- und Ausbildungsprivileg in den Hafen- und Industriestädten Bremen, Bremerhaven und Hamburg für die heranwachsende Jugend im flachen Land außerhalb der Ländergrenzen große Härten mit sich bringt, besonders für die mittellose Flüchtlingsjugend.

Schluß

Die Untersuchung der Probleme, die sich aus der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen in den Ländern Bremen und Hamburg ergeben, läßt erkennen, daß sich **A u f g a b e** und **L ö s u n g** wesentlich von dem Eingliederungsprozeß in anderen westdeutschen Ländern unterscheiden.

Die **A u f g a b e** für alle soziale Arbeit an den Flüchtlingen kreist, wo immer sie gestellt ist, um die vielschichtigen Fragen der Arbeits- und Existenzsicherung, der Wohnraumbeschaffung und der Jugendbetreuung. Für die Stadtstaaten war es schwerer, solche Aufgaben in Angriff zu nehmen, als für jedes andere Land der Bundesrepublik, weil die Zerstörung ihrer materiellen Grundlagen schlechthin ruinös war. Es sei nochmals unterstrichen, daß die eigenständige, hafenzugewandene Struktur der bremischen und hamburgischen Wirtschaft es verbietet, die Nachkriegsentwicklung des Neubaus dieser beiden Stadtstaaten in irgendeinem Bezug mit derjenigen anderer westdeutscher Länder gleichzusetzen, um sie zu vergleichen. Die anderen Bundesländer haben weite Gebiete, die von unmittelbarer Kriegszerstörung verschont blieben; sie konnten die einströmenden Flüchtlinge in diese Gebiete einweisen und sie allmählich in die zerstörten Industriezentren überführen. Auch in anderen Ländern wurde zwar das Wirtschaftspotential durch Demontagen und Produktionsbeschränkungen in erheblichem Umfang geschwächt. Ein anderer Teil des Wirtschaftsgefüges wurde aber in diesen Ländern von solchen Eingriffen und dem daraus folgenden Produktionsausfall verschont; und diese nicht beeinträchtigten Wirtschaftszweige boten nach der Währungsreform eine Möglichkeit, den wirtschaftlichen Wiederaufbau wenigstens auf einigen Sektoren zu beginnen; diese mittragenden Wirtschaftszweige fehlten in beiden Stadtstaaten, zumal im Lande Bremen.

Es ist an die Darstellungen zu erinnern, welche Einbuße an Arbeitsplätzen der Verlust der Handels- und Fischereiflotte, die Zerstörung und Demontage der Flugzeug- und Schiffbauindustrie, die Schiffbauverbote und -beschränkungen, und vor allem die Luftkriegszerstörungen in den Hafenanlagen wie schließlich die Enteignung der kaufmännischen Auslandsniederlassungen verursacht haben. Diese Schwächung des Arbeitsplatzangebots im Hafen, im Handel, in allen zur Schifffahrt und Werftindustrie gehörigen Betrieben führte dazu,

daß die Angehörigen dieser Berufe in den vereinzelt gut oder sogar vorübergehend überbeschäftigten Konsumgüter-Industrien Arbeit suchten. Damit aber war die Chance, in unselbständiger Arbeit in den Ländern Bremen und Hamburg eine Existenzgrundlage zu finden, für die Flüchtlinge erheblich verringert. — Die Erholung von diesen Kriegsnachwirkungen trat in den Stadtstaaten erheblich später ein als in anderen deutschen Wirtschaftszentren; sie wird auch den Flüchtlingen zugutekommen, die nicht weitergewandert sind. —

Andererseits haben in die Stadtstaaten nicht — wie in andere westdeutsche Länder — Scharen besitzloser Flüchtlinge Einzug gehalten, sondern die Vertriebenen kamen als einzelne, überwiegend als eine Auslese von lebensbejahenden, im besten Alter stehenden Berufsspezialisten und Arbeitskräften. Die Flüchtlinge setzten — wenn auch aus besonderem Anlaß — die Binnenwanderung fort, auf der das Wachstum dieser Großstädte seit Beginn des 19. Jahrhunderts beruht. Sie trugen dazu bei, die Menschenverluste auszugleichen, die beide Länder während des zweiten Weltkrieges erlitten hatten.

Alle Politik der Länder Bremen und Hamburg zur Lösung der Flüchtlingsfrage beruht auf der Konzeption, daß die Eingliederung der geflüchteten Ost- und Mitteldeutschen kein karitatives, sondern ein ökonomisches Problem sei. Diese wirtschaftliche Aufgabe aber wird im Vergleich zu den Anforderungen bei Überwindung der Kriegsfolgen in der hanseatischen Wirtschaft als sekundär angesehen. Soweit die biologische und soziologische Produktivkraft der Flüchtlinge für den Wiederaufbau aktiviert werden konnte, soweit Heimatvertriebene und Entwurzelte sich ins Getriebe der gemeinsamen Arbeit einschalteten, fanden sie sich neben der einheimischen Bevölkerung als Mitbürger anerkannt. Häufig mußten sie berufliche und soziale Deklassierung und wirtschaftlich drückende Not dabei in Kauf nehmen, wie auch in anderen westdeutschen Ländern. Das Streben der Flüchtlinge nach einer ihrem früheren sozialen Stand angemessenen Lebensweise ist aber in Bremen und Hamburg gern gesehen. Es wird anerkannt, daß Leistungen und Leistungsfähigkeit der Flüchtlinge der sozialen Konsolidierung und der Dynamik des wirtschaftlichen Aufbaus zugutekommen. Finanzierungshilfe wird gewährt und alle Bemühungen um die Einbürgerung werden unterstützt, wo dies nach Lage der hanseatischen Wirtschaft zum Gedeih der Stadtstaaten beitragen kann. —

Offensichtlich ist dieser Standpunkt angesichts der besonderen Lage der Stadtstaaten richtig. Besser als staatliche Wohlfahrtstätigkeit verbürgt diese Haltung den dauerhaften Erfolg für die Eingliederung der Flüchtlinge in Bremen und Hamburg.

Die Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Professor Dr. Bernhard Pfister

erscheinen in zwei Abteilungen. Die erste Abteilung enthält Arbeiten zu den Grundfragen des deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems, die zweite Abteilung enthält die Einzeldarstellungen der Länder. Die zur 1. Abteilung gehörigen Arbeiten erscheinen als Band 6, die zur 2. Abteilung gehörigen als Band 7 der Schriftenreihe des Vereins für Sozialpolitik. Die einzelnen Arbeiten erscheinen nicht in systematischer sondern in zwangloser Reihenfolge, jeweils nach Fertigstellung der Manuskripte durch die Autoren. Sie werden mit einer römischen Ziffer gekennzeichnet und nach der Reihenfolge ihres Erscheinens den Bänden 6 und 7 der Schriftenreihe zugeordnet. Die Ergänzung des Veröffentlichungsplanes durch weitere Arbeiten bleibt vorbehalten.

Erste Abteilung: Grundfragen

Band 6/I: **Die volkswirtschaftliche Eingliederung eines Bevölkerungszustromes.** Wirtschaftstheoretische Einführung in das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem. Von Prof. Dr. Helmut Arndt, Marburg/Lahn. 134 Seiten. 1954. DM 9,40

Band 6/II: **Finanzierungsprobleme im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen.** Von Prof. Dr. Günter Schmolders, Köln. Unter Mitarbeit von H. Müller und H. Friederichs. 168 Seiten. 1955. DM 11,80

Die Heimatvertriebenen im Spiegel der Statistik. Von Dr. Gerhard Reichling, Bad Homburg

Die Vertriebenen und Flüchtlinge in der Gesetzgebung des Bundes und der Länder. Von Dr. Christof Rotberg. Mit einem Vorwort von Prof. Ulrich Scheuner, Bonn

Die deutsche Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage als Problem des Völkerrechts. Von Prof. Ulrich Scheuner, Bonn

Ein zusammenfassender Schlußband. Von Prof. Dr. B. Pfister, München

Fortsetzung 3. Umschlagseite

Zweite Abteilung: Einzeldarstellungen

Band 7/I: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. Von Prof. Dr. Peter-Heinz Seraphim, München/Tutzing. 202 Seiten und 23 mehrfarbige Karten. 1954. DM 15,60.

Band 7/II: Die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen. Von Prof. Dr. Gerhard Albrecht, Marburg/Lahn. Unter Mitarbeit von H.-W. Behnke und R. Burchard. 184 Seiten und 1 mehrfarbiges Schaubild. 1954. DM 12,80.

Band 7/III: Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin. Von Dr. Hans-Joachim v. Koerber, Berlin. Unter Mitwirkung von Prof. C. Thalheim, Berlin. 156 Seiten. 1954. DM 11,20.

Die Heimatvertriebenen in Nordrhein-Westfalen. Von Dipl.-Volkswirt Gertrude Stahlberg, Bonn.

Die Heimatvertriebenen in Niedersachsen.

Die Heimatvertriebenen in Schleswig-Holstein.

Von Dr. Friedrich Edding, Kiel.

Die Eingliederung der Flüchtlinge in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Von Dr. Ingeborg Esenwein-Rothe, Wilhelmshaven.

Die Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg.

Von Dipl.-Volkswirt Erwin Müller, Heidelberg.

Die Heimatvertriebenen in Bayern. Von Dr. Bodo Spiethoff, München.

Die Heimatvertriebenen in Rheinland-Pfalz. Von Dipl.-Volkswirt Helmut Wagner, Mainz.

DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN-MÜNCHEN